

Der Hochwasser-Fonds hat aufgehört zu bestehen und wenn ich richtig den Voranschlag des Bundes lese, ist nur mehr ein Erinnerungsposten von 100 S im Voranschlag zu bemerken. Das bedeutet, daß das Land Steiermark hier eben größere Mittel aufbringen muß, um den Ausfall von Wien aus hier irgendwie wettzumachen.

Vergessen wir nicht, daß der Bauer und insbesondere der Bergbauer, auf hügeligem Gelände gelegen, dem Boden Nahrungsmittel abringt, die er eigentlich auf der Ebene, wo die versumpften Flächen sind, unter Einsatz von Maschinen besser und günstiger erarbeiten könnte. Den größten Kostenpunkt dieser Entwässerungsmaßnahmen stellen natürlich die notwendigen Vorfluter und Zubringer zu den Bächen oder Flüssen dar. Hier liegt der höchste Kostenpunkt und hier sind die Beträge, die da gebraucht werden, kaum zu erschwingen. Viele Flüsse und Bäche der Steiermark sind verwildert, wenngleich sie keine Wildbäche sind. Hier wären Regulierungen dringend notwendig. Wenn ich hier den Bezirk Feldbach ein bißchen analysiere, so muß ich sagen, daß die Raab-Regulierung ein dringendes Bedürfnis wäre, an der die Arbeiten von der Grenze Burgenland her bereits begonnen wurden. Der Kostenpunkt — man kann da keine konkreten Zahlen nennen — liegt bei etwa 70 Millionen Schilling.

Außerordentlich wichtig wäre auch die Regulierung der Sulz von Sulz bis Oberpurkla, Kostenpunkt bei etwa 11 Millionen Schilling.

Die Gnasbach-Regulierung: da ist man sich nicht ganz einig. Sie würde einen Aufwand von etwa 25 Millionen Schilling erfordern, beginnend von Gnas bis hinein nach Mureck. Dort würden riesige Flächen aufgeschlossen werden und könnten der landwirtschaftlichen Nutzung unter bestmöglicher Ausnutzung des Maschineneinsatzes zugeführt werden.

Ich möchte noch die Lendra-Regulierung anführen. Ich glaube, der Herr Landeshauptmann hat gestern bereits die Lendva erwähnt. Die Lendva-Regulierung ist bereits in Angriff genommen, aber es fließen die Mittel etwas langsam und es geht daher auch langsam vorwärts. Es handelt sich hier auch wieder um etwa 100 ha Fläche, die zur Zeit einfach unproduktiv ist. Das Gras konnte fast nicht einmal für Streuzwecke verwendet werden.

Die Gemeinden Jamm, Waltra und auch Kapfenstein sind derart finanzschwach, daß sie kaum in der Lage sind, den ihnen auferlegten Beitrag für diese Regulierung aufzubringen.

Außerordentlich erfreulich ist jedoch die Durchsetzung des „Grünen Planes“, den unser hochgeschätzter Herr Präsident, National-Ökonomierat Wallner in Wien erreicht hat. Diese Durchsetzung des „Grünen Planes“ bedeutet eine echte Sicherstellung der Ernährung unseres österreichischen Volkes. Wenngleich bei manchen Lebensmitteln, die aus dem Ausland importiert werden, die Preise für den Verbraucher günstiger zu liegen scheinen, so wissen wir doch nicht, was die Zukunft bringt. Ich möchte vor allem davor warnen, auf die große Verbundenheit der Bauernschaft und ihre Treue zur Heimat und zu ihrem Beruf zu spekulieren. Auf die Dauer kann der Bauer diese Überbelastungen nicht

ertragen. Wir haben bereits einmal, die älteren zweimal erlebt, daß neben der Wohnung und Bekleidung das Allerwichtigste doch das tägliche Brot ist. Verlassen wir uns daher nicht allzusehr darauf, daß wir in guten und ruhigen Zeiten Lebensmittel oft billiger aus dem Ausland beziehen können, denn es gibt keine Sicherheit dafür, daß eines Tages wir uns nicht wieder mit dem bescheiden müssen, was unsere heimatische Landwirtschaft auf unserem eigenen Grund und Boden hervorbringt. Wenn unsere Neutralität auch manche Sicherheit verbürgt, wirklich frei ist unser Volk nur dann, wenn es sich aus eigener Scholle ernähren kann. Ich darf hier in diesem Hause vielleicht noch ein wichtiges Kapitel anschneiden neben der Entwässerung, die Bewässerung, nicht in dem Sinne, daß wir Trockenflächen bewässern, sondern ich meine hier eine richtige Bewässerung des bäuerlichen Haushaltes durch fließendes Wasser. Ich glaube, hier tut es am allermeisten not. Die Bäuerin, das wurde heute schon mehrmals angeführt, ist die geplagteste Person überhaupt. Darf ich hier aus meinem Bezirk vielleicht einige Zahlen bringen? Von den 9762 bäuerlichen Betrieben besitzen nur 1600 Betriebe eine eigene Wasserleitung. 185 Betriebe werden über eine Gemeinschaftswasserleitung versorgt. 5210 Betriebe nach den letzten Erhebungen holen noch immer ihr Wasser aus dem Leitbrunnen, dort wird es mit der Hand herausgepumpt und in Kübeln in Haus und Hof gebracht. 560 Betriebe besitzen zur Zeit noch kein eigenes Wasser und müssen dieses Wasser vielfach bis zu 1 km Entfernung herbeischaffen. Ich möchte daher das Hohe Haus bitten, gerade für diesen Punkt der Hilfe der Bäuerin besonderes Verständnis aufzubringen, daß doch in künftigen Zeiten mehr Mittel für die bäuerliche Hauswasserversorgung und mehr Mittel vor allem auch für die Entwässerung der sumpfigen Flächen aufgewendet werden mögen. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Hofbauer gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hofbauer:** Hoher Landtag! Wenn ich mich zur Gruppe 7 zum Landesvoranschlag 1964 melde, so möchte ich das Kapitel Fremdenverkehr streifen, weil ich glaube, daß das Kapitel Fremdenverkehr genauso ein wichtiges Problem ist wie andere Probleme, die bis jetzt von sämtlichen Abgeordneten besprochen wurden. Es hat bis jetzt nur einer, es war der Herr Abgeordnete Buchberger, gestern beim Kapitel 6 kurz den Fremdenverkehr gestreift. Hohes Haus! Seit Ende des zweiten Weltkrieges hat die sozialpolitische und wirtschaftspolitische Bedeutung des Fremdenverkehrs weltweite Anerkennung gefunden. Wir entnehmen einer Statistik, daß aus den EWG- und EFTA-Ländern rund 30% der Bevölkerung jährlich einen Urlaub antreten. Wenn man das in Zahlen umrechnet, sind das rund 80 oder 85 Millionen Menschen, die jährlich vom Süden nach Norden oder vom Norden nach Süden wandern. Wir erleben, daß Jugoslawien schon seit Jahren den Fremdenverkehr fördert, und jetzt zu Allerheiligen haben wir erlebt, daß auch die Tschechoslowakei ihre Grenzen dem Fremdenverkehr geöffnet hat, und voriges Jahr tat dies in weitem Sinn

auch Ungarn. Daraus ermaßen wir, daß der Fremdenverkehr in aller Zukunft eines der wichtigsten Kapitel wird, mit dem man sich befassen wird müssen. Aber auch in unserem Bundesland Steiermark hat sich die Struktur insofern verändert, als auch hier der Fremdenverkehr eine Bedeutung erreicht, die man vor nicht allzulanger Zeit nicht geglaubt hätte. Es gibt heute Orte in der Steiermark, wo man vor zehn Jahren kaum an den Fremdenverkehr gedacht hat, aber durch diese strukturellen Änderungen bemühen sich auch diese Orte, die Gäste nicht nur zu bekommen, sondern die Gäste auch zu halten. Alle Anstrengungen werden unternommen, um diesem Ziel näherzukommen. Aber bis es soweit war, das war praktisch bis zur industriellen Revolution, hatte dieser Fremdenverkehr nicht dieses Ausmaß gefunden wie heute. Die Gäste, die man noch vor der Jahrhundertwende und bis zum ersten Weltkrieg gehabt hat, Adelige, Grafen, Fürsten und Barone oder reiche Bürger, die sind praktisch nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr in dem gleichen Ausmaß gekommen. Freilich, man muß auch das in diesem Zusammenhang sagen, es war ein weiter Weg bis dorthin, denn erst durch die sozialpolitische Gesetzgebung, durch die Regelung des Urlaubes, durch die Regelung des freien Wochenendes, aber nicht nur das allein, sondern auch durch die Einführung des Urlaubsgeldes, ob man das nun 13. oder 14. Monatsgehalt nennen möchte, hat sich die Struktur im Fremdenverkehr gänzlich verändert. Aber auch die Sozialinstitute greifen da in erhebendem Maße von Tag zu Tag mehr ein. Hohes Haus! Wenn man den Landesvoranschlag 1964 betrachtet, so sind sehr, sehr erhebliche Mittel für den Fremdenverkehr eingesetzt. Das bleibt unbestritten. Wenn man den Landesvoranschlag weiterverfolgt, so sehen wir, daß praktisch nur fünf Kurorte aufscheinen, es sind das Aflenz, Bad Gleichenberg, St. Radegund, Laßnitzhöhe und Bad Aussee. Wenn man sich diese fünf Posten wiederum genau ansieht, so sehen wir, daß die größte Teilnehmerzahl der Fremden in Bad Gleichenberg aufscheint und die zweitgrößte Zahl dann in Bad Aussee, während die anderen Kurorte nicht diese große Frequenz aufweisen können. Nun, wenn man sich nicht genau damit befaßt hat, da stehen im Landesvoranschlag die Förderungsbeiträge für die Kurorte drinnen, wer da nicht genau Bescheid weiß, der glaubt, daß man diesen fünf Kurorten die Beträge, die im Landesvoranschlag enthalten sind, schenkt. Ich darf sagen, die Beträge bekommen wohl diese Kurorte, aber sie müssen auch in Form der Kurabgaben heimgezahlt werden. Ich darf auch in dem Zusammenhang sagen, daß man diese fünf Kurorte nicht einmal vergleichen kann, denn wenn ich ganz im Süden beginne mit Bad Gleichenberg, wo praktisch die Sozialversicherungsinstitute das Hauptausmaß im Fremdenverkehr bringen, ist das kein Vergleich zum Beispiel mit Bad Aussee in der Fremdenverkehrsfrequenz. Während unten die Heime überwiegend die Sozialinstitute beherrschen, ist die Fremdenverkehrsfrequenz in Bad Aussee eine gänzlich andere. Man darf auch nicht übersehen in diesem Zusammenhang, daß diese Kurorte auch erhebliche Kosten verursachen. Ich möchte mich auf kein fremdes Gebiet begeben, ich möchte

nur bei meiner Heimatgemeinde Bad Aussee allein bleiben. Da sind fünf Posten, die uns jährlich peinigten. Das ist das Kurhaus, das hat Bad Aussee vor einer Reihe von Jahren umgebaut, ich darf dankenswerterweise sagen, wir haben vom Land einen Kostenzuschuß bekommen, aber wir müssen noch jährlich 104.000 S für die Zurückzahlung dieses Postens leisten. Für das Kurmittelhaus — auch hier haben wir Mittel bekommen — mußte aber die Gemeinde Bad Aussee selbstverständlich aus ihrer Tasche 2½ Millionen Schilling aufbringen. Die Kurmusik kostet allein für 1963 140.000 S. Der Prospekt, den nicht nur Bad Aussee, sondern auch die anderen Kurorte jährlich haben müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben, kostet mindestens 50.000 S im Jahr, so die Kurparkanlage und das Kurmittelhaus, welches Bad Aussee auch heuer umgebaut hat — es hat umgebaut werden müssen. Man darf nicht vergessen, daß 16 Kilometer von uns Bad Goisern ist, wo die Österreichischen Bundesforste ein Kurhaus errichtet haben, und daß 30 Kilometer von uns entfernt Bad Ischl liegt, wo das Land Oberösterreich fünf Anstalten übernommen hat. Sie ersehen daraus, daß diese Gemeinden jährlich ungeheure Mittel aufwenden müssen, um überhaupt konkurrenzfähig zu bleiben. Ich möchte mich auch bei diesem Gebiet mehr auf den Bezirk Liezen beschränken; alle übrigen Orte sind praktisch Sommerfrischen und keine Kurorte. Es bleibt auch ganz gleich, in welchem Ort man im politischen Bezirk Liezen beginnt, es sind ungeheure Mittel von den Gemeinden geleistet worden. Wenn man bei Schladming anfängt. Hohes Haus, es wurden in den letzten Jahren zwei Höhenstraßen errichtet, die eine auf die Hochwurzen, die andere von Ramsau hinauf zum Dachstein. Wenn man nur einige Kilometer weiterschaut, so sind wir in Gröbming, und auch Gröbming hat eine Höhenstraße, die Alpenstraße zum Stoderzinken, errichtet. Ich möchte sagen, daß da sehr viel eigene Initiative ist, wenn auch Mittel vom Land beigestellt wurden. So könnte man das im ganzen Bezirk fortsetzen. Zum Beispiel die kleine Gemeinde Weißenbach bei Liezen, hat mit einem Bad begonnen und ist vor der Vollendung. St. Gallen, dieses wunderschöne Gebiet, hat selbst ein Bad errichtet, und so sieht man aus diesen ganzen Gemeinden heraus, daß sie eigentlich mehr Eigeninitiative aufgebracht haben, als das Land in der Lage wäre, ihnen Förderungsbeiträge zu geben. Ja selbst Selzthal hat eine neue Naturfreunde-Jugendherberge bekommen, um auch hier auf diesem Gebiet den Fremdenverkehr fördern zu können. Ich glaube, es ist mir niemand böse, ich bin ja Ausseer, wenn ich noch einiges über Aussee spreche. Es wurde gestern in sehr dankenswerter Weise vom Herrn Landeshauptmann Krainer die Straße vom Pötschenpaß bis Trautenfels gestreift, und es heißt so wunderschön, daß wir eines der wichtigsten von den Fremdenverkehrszentren in der Steiermark sind, aber, hochverehrter Herr Landeshauptmann, man müßte doch ernstlich darangehen, das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Ausseerland, daß diese Straße wirklich einmal in Betracht gezogen wird. Sie sagten gestern weiters, man hat einen großen Plan und man sollte sich nicht verplempern. Aber, Hohes Haus, es geht nicht um Bad Aussee

allein, es sind Altaussee, Grundlsee, Mitterndorf und die Tauplitz, von Mitterndorf die Hochalpenstraße, und dann sind alle drei Jahre die Kulmspringen. Wer vor zwei Jahren beim Kulmspringen war, der konnte bloß mit dem Auto von einem Loch ins andere fahren. Wir haben jetzt in Mitterndorf auch die moderne Anlage. (Landeshauptmann Krainer: „Es ist ja im Plan, Herr Kollege, nächstes Jahr wird es eingesetzt!“) Herr Landeshauptmann, beim Ausseerland wird immer gesagt, ihr kommt schon dran. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist ein Irrtum!“) Aber, Herr Landeshauptmann, ich verstehe jeden einzelnen Abgeordneten dieses Hauses, wenn er sich um seine Straßen bewirbt und um sie kämpft. Hochverehrter Herr Landeshauptmann! Ich sitze seit zehn Jahren in diesem Hause, und ich werde immer von einem Jahr zum anderen vertröstet. Ich bin dankbar, daß wir einen gemeinsamen Antrag eingebracht haben, weil es vielleicht doch auf gemeinsamer Basis ginge, daß wir diese Straße endlich einmal bekommen könnten. Aber Tatsache ist, Bad Aussee oder der Pötschenpaß sind einfach ein Einfallstor von Salzburg und von Oberösterreich, nicht nur für den Bezirk Aussee, sondern für die gesamte Steiermark. Ich habe das in diesem Hohen Haus schon oft erwähnt. Man müßte wirklich energische Schritte unternehmen und hoffen wir, daß es stimmt, daß das im nächsten Jahr in Angriff genommen wird. (Landeshauptmann Krainer: „Im heurigen Jahr sind 20 Millionen Schilling in Aussee verbaut worden. Nur für die Bundesstraße! Hätten wir das nicht machen sollen?“) Das ist die Umfahrung. Herr Landeshauptmann, wir sind auch nicht mehr bei 1948 oder 1947, wir sind ja schon bei 1963 und es wird immer betont, daß hier ein Fremdenverkehrszentrum ist, daß hier die Perle der Steiermark hinsichtlich des Fremdenverkehrs ist, und da müssen wir doch auch einmal darauf dringen, daß diese Straße endlich gebaut wird.

Natürlich, die Förderungsbeträge, die das Land Steiermark zur Verfügung stellt, sind sehr beachtlich. Und es wäre undankbar, wenn ich sagen würde, daß dieses Gebiet nicht gefördert wurde. Was können wir eigentlich noch alles tun, um den Fremdenverkehr weiter auszubauen? So wichtig, wie die landwirtschaftlichen Belange es sind und alle anderen Belange, genauso wichtig ist auch für die Zukunft der Fremdenverkehr. Es gibt eine Menge von Möglichkeiten.

Was alle begrüßen würden in der Steiermark, das wäre ein Uferschutzgesetz bezüglich der Seen. Weiter der Naturschutz, die Regelung der Fahrpläne.

Dann möchte ich betonen, daß im politischen Bezirk Liezen zwei neue Jugendherbergen entstanden sind. Die Jugendherberge von Bad Aussee hat heuer eine Nächtigungsziffer von rund 20.000 Nächtigungen haben. Nicht viel weniger Nächtigungen wird die Jugendherberge von Schladming haben. Aber diese beiden Jugendherbergen, die zusammen vielleicht rund 35.000 Nächtigungen haben, werden in die Fremdenverkehrsstatistik nicht einbezogen, kommen daher bei den Fahrplankonferenzen nicht in Betracht und ich meine, daß das Landesfremdenverkehrsamt in Graz da trachten müßte, diese Übernachtungen auch in die Fremdenverkehrsfrequenz

einzu beziehen. Ich weiß, daß in diesen Jugendherbergen nicht nur Jugendliche wohnen — es ist nichts einzuwenden, wenn man die Jugendlichen abzieht —, aber man weiß doch, daß ganze Gruppen aus Europa, aus allen möglichen Orten von Europa kommen und daß das nicht nur Jugendliche unter 18 Jahren sind.

Eines möchte ich noch sagen: Da kamen besonders von der Gegenseite oft versteckte Angriffe. Obwohl bei allen Fremdenverkehrstagungen gesagt wird, daß auch die Hotellerie an Personalmangel leidet. Wir haben das seltene Glück, daß wir in Bad Aussee so eine Art Hotel-Vorschule haben, und ich darf dem Hohen Haus mitteilen, daß jährlich 60 bis 70, ja zum Teil 80 junger Mädchen aus der ganzen Steiermark nach Bad Aussee kommen und dort in 8 bis 9 Monaten ausgebildet werden, und zwar mit Erfolg ausgebildet werden, und daß alle diese Mädchen, die in Bad Aussee diesen Kurs mitmachen, schon lange vor Beginn der Saison vergriffen sind. Das möchte ich gerade deswegen betonen, weil von der ÖVP-Seite recht oft, einmal versteckt, einmal weniger versteckt, ein Angriff auf „Jugend am Werk“ erfolgt. Wenn einmal einer der Abgeordneten nach Bad Aussee kommt in der Zeit von Mitte Oktober bis Mai — weil Ende Mai ja schon alle vergriffen sind —, dann fragen Sie einmal nach, es sind dort sehr, sehr viele Mädchen auch aus dem Gebiet der Süd- und Weststeiermark und die werden alle sagen, daß das eine sehr, sehr wertvolle Einrichtung ist.

Hoher Landtag! Ich weiß, daß die Probleme des Fremdenverkehrs nicht von heute auf morgen zu lösen sind. Aber diese kleinen Dinge, die man machen kann, wie zum Beispiel Ausbau der Markierungen, Ausbau der Alm- und Schutzhütten, das geht. Wir stellen fest, daß die fremden Gäste, die aus dem Ausland kommen, Gott sei Dank auch ins Gebirge wollen und nicht nur unten bleiben, aber auch das braucht Mittel. Fernsehen und Rundfunk sind dankenswerterweise auch schon erwähnt worden. Man kann auch hier nicht genug und immer wieder fordern, alles zu tun, daß man auch überall in der Steiermark einen guten Empfang hat.

Nun etwas zu den Prospekten. Ich meine nicht die örtlichen Prospekte, sondern den Landesprospekt. Ich habe zwei Unterlagen da, wieviel im Jahr verteilt wird. Ich war gerade am Sonntag Zeuge einer Rundfunkübertragung, wie der Leiter des Fremdenverkehrs von Österreich — der Name ist mir entfallen — auf die Frage, wie es mit den Prospekten steht, geantwortet hat, „wir haben an Prospekten einen permanenten Mangel“. Und, Hohes Haus, ich sage Ihnen nichts Neues, in Deutschland und in der übrigen Welt ist von Österreich praktisch immer nur Tirol erwähnt im Fremdenverkehr, wenn es gut geht noch Salzburg und Vorarlberg. Aber wenn man nach Frankfurt a. M. oder sonstwo hinkommt, von anderen Orten in Österreich wissen sie nichts. Das ist ein Mangel, der auf alle Fälle behoben gehört.

Es wurde auch gesprochen vom Ausbau der Autobahn von Linz nach Graz. Selbstverständlich, alle diese Dinge werden in Angriff genommen werden müssen. Und man wird nicht darüber hinwegkom-

men, wenn man den Fremdenverkehr wirklich intensivieren will. Und ich glaube den Worten des Herrn Landesrates Wegart, der sicher ein sehr eifriger Förderer des Fremdenverkehrs ist, wenn man den Fremdenverkehr weiter ausbauen will, dann wird man alle diese Dinge in Angriff nehmen müssen.

Hohes Haus, wenn ich jetzt noch ganz kurz über das Ausseer Land etwas bringen dürfte. Der Ausseer Fremdenverkehr wird die Ziffern des Vorjahres weit überschreiten. Wir hatten vergangenes Jahr einen leichten Rückgang zu verzeichnen. Und das ist auch begreiflich. Alle Regierungsmitglieder und alle Abgeordneten wissen, daß die Fortentwicklung der Hotellerie in Österreich seit Jahren steht und daß auch 1964 keine Hoffnung besteht, daß um 100 Betten mehr zur Verfügung stehen. Wir hatten immerhin 150.000 Nächtigungen, d. s. 22.000 Personen. Interessant ist, daß von diesen 100% Kurgästen nur 48% Ausländer waren, alles übrige verteilt sich auf das Inland. Bei den 48% Auslands Gästen überwiegt Westdeutschland. 1963 hatten wir zum erstenmal festgestellt, daß mehr als sonst Berliner gekommen sind. Es ist mit Bad Aussee so, daß, wenn einmal die Glaubersalzquelle eingebürgert ist, sich der Fremdenverkehr etwas verschieben wird. Der Fremdenverkehr beginnt in Bad Aussee immer etwas später. Den Höhepunkt erleben wir alle Jahre im August. Der August allein weist eine Nächtigungszahl von rund 60.000 Nächtigungen auf. In Mitterndorf überwiegen die Inländer, in Altaussee und Grundlsee mehr die Ausländer. Alle diese Gemeinden arbeiten mit Reisebüros, hauptsächlich mit Touropa. Wir dürfen auch feststellen, daß das Heilbrunner Bad, das erst im Herbst eröffnet wurde, sich eines äußerst guten Zuspruches erfreut.

Ich möchte noch sagen, daß das Kurmittelhaus von Bad Aussee wirklich modernst um- und ausgebaut wurde. Es wurde auch eine neue Liegehalle errichtet. Wir versuchen auch zum erstenmal, eine Wintersaison zu eröffnen. Es sind seit der Eröffnung der neuen Quelle im Jahr 1963 allein über tausend Trinkkurgäste registriert. Das bedeutet, daß diese mindestens 14 Tage dort weilten.

Hohes Haus, wenn ich all das, was ich Ihnen jetzt in kurzen Umrissen geschildert habe, zusammenfasse, dann ersehen wir daraus den Fleiß und die eigene Initiative der einzelnen Gemeinden; wir sehen, wie sich die Gemeinden anstrengen, um der Zukunft gerecht zu werden und den Fremdenverkehr zu fördern. Aber ich möchte nicht unbescheiden sein und nicht mißverstanden werden. Wenn wir den Fremdenverkehr so fördern wollen, wie er gefördert gehört, dann muß ich sagen, man wird nicht nur Förderungsmittel für die landwirtschaftlichen Belange, nicht nur für den Wohnungsbau und nicht nur für die Studierenden in Österreich bereitstellen, sondern darüber hinaus bestrebt sein müssen, alles zu unternehmen, um auch die erforderlichen Mittel dem Fremdenverkehr in der Steiermark zuzuführen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete H e g e n b a r t h gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hegenbarth:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Leitner! (Heiterkeit.) Gestatten Sie mir, daß einer, der die Sowjetunion aus eigener Anschauung kennt, mit Ihnen jetzt ein kleines geistiges Gespräch führt über die Fragen, die Sie vorher angeschnitten haben, und zwar in einer Form, die nicht einmal die Mißbilligung unseres sehr geschätzten Herrn Landtagspräsidenten finden wird. Ich habe Gelegenheit gehabt, 2½ Jahre lang als Kriegsgefangener in der Sowjetunion zu sein, das hat in mir keineswegs Komplexe hervorgerufen, denn ich durfte natürlich nicht erwarten, daß ich als Gefangener weiß Gott vielleicht mit einer Musikkapelle sozusagen als Kurgast erwartet werde (Heiterkeit). Das ist nicht eingetroffen. Es sind aber auch meine schlimmsten Erwartungen nicht eingetroffen. Es ist mir eben so gegangen, wie es Millionen Kriegsgefangenen in aller Welt gegangen ist, die Kriegsgefangenen sind eben arme Teufel. Aber schließlich ist man froh, wenn man einigermaßen gesund wieder nach Hause kommt und dann seine Eindrücke verwerten kann. Ich habe mich also bemüht, rein sachlich einmal zu konstatieren, wie diese neue Umwelt aussieht, die ich in dem Gebiet um die mittlere Wolga kennengelernt habe, und, verehrter Herr Kollege Leitner, ich bin da zur selben Erkenntnis gelangt wie Hunderte vor mir und Hunderte, die als Gäste der Sowjetunion später hingekommen sind. Man hat mit riesigen Mitteln, man hat mit einer Konsequenz, wie es nur einem autoritären Staat, ich möchte nicht sagen Diktatur, möglich ist, Punktziele gefördert, man hat mitten in der Steppe ungeheure Industriekombinate aus dem Boden gestampft. Das sei unbestritten. Ich habe Industriewerke gesehen, wo vielleicht Donawitz und Kapfenberg daneben als kleingewerbliche Betriebe aufscheinen. Stimmt alles. Aber das ging einwandfrei auf Kosten der Landwirtschaft. Man hat die Landwirtschaft entblößt, man hat die Kleinbauern, die Sie heute so beweint haben, in der Sowjetunion praktisch liquidiert, man hat Millionen von Menschen abkommandiert in die Industrie, hat sie kurzfristig geschult an die Drehbank gestellt und an den Schmelzofen. (Abg. Leitner: „Aber in der Sowjetunion sind noch immer 50% in der Industrie tätig!“) Natürlich hat man damit auf dem Gebiete der Industrie sehr bedeutende Produktionszahlen herausgebracht. Es ist auch unbestritten, Herr Kollege Leitner, daß die Sowjetunion den ersten Sputnik um die Erde herumgeschickt hat, und die Meteorologen aller Länder geben es zu, daß es den sowjetischen Astronauten als ersten gelungen ist, ein solches ferngelenktes Geschöß bis auf den Mond hinaufzuschicken, sogar mit der Sowjetfahne versehen. Und damals war der berühmte kalte Ostberliner Witz hoch im Kurs: „Keine Butter, keine Sahne, doch auf dem Mond die Sowjetfahne“ (Heiterkeit). Und nachdem Sie liebenswürdigerweise für Ihre Argumente Zeitungen und Zeitschriften benützt haben, die Ihnen ja politisch und weltanschaulich nicht gerade freundlich gegenüberstehen, so will ich nicht unkollegial sein, lieber Kollege Leitner, jetzt verwende ich als Beweis für mich, für meine Argumente die Zeitung, die Ihnen am nächsten steht. Es ist die uns Abgeordneten zugesandte Zeitschrift „Sowjetunion“. Ich stelle fest, eine Zeitung, sehr

aktuell, gut geführt, auf ausgezeichnetem Papier gedruckt, sehr interessante Bilder sind drauf, kurz und gut, man liest allerhand drin, und wenn man so zufällig aus dem Fach Landwirtschaft ist und vierzig Jahre darin gearbeitet hat, dann ist man manchmal auch in der Lage, zwischen den Zeilen etwas herauszufinden, was dem Redakteur, wenn man in der Sowjetunion draufkommt, sicherlich keine Belohnung eintragen wird. Schauen Sie, lieber Herr Kollege Leitner! Nur einige Ziffern und Zahlen, die sie aus der Zeitschrift „Sowjetunion“ und bei der österreichischen Sowjetbotschaft jederzeit bestätigt finden werden. Die Sowjetunion besitzt laut Angabe dieser Zeitschrift eine Ackerfläche von 255 Millionen Hektar und eine Einwohnerzahl von 211 Millionen. Mit den Rechenkünsten der 3. Volksschulklasse kann man da ohne weiteres feststellen, daß auf einen Sowjetbürger, ob Kind, ob Greis, ob Mann, ob Frau, eine Ackerfläche von 1,2 Hektar entfällt oder 12.000 m<sup>2</sup>. In Österreich haben wir eine Einwohnerzahl von 7 Millionen, eine Ackerfläche von 1.700.000 Hektar. Hier kommen wir auf 0,24 Hektar oder 2400 m<sup>2</sup> pro Kopf, das heißt den fünften Teil dessen, was in der Sowjetunion pro Kopf der Bevölkerung an Ackerfläche zur Verfügung steht. Und, Herr Abgeordneter Leitner, ich bin lange genug Bauer, um zu wissen, daß es natürlich solche Katastrophen geben kann wie im heurigen Winter — der russische Winter ist hart, ich weiß das, auch bei uns in der Steiermark ist ein Großteil des Wintergetreides ausgewintert — und ich kann mir vorstellen, daß das natürlich ins Gewicht fällt, wenn soundsoviele Millionen Hektar im Frühjahr leer da sind. Das Getreide war abgefroren, ausgewintert, wie der Bauer sagt, durch den strengen Winter, aber, Herr Abgeordneter Leitner, es wird niemand bestreiten können, daß der Österreicher im Durchschnitt doch ganz gut mit Lebensmitteln versorgt ist. Sogar in der Gewerkschaftszeitung konnte man kürzlich lesen, daß gegenwärtig in Österreich der Verbrauch an hochwertigen Nahrungsmitteln um 30% höher liegt als vor 1938. Schauen Sie, es leidet in Österreich niemand Not. Die Leute haben zu essen, obwohl wir nur ein Fünftel der Ackerfläche pro Kopf zur Verfügung haben wie in der Sowjetunion. Und, lieber Freund Leitner, schauen Sie, selbst wenn man zugeben muß, daß heuer wirklich einmal ein Malheur war und daß soundsoviele Millionen von dem Getreide nicht geerntet werden konnten, weil auf den Feldern nichts drauf war infolge des harten Winters, dann hätten doch, selbst wenn man nur die Hälfte von dem geerntet hätte im Laufe der letzten Jahre, was wir bei uns pro Hektar in Österreich erzielen, aus den vergangenen Jahren, die auch in der Sowjetunion gute Jahre waren, so ungeheure Vorräte vorhanden sein müssen, daß man nicht nur nichts importieren, sondern noch etwas exportieren könnte. Schauen Sie, Herr Kollege Leitner, und da habe ich noch zwei Ziffern aus dieser sehr informativen Zeitung, die ich mit Genuß lese. Die Getreidefläche beträgt im Durchschnitt der letzten Jahre 180 Millionen Hektar, d. s. ungefähr 70% der gesamten Ackerfläche. Der Ertrag im Jahre 1962 betrug, und da halte ich mich an Nikita Chruschtschow, der ist für mich als Gewährsmann gut genug, 230 Millionen Tonnen,

d. s. 1,3 Tonnen pro Hektar, 1300 Kilogramm. Lieber Freund Leitner, wir ernten in Österreich in Durchschnittsjahren das Doppelte, 1300 Kilogramm, na, das haben wir so zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges einmal gehabt. Noch etwas. Bitte, ich könnte das ja beliebig fortsetzen. In der gleichen Zeitschrift steht, daß man in Kasachstan daran ist, in ganz großem Umfang die Landwirtschaft zu modernisieren. Und da ist dem Redakteur wieder ein Malheur passiert. Er schreibt darin wörtlich: „Es ist uns bereits gelungen, die Milchleistung pro Kuh auf 1870 Liter pro Jahr zu steigern. Das bedeutet, daß dank der Tüchtigkeit unserer Agronomen in den letzten drei Jahren die Milchleistung um 70% angestiegen ist.“ Das weiß schon ein Schüler in der ersten Volksschulklasse, da kommen wir dann auf rund 1100 Liter vor 3 Jahren. Na ich muß schon sagen, ein Bauer zu Maria Theresias Zeiten wäre zugrunde gegangen, wenn er damals nicht mehr gehabt hätte.

Ich habe Gelegenheit gehabt, vor einigen Jahren mit einem großen sowjetischen Agronomen, mit Nikolai Migorow, zu sprechen. Er war damals auf einer Studienreise in Österreich. Er war ein sehr angenehmer, konzilianter Mann, der auch relativ gut deutsch gesprochen hat. Er war jedenfalls sehr linientreu, denn er hatte den Leninorden. Und ich habe draußen in Grottenhof-Hardt Gelegenheit gehabt, mit ihm zu sprechen. Er konnte ein bißchen deutsch und ich ein bißchen mehr russisch und da sind wir ganz gut mit unserem Pidgin-Deutsch durchgekommen. Ich habe ihn gefragt, was die größte Hauptsorge in der Landwirtschaft in Rußland ist. „Ja“, sagte er, „unsere Hauptsorge ist es, den Kolchos-Bauern, der immer noch an diesen veralteten Eigentumsbegriffen hängt, für den gemeinsamen Betrieb zu interessieren. Und das ist uns bis heute leider noch nicht ganz gelungen.“ Der Mann hat das jedenfalls gewußt und hat es mir auch ganz offenerherzig gesagt.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann nicht nur mit negativen Sachen ein Referat bestreiten. Wir haben vorgestern bereits aus dem Munde des Herrn Landesrates Sebastian gehört, daß wir in diesen Tagen ein kleines Jubiläum hatten, nämlich die 15. Wiederkehr des Jahrestages der Charta der Vereinten Nationen. Nun, am heutigen Tag ist ein Gedenktag für uns österreichische Bauern. Heute vor 140 Jahren wurde in einem kleinen Ort in Österreich-Schlesien — das damals ja noch zu Österreich gehörte — dem Kleinbauern-Ehepaar Balthasar und Anna Kudlich ein Sohn geboren, der auf den Namen Johann getauft wurde. Er besuchte die Volksschule und dann das bischöfliche Gymnasium und ging als junger Mann nach Wien, um dort Medizin zu studieren. Und dann kam das stürmische Jahr 1848. Der Kaiser gab seinem Volk eine Konstitution, eine Verfassung. Mit der völligen kaiserlichen Autorität war es zu Ende, er sah ein, daß man das Volk auch mitsprechen lassen müsse. Und der schlesische Bezirk hat den erst 25jährigen Bauernsohn und Medizinstudenten Hans Kudlich als jüngsten Reichsratsabgeordneten in den Wiener Reichsrat entsendet. Und er war derjenige, der damals den sensationellen Antrag gestellt hat, das Untertänigkeitspatent aufzu-

heben und damit der österreichischen Bauernschaft — das waren damals 8 Millionen Bauernfamilien — die volle Freiheit zu geben. Es muß der Gerechtigkeit halber gesagt werden, daß schon die Kaiserin Maria Theresia diese Leibeigenschaft sehr stark gemildert hat und daß ihr Sohn Josef II. — den man heute als Reformers bezeichnen würde — auch noch einiges erleichtert hat, aber die letzte Fessel, die letzte Unfreiheit, nämlich die Untertänigkeit gegenüber der Gutsherrschaft, wurde beseitigt durch diesen Reichsratsbeschuß, den dieser Bauernsohn und Medizinstudent Hans Kudlich damals eingebracht und auch durchgesetzt hat. Im jugendlichen Ungestüm — und der Jugend muß man doch zubilligen, etwas stürmisch zu sein, auch einem Politiker — hat er dann irgendeinen Antrag gestellt, den man als Majestätsbeleidigung auffaßte, er mußte vor dem Tribunal flüchten und er flüchtete in die Neue Welt, nach Amerika, ließ sich dort als frei schaffender Arzt nieder und starb im Jahre 1917 im 95. Lebensjahr. Er war Ehrendoktor von 11 amerikanischen Universitäten und als erster Leidtragender hinter seinem Sarg schritt der Oberbürgermeister von New York. Hans Kudlich wurde in einem Ehrengrab der Stadtgemeinde New York beigesetzt. Ich glaube, meine Damen und Herren — und daß soll jetzt eine Anregung von mir sein —, daß es eigentlich eine Ehrenpflicht wäre, die sterblichen Überreste dieses großen Österreicher, dem wir österreichische Bauern unsere Freiheit zu verdanken haben, heimzuholen aus der Ferne und beizusetzen in einem Ehrengrab. Ich appelliere da an die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, vielleicht einmal in Wien eine derartige Anregung zu geben. Es wäre ja nicht zum erstenmal, daß hier im Steiermärkischen Landtag eine Idee geboren wurde, die in Wien nicht immer gleich verstanden wurde, die sich aber dann doch durchgesetzt hat. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abg. P a b s t. Ich erteile es ihm.

**Abg. Pabst:** Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich kurz auf die Einleitung des Herrn Kollegen Edlinger eingehen, der ausgeführt hat, daß vor allem in dieser Gruppe 7 große Beträge für die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft enthalten sind. Ich glaube, es bedarf hierzu wohl einer kleinen Erklärung. Nämlich, daß die Landeskammer verschiedenste Maßnahmen, verpflichtende Maßnahmen, die Landesaufgabe sind, wie z. B. die Tierzuchtförderung, Pflanzenbau usw., also Förderungsaufgaben, die eigentlich ursprüngliche Aufgaben des Landes waren, durchführt und aus diesem Grund ist auch die so starke Dotierung der Landeskammer hier zu erklären. Das nur nebenbei.

Ich möchte kurz zu einem anderen Problem sprechen. Wir haben gestern über die Straßenbauten schon sehr viel gehört und haben hier das Wertvolle und das Notwendige über diesen Straßenbau erfahren können. Ich möchte heute die Gelegenheit wahrnehmen, um nur auf eine besondere Sparte des Straßen- bzw. Wegebaues hinzuweisen, und das ist der Güter- und Almwege-Bau. Der Güterwegbau

geht schon auf das Jahr 1927 zurück. Damals hat man mit diesem Güterwegbau begonnen. Die letzten Kriegsjahre und das Jahr 1945 haben diesen Güterwegbau vollständig zum Stillstand gebracht. Umso erfreulicher ist es, daß in den Jahren 1946 bis 1962 nun insgesamt 799 km solcher Wege mit einem Aufwand von nahezu 239 Millionen Schilling, wovon rund 60% an Landes- und Bundesbeihilfen gegeben wurden, gebaut wurden.

Für das laufende Jahr ist eine Güterwegbaustrecke von 137 Kilometern vorgesehen mit einem Aufwand von rund 75 Millionen Schilling, von denen das Land 8 Millionen Schilling trägt. Seit dem Jahre 1956 ist auf dem Güterwegbau eine ständige, sehr wesentliche Steigerung sowohl in finanzieller als auch in technischer Hinsicht eingetreten. Obwohl sehr erfreuliche Leistungen schon erbracht wurden, sind für die nächste Zeit noch 539 solche Vorhaben bei der Agrartechnischen Abteilung angemeldet mit einer Wegstrecke von ca. 850 Kilometern. Sicher werden diesbezügliche Anträge noch weiterhin folgen. In der Zukunft werden uns aber nicht nur die Neubauten von Güterwegen im besonderen beschäftigen, sondern auch die entsprechende Erhaltung dieser Wege wird uns manche Sorgen bereiten. Diese Wege werden nämlich vielfach weit über das Zuträgliche benützt, im besonderen gewichtsmäßig, was natürlich einen entsprechend raschen Verschleiß bedeutet. Die Mittel für diesen Güterwegbau werden sowohl durch Eigenmittel der Beteiligten als auch durch Beihilfen von Bund und Land, wie schon ausgeführt, aufgebracht. Dringend würden wir hiezu noch einiges wünschen, und zwar, daß bei den gegebenen verbilligten Krediten für die Beteiligten, sei es nun bei AIK-Krediten oder auch bei ERP-Krediten, eine längere Laufzeit erreicht werden könnte. Ich weiß, daß es sich hier um Bundesmittel handelt und daß der Einfluß des Landes verhältnismäßig gering ist. Ich darf aber trotzdem die Hohe Landesregierung auffordern und bitten, sie möge sich entsprechend verwenden, daß diese Kredite eine Verlängerung erfahren. Es darf aber auch gebeten werden, daß die Förderungsmittel in dieser Hinsicht etwas verstärkt werden. Sie haben auf Grund der schon vorhin besprochenen Anträge ersehen können, daß noch sehr viel auf diesem Gebiet gemacht werden muß, und deshalb ist eine stärkere Dotierung für die nächste Zukunft unbedingt notwendig.

Anführen muß ich in diesem Zusammenhang auch noch unter dem gleichen Kapitel den Almwegbau. Auch solche Wege wurden in den Jahren 1947 bis 1963 in einer Länge von rund 581 Kilometern erbaut mit einem Gesamtaufwand von nahezu 18½ Millionen Schilling, wovon ebenso rund 40% Beihilfen gegeben wurden. Von diesen Almwegen ist der größte Teil mit Kraftfahrzeugen befahrbar und dienen deshalb auch diese Wege vor allem dem Fremdenverkehr. Das möchte ich nur nebenbei hier anführen. Vornehmste Aufgabe aber dieses Alm- und Güterwegbaues ist die Förderung unserer Bergbauern. Nachdem die Agrartechnische Abteilung mit ihrem Vorstand, Herrn Hofrat Hödl, diesen Wegbau betreut, nebenbei allerdings auch noch verschiedene andere Sparten des Wegebaues, soll erwähnt werden, daß die Agrartechnische Ab-

teilung mit einem verhältnismäßig kleinen Personalstand derzeit in der Steiermark rund 950 Baustellen beaufsichtigt. Und ich darf als bauerlicher Abgeordneter im Hohen Hause auch darauf nicht verzichten, dieser Abteilung, dem Vorstand, Herrn Hofrat Hödl, wie allen seinen Mitarbeitern sowohl hier in Graz als auch draußen in den verschiedensten Bezirken herzlichen Dank zu sagen. Ganz besonders danken möchte ich auch unserem leider heute nicht anwesenden zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Prirsch. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Zinkanell gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Zinkanell:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Der Haushaltsplan 1964 sieht in der Gruppe 7 für die Landwirtschaft einen Betrag von 88,6 Millionen Schilling und einschließlich des Postens der bereits besprochenen Bodenbank einen Betrag von 89,1 Millionen Schilling vor. Mit diesem Betrag soll der steirischen Landwirtschaft in sehr vielfältiger Art und Weise geholfen werden, wobei ich als erstes die schulische Ausbildung herausstreichen möchte, über die Kollege Buchberger in sehr ersten und begrüßenswerten Worten heute schon gesprochen hat. Dazu kommt die wichtige Aufgabe der Grundzusammenlegung, der Technisierung, der Tierzucht, über die auch ausführlich gesprochen wurde, des Pflanzenbaues usw. Für eine sinnvolle Hilfe ist es jedoch meines Erachtens sehr wichtig, die Gliederung und Struktur der steirischen Landwirtschaft sehr genau zu beobachten. Es ist meines Erachtens sehr interessant, daß von den 75.400 Betrieben nur 41.190, d. s. 56%, Vollerwerbsbetriebe sind. Und aus dieser Gruppe der Vollerwerbsbetriebe haben 31.000 nur eine Größe bis zu 20 Hektar. Das ist ein sehr bezeichnendes Beispiel für die steirische Struktur der Landwirtschaft. Den 41.000 Vollerwerbsbetrieben stehen 33.200 Nebenerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft gegenüber, die also 44% ausmachen. Bei einer kleinen Verschiebung von nur rund 5% wäre es dann so, daß in der Steiermark bereits die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe als Nebenerwerbsbetriebe geführt würden. In der Zahl von 33.200 Nebenerwerbsbetrieben steckt die sehr bedeutende Zahl von 23.849 Betrieben mit einem übergeordneten Nebenbetrieb, also wo die nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit der Familie gegenüber der landwirtschaftlichen Tätigkeit überwiegt. Ich möchte auch kurz auf die Durchschnittsgröße der Betriebe hinweisen, weil auch die ein interessantes Bild gibt. Die Vollerwerbsbetriebe haben einen Durchschnitt von 22½ Hektar. Die Nebenerwerbsbetriebe mit übergeordnetem Nebenerwerb haben immerhin, das möchte ich betonen, einen Durchschnitt von 8,4 Hektar. Das ist, im Hinblick darauf, daß es sich um Betriebe mit übergeordnetem Nebenerwerb handelt, ein sehr großes Ausmaß. Von den 1,2 Millionen Hektar, die landwirtschaftlich geführt werden, haben wir drei Viertel oder 900.000 Hektar in der Hand der Vollerwerbsbetriebe und ein Viertel und somit 300.000 Hektar in der Hand der Nebenerwerbsbetriebe. Ich bin der Meinung, diese Tatsache verlangt es, daß die Förderungsmittel nicht nur den Vollerwerbsbe-

trieben, sondern auch mehr vielleicht als bisher, den Nebenerwerbsbetrieben zugute kommen müssen. Die Aufgaben und Bedeutung der Vollerwerbsbetriebe möchte ich in keiner Weise in Zweifel ziehen. Sie ist von mir voll und ganz anerkannt. Es soll aber herausgestellt werden, daß die 300.000 ha in der Hand der Nebenerwerbsbetriebe auch wertvoller landwirtschaftlicher Boden sind und daß sie im Sinne einer rationellen und zweckvollen Bewirtschaftung entsprechend gefördert werden sollen. Es soll betont sein, daß die Konstruktion der Nebenerwerbsbetriebe an sich eine gute ist, wenn ein solcher Betrieb nicht so groß ist, daß damit die Frau zu Hause zu sehr belastet wird. Denn das ist leider zu einem sehr beachtlichen Teil zur Zeit der Fall. Der Mann arbeitet, nachdem seine Landwirtschaft die Familie nicht ernähren kann, auswärts und die Frau muß dann wohl oder übel, zum Teil mit Hilfe der Kinder, diesen landwirtschaftlichen Betrieb, der oft eine beachtliche Größe aufweist, führen. Aber ich möchte noch einmal sagen, die Konstruktion an sich ist nicht schlecht. Denn ein Nebenerwerbsbetrieb ist krisenfest. Er bringt einerseits ein landwirtschaftliches Einkommen, insbesondere die Nahrung für die Familie und die Wohnung. Es ist meistens auch das Heizmaterial vorhanden und der Mann verdient in der Industrie dazu. Er hat vor allem für sich und für die Familie den im Vergleich zur Landwirtschaft sehr bedeutenden sozialen Schutz. Der Betrieb ist also krisenfest und ist auch volkswirtschaftlich zu begrüßen. Für viele, denen die Landwirtschaft noch etwas bedeutet, ist es ein schöner Tätigkeitsausgleich. Die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe würde bedeutend größer sein, wenn auf dem Lande draußen mehr Arbeitsplätze vorhanden wären. Ich kenne selbst eine Reihe von bauerlichen Kollegen, die fragen, ob nicht dort oder da eine Möglichkeit des Unterkommens in einem anderen Beruf wäre, weil sie beabsichtigen, einen Nebenerwerb — eigentlich einen Haupterwerb — neben der Landwirtschaft zu beginnen. Ich betrachte es daher als eine wichtige Aufgabe des Landes, daß man weiterhin bemüht ist, Arbeitsplätze auf dem flachen Lande zu schaffen, um vor allen denen, die jetzt als Pendler hin und her reisen müssen, die Möglichkeit zu geben, etwas näher bei ihrem Wohnungsort Arbeit zu finden. Diese Nebenerwerbsbetriebe können viel zur Verbesserung der Agrarstruktur beitragen. Denn wenn einer einmal eine Arbeit gefunden hat und dann feststellt, daß sein Grund und Boden für die Bearbeitung nebenbei oder für die Frau zu Hause allein zu groß ist, der ist dann ohne weiteres bereit, dieses Zuviel an Boden an seinen Nachbarn abzustoßen, zu verpachten oder zu verkaufen. Ich bin überzeugt, daß die nun im Werden begriffene Bodenbank auch hier eine sehr bedeutende Aufgabe hat. Wenn ich mir eine Bemerkung gestatten darf, so die, daß damit auch eine Art von Bodenreform ohne Gewaltlösung gefunden wird und daß diese Bodenreform insofern zweckmäßiger ist als die vom Kollegen Leitner gemeinte, weil dieser Boden, der für die Betreuung als Nebenbetrieb zu viel ist, abgestoßen wird und weil er z. B. in Arnfels oder in Deutschlandsberg oder in Radkersburg dort vorhanden ist, wo kleinere und mittlere Bauern Boden brauchen. Der Grundbesitz

von Mayr-Melnhof z. B. ist in Frohnleiten oder auch anderswo mehr oder weniger beisammen und der nützt uns in Arnfels unten oder in anderen Gemeinden, wo Bodenbedarf für die Bauern ist, die aufstocken möchten, um Bauern bleiben zu können, nichts. Insoweit glaube ich also, daß diese Nebenerwerbsbetriebe eine sehr bedeutende Funktion auch in der Strukturverbesserung ausüben.

Ich möchte noch einmal betonen, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, Förderung der Vollerwerbsbetriebe ist selbstverständlich, aber auch Förderung der Nebenerwerbsbetriebe. Und da wäre es natürlich sehr wünschenswert, wenn mehr als bisher die Förderung nicht zu sehr von der Befürwortung eines Ortsbauernobmannes abhängen würde, sondern daß wir doch irgendwie — ich will niemand angreifen, das möchte ich auch betonen — zu einer Rechtsnorm in der Verteilung der notwendigen Gelder kommen. (Landeshauptmann Krainer: „Der Ortsbauernobmann ist ja ein gewähltes Organ.“) Das bestreite ich ja nicht, Herr Landeshauptmann. Aber trotzdem ist es leider so, daß die Befürwortungen draußen — und ich betone noch einmal, daß ich den zuständigen Referenten nicht angreifen möchte — und die werden natürlich als Unterlagen mit verwendet, nicht immer nur auf sachlichen Erwägungen aufgebaut sind. Das kann ich Ihnen an Hand einer dicken Mappe, in der ich solche Fälle gesammelt habe, beweisen. Aber ich möchte die Nerven der Damen und Herren nicht übermäßig strapazieren, weil man ja schon gerne aufhören möchte. Nur ein Beispiel für ein Dutzend: Im Bezirk Deutschlandsberg. Ein mittlerer Landwirt mit 15 ha Grundbesitz, also ein Vollerwerbsbetrieb, kein Nebenerwerbsbetrieb, hat eine beachtliche Stallverbesserung durchgeführt. Er ist auch ein tüchtiger Landwirt. Er hat angesucht um eine Beihilfe, die es dafür gibt. Es wurde ihm gesagt, Beihilfe erst dann, wenn er ein Darlehen aufnimmt. Nachdem es aber kein zinsverbilligtes Darlehen sein konnte, mußte er ein Darlehen zu normalem Zinsfuß aufnehmen. Die Verbücherung dieses Darlehens hat ihn 720 Schilling gekostet und 8% von 12.000 S machen in einem Jahr Zinsen von 960 Schilling aus, und im zweiten Jahr nicht sehr viel weniger, weil er ja noch nicht sehr viel zurückgezahlt hat, und im dritten Jahr auch wieder. Er muß also mit mindestens 2000 Schilling Zinsen rechnen und dazu die 720 Schilling Verbücherungsgebühr. Und was glauben Sie, was er bekommen hat an Subvention? Tausend Schilling. Ganz richtig, der Kollege Buchberger weiß es aus einer Hauptausschußsitzung der Landwirtschaftskammer, wo ich diesen Fall als ein sehr unerfreuliches Beispiel gebracht habe. Ich sage aber auch dazu, um der Wahrheit die Ehre zu geben, daß es mir in einem persönlichen Gespräch mit einem der maßgebenden Herren der Landwirtschaftskammer gelungen ist, in diesem speziellen Falle, der durch die Beihilfe effektiv mehr Schaden als Nutzen gehabt hat, noch einen Nachschuß von 2000 Schilling zu bekommen, so daß wenigstens der Schaden gedeckt ist, aber Nutzen hat der Betreffende von dieser Subvention keinen gehabt. Aber das ist nur ein Fall von vielen. Ich kann hier nicht alle Fälle aufzeigen, weil das zu lange dauern würde. Ich möchte nur noch die Bitte an die

Zuständigen richten, daß die Gelder für die Landwirtschaftsförderung nicht nur über zwei Bankinstitute bzw. zwei Bankorganisationen gehen sollen, sondern daß selbstverständlich auch die Bank für Arbeit und Wirtschaft hier mit einbezogen werden soll. Es ist sehr erstaunlich, daß Erledigungen dieser Art sehr häufig Leute treffen, die uns nahe stehen. Der Betreffende ist sozialistischer Gemeinderat im Bezirk Deutschlandsberg. Ich möchte noch betonen, daß die Förderung, für die wir also auch vom Lande her sehr beachtliche Beträge einsetzen, natürlich nicht als Selbstzweck gedacht ist und schon gar nicht aus politischen Gründen erfolgen soll. Ich habe nämlich auch feststellen müssen, daß vor Wahlen die Erledigung von Ansuchen erstaunlich rascher vor sich geht, als das sonst im normalen Jahresablauf der Fall ist. Förderung soll nicht Selbstzweck sein, wohl aber Förderung als Hilfe zur Selbstbehauptung. Notwendig ist Hilfe für eine entsprechende Qualitätsproduktion, Hilfe aber auch für die so weit als möglich gehende Selbstverarbeitung der agrarischen Produkte. Da gebe ich dem „Bauernbündler“ ausnahmsweise einmal recht (Landesrat Wegart: „Das gehört sich.“), er hat geschrieben, daß der Bauer viel zu wenig Anteil am Verbraucherpreis der Agrarprodukte hat. Das ist richtig, und wir würden es sehr begrüßen, wenn die Hilfe in diesem Sinne vielleicht besser wirksam wird. Vom Landwirt aus soweit als möglich an den Konsumenten heran mit den Agrarprodukten. Wir glauben, daß der Handel, der sicher auch leben soll, sich nicht allzusehr mit der Verteuerung der Produkte zwischen Produzent und Konsument befassen soll. Es wird leider viel zu sehr vom Bauern immer noch weggenommen und dem Arbeiter andererseits aufgelastet, und diese übermäßige Differenz zwischen Produzenten- und Konsumentenpreis ist zu groß. Ich freue mich heute noch über eine sehr, sehr mutige Bemerkung des Herrn Landeskammerrates Gsöls in der Vollversammlung der Landesbauernkammer vor zwei Jahren, wo er auf einige dieser Fragen sehr konkret eingegangen ist. Der Arme hat sich dann eine ziemlich heftige Abreibung von wirtschaftsbündlerischer Seite gefallen lassen müssen. (Abg. Pölzl: „Er hat ja ‚uns‘ gesagt, er hat den Konsum gemeint.“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hilfe nicht nur im Verkauf der Agrarprodukte, sondern natürlich auch Hilfe in der Reduzierung der Betriebsmittelkosten. Auch da müßte man mehr Verständnis beim sogenannten Zwischenhandel finden. Das ist auch eine wichtige Aufgabe für den Zweck, daß unsere Landwirtschaft besser als bisher bestehen wird können. Eine wichtige Sache, das ist heute kurz schon erwähnt worden, ist der Ausbau des sozialen Schutzes in mehreren Gruppierungen. (Abg. Leitner: „Von mir.“) Auch von Ihnen, Herr Kollege Leitner. Ich bin sehr froh, daß wir nach langen Jahren des Hin- und Herraufens nun dahin gelangten, daß wir die landwirtschaftliche Zuschußrente seit dem Jahre 1958 haben. Aber es ist auch richtig, daß diese Zuschußrente in ihrer jetzigen Form noch nicht genügt. Man muß eine Ausgleichszulage zumindest vorerst einmal für die schaffen, die kein Ausgedinge aus dem Betrieb bekommen können, und das ist eine sehr große Zahl von klei-

nen landwirtschaftlichen Betrieben, auch von Pächtern, die ja ein Ausgedinge von vornherein nicht bekommen. Weiters ist es noch nicht so, wie es sein soll, bei der Rente für die Frauen. Wir halten es für völlig abwegig, daß eine Frau warten muß auf ihren Rentenanteil, bis der Mann 65 Jahre geworden ist. Es ist nicht sehr selten, daß die Frau älter ist als der Mann, diese kann dann unter Umständen, wenn sie ein paar Jahre älter ist als der Mann, 75 Jahre alt werden, bis sie, die eigentlich ab 60 Jahre auch einen Rentenanspruch hätte, ihren Rentenanteil über den Mann erhält. Es ist auch jetzt die Erwerbsunfähigkeitsrente eingeführt — der Herr Kollege Leitner hat sie heute verlangt, sie existiert aber bereits —, sie existiert allerdings nicht besser als die Alterszuschußrente, und auch hier gehören notwendige Verbesserungen ehebaldest durchgeführt.

Eine sehr wichtige Frage, die zur Zeit in der Landwirtschaft stark debattiert wird, ist die Bauernkrankenkasse. Ich kann mich hier mit der Auffassung des Herrn Präsidenten Dr. Stephan nicht befreunden. Die Idee einer Katastrophenversicherung ist auch in der steirischen Landeskammer, insbesondere vom steirischen Bauernbund, seinerzeit ventiliert worden. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß eine solche Katastrophenversicherung für die Versicherungsanstalt unerträgliche Risiken mit sich bringen würde oder aber, wenn nicht die Anstalten dabei zugrunde gehen, die Beiträge bei der Katastrophenversicherung unwahrscheinlich hoch sein müßten. (Abg. Scherer: „Das ist nicht wahr.“) Wir sind daher der Meinung, daß eine ganz obligatorische Bauernkrankenversicherung eingeführt werden soll, natürlich auch mit einem entsprechenden Bundeszuschuß. Ich glaube, Sie wissen, daß von sozialistischer Seite keine Schwierigkeiten in dieser Richtung existieren.

Ich muß sagen, die Abstimmung, die da vor einigen Monaten in der Steiermark durchgeführt wurde, war etwas irritierend. Erstens einmal haben sich verhältnismäßig sehr wenig Landwirte an der Abstimmung über die Bauernkrankenkasse beteiligt und zweitens war es ein sehr starkes Nein. Nun darf man, glaube ich, diese Abstimmung nicht allzusehr überschätzen. Denn es ist kein Wunder, wenn man durch Jahre, oder man könnte sagen, durch Jahrzehnte den Bauern einredet, sie dürften um Gottes Willen nicht Staatsrentner oder staatsabhängig werden, und die Krankenkasse sei ein Schritt zur Verkolchosierung, daß sie bei der ersten Frage, die in dieser Hinsicht gestellt wird, ablehnend reagieren. Weil sie damit ja nur das wiedergegeben haben, was ihnen vorher durch Jahrzehnte unrichtig eingeredet wurde. Ich freue mich sehr, daß nun auch in der Steiermark und auch vom steirischen Bauernbund trotz dieser Abstimmung eine verhältnismäßig positive Haltung zur Frage der Bauernkrankenkasse eingenommen wird und ich freue mich noch mehr, daß die Niederösterreicher hier offensichtlich noch viel schneller den Sinn dieser alten, sozialistischen Forderung nach einer Bauernkrankenkasse erfaßt haben. (Beifall.)

Über die Notwendigkeit der Förderung der Schulung hat schon der Herr Kollege Buchberger ge-

sprochen. Ich glaube, daß es jetzt, nachdem das Gesetz über die bäuerlichen Fortbildungsschulen praktiziert wird, wirklich wesentlich besser geht, als das bisher der Fall war. Nicht nur die Schulung an sich, sondern auch die Förderung der Geschulten wäre ein wichtiger Anreiz für eine weitere Selbstschulung. Es scheint mir wesentlich, einmal den Gedanken zu ventilieren, daß man die Förderung, die auf einer Rechtsnorm aufgebaut sein soll, auch darauf etwas abstimmt, ob der Landwirt sich einer Schulung bereits unterzogen hat oder aber, ob er bereit ist, an einer Schulung teilzunehmen. (Landeshauptmann Krainer: „Man kann einem Landwirt eine Beihilfe nicht vorenthalten, weil er nicht an einem bestimmten Kurs teilnimmt!“) Ja, aber man kann es ihm immerhin sehr nahe legen.

Ein wichtiges Kapitel für uns in der Landwirtschaft ist die Frage des Fremdenverkehrs im bäuerlichen Bereich. Ich würde sehr, sehr froh sein, wenn die Fremdenverkehrsfachleute besonders dieser Richtung des Fremdenverkehrs ihr Augenmerk mehr als bisher zuwenden würden. Ich habe mir sehr interessante Unterlagen beschafft über die sogenannten „Erholungsdörfer“. Ich möchte hier feststellen — ohne jetzt andere Abgeordnete beleidigen zu wollen —, daß es kaum ein prädestiniertes Gebiet für Erholungsraum und für Erholungsdörfer im bäuerlichen Fremdenverkehr gibt als unsere Weststeiermark und insbesondere das sehr liebliche Gebiet um Deutschlandsberg. Nebenbei darf ich nur feststellen, daß die Weststeiermark eben auch den Bezirk Deutschlandsberg umfaßt, weil manchmal die irrierte Meinung herrscht, daß Weststeiermark und der Bezirk Voitsberg identisch seien. Voitsberg ist ein Teil der Weststeiermark und Deutschlandsberg ist der andere und meiner Meinung nach der schönere Teil der Weststeiermark. Jedenfalls ein wunderbares Gebiet für die Förderung des bäuerlichen Fremdenverkehrs. Die Leute brauchen dort Hilfe, das Gebiet ist dazu wunderbar geeignet, das Gebiet ist schön, das Klima herrlich, es soll dort so viel Sonne sein wie in Davos; es kann also an nichts fehlen.

Das Land Steiermark gibt mit unserer bereitwilligen und verständnisvollen Zustimmung zum Teil sehr beachtliche Beträge für die von mir vorhin genannten Ziele und Aufgaben aus. Die Förderungsmittel sollen in der Summe ihrer Verwendung den Lebensstandard der bäuerlichen Familie heben und sie befähigen, den harten Konkurrenzkampf in einem erweiterten europäischen Wirtschaftsraum zu bestehen. Das Bestehen wird allerdings in diesem europäischen Wirtschaftsraum nicht leicht sein. Wie schwer es sein kann, zeigt uns vor allem auch die sehr große Beunruhigung der deutschen Bauern im EWG-Raum. Es gibt Bilder — ich habe diese Unterlagen mit —, wo deutsche Bauern bei einer Protestkundgebung Transparente mitführen mit dem Text „Sollen wir in der EWG verrecken?“ Das sagen die deutschen Bauern in der EWG. Und die französischen Bauern haben offenbar auch noch keine reine Freude am gemeinsamen Markt. Denn ihre Transparente bei Bauerndemonstrationen tragen die Aufschrift: „Nieder mit dem gemeinsamen Markt.“ (Unverständliche Zwischenrufe.) Das be-

weist jedenfalls, daß die Wirkung vorerst eine nicht besonders günstige war. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß gestern und heute die Südost-Tagespost mir freundlicherweise Argumente für die Aussicht, die notwendig ist, geliefert hat. Die gestrige, vom Mittwoch, den 11. Dezember, schreibt in einem kurzen Artikel: „Ultimatum de Gaulles an die EWG.“ Es könnte sein, daß, wenn nicht die französischen Meinungen, oder besser gesagt, die Meinung des de Gaulle, durchgehen, die EWG scheitern könnte. Und die heutige Südost-Tagespost bringt einen sehr beachtlichen Artikel: „Paris nimmt Bonn in die Zange.“ Und es heißt hier: „Frankreich beschwor sogar im Falle der Nichteinhaltung des Termins die Gefahr eines Scheiterns der EWG herauf.“ Das schreibt die Südost-Tagespost von gestern und heute. Ich wundere mich daher umso mehr, daß, nachdem diese Schwierigkeiten nicht nur erst von gestern und heute stammen, der Herr Landespartei-sekretär Abg. Dr. Rainer von der ÖVP in der sonntäglichen Südost-Tagespost in einer Art und Weise über Kreisky geschrieben hat bzw. über seine Versammlungsreden, die meines Erachtens gerade im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die in der EWG zur Zeit noch bestehen, nicht gerechtfertigt ist. (Abg. Scheer: „Man darf der Tagespost nicht alles glauben.“) Ja, wenn sie über ihren Landespartei-sekretär schreibt, dann nehme ich schon an, daß er das, was die Zeitung schreibt, auch gesagt hat. Denn ich will ihm ja nicht irgendwelche Unwahrheiten unterschieben. Wir sind der Meinung, daß es die erste Pflicht der Regierung und des zuständigen Ministers oder der zuständige Minister ist, die Verbindung mit der EWG selbstverständlich zu pflegen, Verhandlungen aufzunehmen, aber das alles mit größtem Bedacht solange, als in der EWG anscheinend selber die verschiedenen Kräfte noch nicht ausgegoren sind, als man dort noch nicht ausgekocht hat, was eigentlich dann zum Essen geboten werden soll. Es hat mich wirklich befremdet, daß der Herr Abgeordnete Rainer unter anderem in seiner Versammlung erklärt, da Doktor Kreisky meint, daß wir in Europa — und Europa bedeutet für uns das freie Europa — keine besondere Sendung haben, dann sind wir also bereits am östlichen Ufer. Das ist eine Schlußfolgerung, die aus den Kreisky-Vorträgen ohne Zweifel nicht gezogen werden kann. „Wieder einmal hat Herr Dr. Kreisky“ — den Minister schenkt er sich gerne — „seine Maske einige Zentimeter fallen lassen, und ich warne nicht nur die Wähler der ÖVP, sondern vor allem die Anhänger und Wähler der SPÖ in diesem Moment vor der Politik des Dr. Kreisky, der uns von der Brückensituation weg in den Osten führen wird. (Abg. Bamer: Aber mit Minister Bock besteht keine Meinungsverschiedenheit!)“ Ja, interessanterweise. Ich bin der Meinung, daß es gerade für einen Funktionär in einer sehr entscheidenden Funktion sehr wichtig wäre, auch so verantwortungsbewußt und verantwortungsvoll zu handeln und zu reden, als dies bei dem Außenminister Kreisky der Fall ist. Denn ich möchte wissen, was die ÖVP oder vor allem — wir reden ja jetzt von der Landwirtschaft — was die Landwirtschaft sagen würde, wenn uns Kreisky in eine EWG geführt hätte oder führen würde, die

unter Umständen durch die französische Elephantiasis zugrunde geht. Ich bin überzeugt, daß ihm das dann erst recht und dann erst berechtigterweise Vorwürfe eintragen würde. Ich will aber dazu betonen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind für Europa, und wir sind auch für eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Abg. Pölzl: „Aber . . .!“), wir wünschen eine Zukunft der europäischen Zusammenarbeit. Aber, ganz richtig, Herr Kollege Pölzl, mit Vorsicht, mit Bedacht, so wie es einem, der Verantwortung zu tragen hat, bei den Vorbereitungen auch zukommt. Ich habe schon vorhin erwähnt, aus diesen Gründen, die also für unsere österreichische und insbesondere für unsere steirische Landwirtschaft Schwierigkeiten noch und noch mit sich bringen würden, sind wir für die (Abg. Leitner: „Warum hineingehen in die EWG, wenn es solche Schwierigkeiten zu befürchten gibt!“). Das wird schon werden, Herr Kollege Leitner. Ich bin überzeugt, daß die EWG an sich richtig ist, ich bedaure diese sehr eigenartige Haltung der Franzosen. Es wird werden, und ich glaube auch, daß dieses Zusammenwachsen letzten Endes für Österreich, für die österreichische Bevölkerung und für die österreichische Landwirtschaft einen Vorteil bringen wird, aber man soll nicht Vorwürfe machen zu einer Zeit, wo die anderen noch nicht fertig sind mit dem Gebäude, um das dreht es sich. Ich möchte nur sagen, wir haben aus diesem Grunde sehr gerne für die Förderung der Landwirtschaft gesprochen und werden dafür stimmen. Ich glaube nur, es genügt nicht, daß wir bereit sind, Geld auszugeben. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, mit dafür zu sorgen, daß dieses Geld so zweckvoll als möglich, so gerecht und auch so sozial als möglich verwendet wird. Und ich habe in diesem Sinne im Finanzausschuß einen Resolutionsantrag eingebracht, der einen Gedanken nun aktivieren sollte, den ich voriges Jahr bereits ausgesprochen habe, nämlich die Einberufung einer Agrarenquete. Zumindestens einmal im Jahr, zu einer passenden Zeit, sollen sich die maßgeblichen Gruppen, Personen, Institutionen der Steiermark zusammenfinden, um vorerst einmal — das kann man gut vorbereiten von den zuständigen Abteilungen und Stellen — die spezielle Situation der steirischen Landwirtschaft festzustellen, aufzuzeigen und aus dieser Feststellung heraus Vorschläge zu erarbeiten, die, wie es im Antrag heißt, im Rahmen der Möglichkeiten und Kompetenzen des Landes dahin zielen sollen, dem steirischen Landvolk den Übergang in eine von der europäischen Wirtschaft stärker als bisher beeinflusste Zukunft zu erleichtern. Ich habe mir vorgestellt, daß an dieser Agrarenquete teilnehmen müßten selbstverständlich die Mitglieder des Landeskulturausschusses, das zuständige Regierungsmitglied mit den leitenden Beamten der Landesregierung, die Vertreter der Landwirtschaftskammer und der Landarbeiterkammer, die Vertreter der politischen Bauernverbände, die Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände, Vertreter auch der Arbeitnehmer, der Konsumentenseite, also des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer, Vertreter auch der gewerblichen Wirtschaft, um in einer solchen Enquete ein oder zwei Tage lang zu überlegen, was können wir selber für die steirische

Landwirtschaft tun, was soll planvoll getan werden, um unserer Landwirtschaft noch besser als bisher zu helfen. Ich muß sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich war wirklich überrascht, ich habe es nicht erwartet, daß die ÖVP im Finanzausschuß diesen Antrag nicht akzeptieren wird. Ich war umso mehr überrascht, als zu dieser Zeit im Finanzausschuß von der ÖVP-Seite vier bäuerliche Vertreter anwesend waren. Einer von ihnen hat für sich selber die Bemerkung gemacht: „Das ist eine Aufgabe der Landwirtschaftskammer.“ Ich will die Landwirtschaftskammer nicht zurückstellen. Sie ist ein sehr bedeutsamer und sehr wichtiger Apparat, das merkt man ja bereits an den 680 Angestellten, die sie beschäftigt. Es ist eine wichtige Institution. Nur eine Feststellung, Herr Kollege. (Abg. Heidinger: „Aber eine boshafte!“ — Abg. Doktor Pittermann: „Weil da die ganzen Kontrollorgane dabei sind!“ — Abg. Pabst: „Wieviele sind davon wirklich Sekretäre? Das sind hauptsächlich Förderungsorgane, die, wie Sie selbst wissen, wirklich notwendig sind.“ — Landesrat Gruber: „Aber, aber, meine Herren.“ — Landesrat Sebastian: „Was habt ihr denn jetzt?“ — Landesrat Gruber: „Er hat ja gar nichts gesagt, als die Ziffern festgestellt. Aber die Unruhe und die Nervosität ist also doch bezeichnend hier.“ — Abg. Dr. Pittermann: „Keine dialektischen Ausreden!“) Ich bin vielleicht mißverstanden worden. Ich möchte noch einmal sagen, selbstverständlich hat die Landwirtschaftskammer eine außerordentlich wichtige Funktion und übt diese Funktion auch zum überwiegenden Teil zur Zufriedenheit aus. Es gibt auch da Kritik, natürlich. Wir werden bei der nächsten Hauptversammlung am 21. Dezember wahrscheinlich auch einige kritische Bemerkungen sagen müssen, weil ja kein Apparat und keine Institution völlig kritiklos und reibungslos funktionieren dürfte. Irgendwelche Schwierigkeiten, die aber aufgezeigt werden sollen, wird es immer geben. Obwohl die Kammer das ihre leistet, bin ich überzeugt, daß es für die Kammer eine Erleichterung wäre und für die Bauern und ihre Familien in der Steiermark eine wichtige Sache, daß wir uns alle, die es angeht, und daß es den Landtag angeht, das dürfte doch wohl keine Frage sein, und daß es die Landesregierung angeht, natürlich auch, daß alle, die es angeht, zusammenkommen, um sachlich und vernünftig zu suchen und festzustellen, was man hier tun kann. Ich werde bei nächster passender Gelegenheit mit Unterstützung des sozialistischen Klubs diesen Antrag wieder einbringen und ich hoffe, daß dann auch die Osterreichische Volkspartei und die Abgeordneten des Bauernbundes den Antrag unterstützen. Ich erwarte mir das umso mehr, als voriges Jahr, als ich diesen Gedanken hier im Hause ausgesprochen habe, eine eindeutig positive Reaktion von der Seite der ÖVP gekommen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Abschluß meines Diskussionsbeitrages zur Gruppe 7 möchte ich — ich betone, daß ich nicht nachahmen will, daß ich mein Vorhaben aber auch deswegen nicht aufgeben will, weil es schon heute geschehen ist — mein aufrichtiges Bedauern darüber aussprechen, daß der Herr Landesrat Priirsch durch

eine sehr schwere Krankheit verhindert ist, an diesen Tagungen und Beratungen teilzunehmen und ich bitte seine Fraktionskollegen, ihm unsere aufrichtigen und besten Genesungswünsche zu übermitteln. (Beifall.)

**Präsident:** Hohes Haus! Bevor ich dem nächsten Redner, Herrn Abg. Pölzl, das Wort erteile, möchte ich folgende Mitteilung machen: Die drei Fraktionen sind übereingekommen, daß jetzt die Rednerliste erschöpft ist. Es werden nicht neue Redner noch und noch dazukommen, es sind sowieso 20 bis jetzt vorgemerkt. Vor zwei Stunden waren es nur mehr 10. Weiters soll die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt werden, wovon ja die Mitglieder der Landesregierung ausgenommen sind. Sie können reden, solange sie wollen. Aber wir haben eine Geschäftsordnung und diese sieht vor, daß jeder Abgeordnete mindestens eine halbe Stunde Gelegenheit haben muß, zu reden, außer, es wird ein Beschluß gefaßt, der die Redezeit auf zehn Minuten heruntersetzt. Ich frage daher die Damen und Herren des Hohen Hauses, ob Sie mit dem von mir vorgebrachten Vorschlag einverstanden sind, die Rednerliste zu beenden und für jeden einzelnen Redner, mit Ausnahme der Mitglieder der Landesregierung, Beschränkung der Redezeit auf zehn Minuten? (Die Erklärung des Einverständnisses erfolgt durch Handerheben.) Mit einer Gegenstimme des Herrn Pölzl angenommen. Aber eine Schwalbe macht ja keinen Sommer. Er wird es schon noch erlernen. Die Disziplin in der Fraktion, das ist etwas, was Du noch nicht weißt. Also gib acht, wenn es Dir um eine politische Karriere zu tun ist! (Heiterkeit.)

Also wir haben abgestimmt, mit einer Gegenstimme, daß wir es so machen, wie ich vorgeschlagen habe:

**Abg. Dr. Kaan** (zur Geschäftsordnung): Gilt das nur für diese Gruppe oder für alle folgenden?

**Präsident:** Für jede Gruppe. Nur die Namensnennungen kommen erst. Die werden jedesmal gemacht. Aber die Redezeitbeschränkung gilt für alle Gruppen.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Pölzl das Wort, schon mit 10 Minuten.

**Abg. Pölzl:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Geben Sie Redefreiheit, Sire! Ich habe deswegen dagegen gestimmt. Denn der erste davon Betroffene bin ja ich. Ich habe die Aufgabe, über den Fremdenverkehr in der Steiermark über die Förderungswürdigkeit des Fremdenverkehrs in diesem Hohen Hause zu sprechen. Ich habe mich dazu vorbereitet und bin nun durch die Mehrheit des Hauses gezwungen, einen Teil meiner Ausführungen zu kürzen.

Hohes Haus! Für den Fremdenverkehr sind insgesamt 27,3 Millionen Schilling als Ausgaben veranschlagt. Man kann sagen, es ist dies kein kleiner Betrag. Die Opfer, die das Land auf sich nimmt, sind keine kleinen Opfer. Ich möchte aber die Behauptung aufstellen, daß dieser Betrag noch viel zu klein ist, um tatsächlich den Fremdenverkehr in dieser

grünen Steiermark zu fördern, um den Fremdenverkehr so, wie er in den anderen Bundesländern erblüht ist, auch in diesem Lande zum Erblühen zu bringen. Ich möchte für das Budget 1965 die Anmerkung machen, daß mindestens 50 Millionen Schilling erforderlich sind, um den nötigen Straßenbau für den Fremdenverkehr, um den Bäderbau und den Bau von Seilbahnen, Schilifts usw. durchzuführen. Daß diese 50 Millionen Schilling notwendig sind, um die nötigen künstlichen Badeanlagen als große Teiche oder Seen in diesem Lande zu finanzieren. Es ist auch notwendig, daß wir in der Steiermark, und sei es wieder als erstes Bundesland in Österreich, neue Wege beschreiten. Und ich darf nur eine Zahl nennen, 11 Milliarden Schilling an harten Devisen werden es heuer sein, die die Gäste aus dem Ausland in unser Land bringen, weshalb wir dringend ausbauen müssen. Diese 11 Milliarden Schilling sind es, die überhaupt unsere Währung stützen und schützen, damit die österreichische Bevölkerung aus dem Ausland her Waren nach Art und Lust beziehen kann. Wir brauchen also diesen hohen Betrag, um endlich auch günstige, langfristige Kredite, so wie es etwa in Italien ist, Kredite mit einer Laufzeit von 20 bis 50 Jahren, entweder ohne Zinsen oder nieder verzinslich mit 1 oder 2% ausschütten zu können. Wir brauchen diese Gelder, um neue Gebiete in unserem schönen Heimatland für den Fremdenverkehr zu erschließen.

Meine Damen und Herren! Viele Redner in diesem Hohen Hause haben auf die Bedeutung der EWG hingewiesen. Bei allen war zu spüren, daß das Problem, ob Österreich zu einer Assoziierung mit den EWG-Staaten kommt oder nicht, ein sehr wesentliches Problem ist und daß es alle Berufsgruppen in diesem Lande beschäftigt. Der Fremdenverkehr wird uns eines Tages helfen können, wenn es uns nicht gelingen würde, in allernächster Zeit mit den 6 Staaten der EWG zu einem Arrangement zu kommen. Ich glaube daher, mit Recht die Forderung aufstellen zu können, daß der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft über das Budget 1965 wesentlich mehr Mittel als Darlehen oder auch als Förderungsbeiträge zur Erschließung neuer Zentren zufließen sollen.

Ich darf auch erwähnen, daß in der Gruppe 7 auch ein Fonds der gewerblichen Darlehen mit 6,5 Millionen Schilling veranschlagt ist. Hier handelt es sich um einen Fonds, der im Zusammenwirken zwischen der Steiermärkischen Landesregierung und der steirischen Handelskammer ins Leben gerufen worden ist. Hier werden alljährlich vom Landtag und von der steirischen Handelskammer Beträge in diesen Fonds hineingegeben, um die Wirtschaft, die nicht nur mit dem Fremdenverkehr zu tun hat, zu fördern und anzukurbeln. Ich darf in diesem Hohen Hause vermerken, daß diese 1,200.000 S, die von der Kammer dazugegeben werden, als Art Selbsthilfemaßnahme aller Wirtschaftstreibenden der Steiermark anzusehen ist. Und man kann es als eine fortschrittliche Aktion bezeichnen, daß Landesregierung und Interessenvertretung, also steirische Handelskammer, hier für ihre Mitglieder, für die Wirtschaftstreibenden einen eigenen Fonds geschaffen haben, der sich, und das muß ich sagen, bestens bewährt hat. Mitte des Jahres sind aus diesem

Fonds schon keine Mittel mehr zu erhalten, also auch hier müßte man für die kommenden Jahre Vorsorge treffen, daß noch mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zum Abschluß, meine Damen und Herren. Der Fremdenverkehr wird uns eines Tages — er ist heute schon die Hauptsäule der Devisenbringer — der Lebensquell unseres Landes überhaupt sein. Verschlafen wir diese Zeit nicht! Wenden wir die notwendigen Mittel auf! Ein alter Spruch heißt: Man muß das Geld beim Fenster hinauswerfen, dann kommt es bei der Tür herein. Beim Fremdenverkehr wird es sich bewahrheiten. Die Generation, die nach uns kommt, wird das ernten, was wir heute zu säen haben. (Beifall.)

**2. Präsident:** Der Herr Abgeordnete Karl Lackner hat das Wort.

Abg. **Karl Lackner:** Hoher Landtag! Eine Reihe von Kollegen hat jetzt über die verschiedenen Probleme und Sorgen in der Landwirtschaft, im Fremdenverkehr, in der gewerblichen Wirtschaft gesprochen. Und ich möchte jetzt ganz kurz nur Ihre Aufmerksamkeit ein bisserl an die frische Luft, auf unsere steirischen Almten lenken. (Abg. Bammmer: „Fenster auf!“) Es ist sehr viel über die Sorgen der Bergbauern unter anderem gesagt worden, über Subventionen, über gerechte oder ungerechte Verteilung. Ich möchte nur kurz sagen, das Schwierigste, was es überhaupt gibt, ist etwas verteilen und dann die Zufriedenheit aller zu finden. Das gibt es gar nicht. Man kann selbstverständlich auf keinen Fall auf Subventionen verzichten in extremen Gebieten oder in extrem gelegenen Gebieten. Aber noch entscheidender als die einzelnen Subventionen ist meiner Meinung nach eine gesamte Förderung. Und es ist die gesamte Förderung der Almwirtschaft meiner Meinung nach gerade für die Erhaltung unserer Bergbauern von besonderer Bedeutung. Ich möchte jetzt ganz kurz nur eine Rückschau halten. Vor vielen hundert Jahren bis zum ersten Weltkrieg war die Almwirtschaft mit dem Heimbetrieb der Bergbauern ein unmittelbares Ganzes. Im Frühjahr ist der Bauer mit Sack und Pack, wenn ich so sagen darf, mit Kindern und Vieh auf die Alm gezogen. Nur ein, zwei Kühe blieben daheim, um die Selbstversorgung zu gewährleisten. Arbeitskräfte waren genug vorhanden, um die Arbeit daheim auf dem Hof und auf den Almten zu tätigen. Und die Haupteinnahmen waren damals eben aus den Zuchtpferden und aus den Rindern, die dann im Spätherbst in großen Zügen übers Flachland nach Oberitalien gewandert sind. Ein Gesundbrunnen, wie es heute unsere Almten sind, war damals die Alm eigentlich weniger. Die Leistungsansprüche waren damals nicht so groß, wie sie heute sind, sondern die Alm war damals eine billige Aufzuchtquelle. Mit dem Aufkommen der Milchwirtschaft aber haben sich die Dinge grundlegend geändert. Durch den täglichen Verkauf der Milch und durch die tägliche Geldeinnahme ist die Almwirtschaft irgendwie in den Hintergrund gedrängt worden, und vor allem deshalb, weil die jährlichen Einnahmen, mit denen damals der Bergbauer das Auslangen finden mußte, wenn er im Herbst das Vieh verkauft hat, bei der heutigen

Geldwirtschaft nicht mehr ausreichen würden. Und außerdem ist noch ein zweites ernstes Kapitel aufgetreten, daß auf Grund der wenigen Arbeitskräfte der Bergbauer heute ja nicht mehr in der Lage ist, daheim die Arbeit durchzuführen. Und weiters ist die Pferdezucht fast zur Gänze bedeutungslos geworden. Die Ziegen sind vom Bauernhof verschwunden, die Schafe haben auch nur mehr eine geduldete Daseinsberechtigung, was eigentlich unverständlich ist, weil gerade im europäischen Großraum die Schafzucht eine große Bedeutung hat, in allen übrigen europäischen Staaten nimmt die Zahl der Schafe zu, aber scheinbar können wir Österreicher es uns leisten, daß wir riesige Flächen von Schafweiden leerstehen lassen, vielleicht, weil es verschiedenen Menschen nicht paßt, ich weiß es nicht, warum. Aber trotzdem ist es unmöglich, daß der Bergbauer die Almwirtschaft aufgibt, denn genauso, wie damals die Haupteinnahmen der Landwirtschaft aus der Viehzucht waren, sind sie es heute geblieben. Es haben sich nur die Verhältnisse geändert. Um den entsprechenden Anforderungen gerecht zu werden, ist es nur möglich, daß gealptes Vieh auf den Markt kommt, weil das gealpte Vieh die Voraussetzungen bringt, die heute verlangt werden: Fruchtbarkeit, Gesundheit und Leistung. Es ist daher notwendig, daß die Förderung der Almwirtschaft besonders darauf hingelenkt wird, daß die Almten erschlossen werden durch brauchbare Wege, wie der Kollege Pabst bereits angeführt hat, und daß eine richtige Almdüngung, Rodung usw. möglich ist. Wir haben in der Steiermark eine Gesamtalmfläche von 351.472 Hektar, das sind 21,5% der gesamten Katasterfläche, und allein die Almweide 137.447 Hektar. Ich glaube nicht, daß wir es uns leisten können, diese Weidefläche, die unsere Väter und Ahnen unter für uns heute unvorstellbar großen Opfern fruchtbar gemacht haben, öde liegen zu lassen. Es ist daher ein echtes Begehren und ein echter Wunsch und eine echte Besitzfestigung unserer Bergbauern, auch die Förderung der Almwirtschaft besonders in den Vordergrund zu stellen. (Allgemeiner Beifall.)

**2. Präsident:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Hans Brandl das Wort.

**Abg. Hans Brandl:** Sehr geehrte Damen und Herren! Als drittes Opfer einer beschränkten Redezeit darf ich zuerst dem Hohen Landtag eine Verpflichtung gegenüber den Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft in Erinnerung bringen. Der Hohe Landtag hat am 8. März d. J. die Landarbeitsordnungs-Novelle beschlossen, die eine Verbesserung auf arbeitsrechtlichem Gebiet für die Land- und Forstarbeiter zum Inhalt gehabt hat. Durch einen Einspruch des Verfassungsdienstes ist diese Novelle nicht in Kraft getreten, eine neuerliche Regierungsvorlage wurde am 24. Oktober hier aufgelegt und ist den Abgeordneten zugewiesen worden. Ich möchte hier im Hohen Hause den Obmann des Landes-Kulturausschusses, Herrn Abgeordneten Kollegen Lackner, bitten, den Landes-Kulturausschuß so rechtzeitig einzuberufen, daß in der nächsten Landtagssitzung die Verabschiedung der Landarbeitsordnungs-Novelle erfolgen kann.

Und nun zu einem anderen Thema. Als nach langen und schwierigen Verhandlungen am 1. Juli d. J. die Novelle zum Landarbeiterkammergesetz im Landtag zur Beratung stand, gab es eine sehr stürmische Diskussion. Ich habe für die sozialistische Fraktion sowohl die Verbesserungen als auch die Bedenken aufgezeigt und mit aller Deutlichkeit darauf verwiesen, daß nach unserer Meinung die Durchführung der schriftlichen Wahl sehr problematisch ist. Es hat während meiner Ausführungen eine Menge Zwischenrufe aus den Bänken der OVP-Abgeordneten gegeben, und es wurde sogar die Frage gestellt, ob ich die Bürgermeister verdächtigen will, daß sie sich nicht an die Bestimmungen der Gesetze, der Wahlordnungen und der Durchführungserlässe halten würden. Wenn ich heute mit etwas Zeitabstand, rund 1 Monat nach der durchgeführten Landarbeiterkammerwahl zu diesem Thema noch einmal das Wort ergreifen kann, und ich möchte sagen das Wort ergreifen muß, so darf ich zuerst wiederum eine grundsätzliche Stellungnahme treffen. Nach unserer Bundesverfassung ist heute jedem Staatsbürger bei jeder Wahl, also auch bei Körperschaftswahlen, das freie, geheime, unmittelbare und persönliche Wahlrecht garantiert. Diese Bestimmung ist nicht nur dem Worte nach ein Satz unserer Verfassung, sondern soll auch dem Sinne und dem Geiste nach ein Bestandteil unserer Demokratie sein. Und hier liegt die Kernfrage in der Beurteilung und hier trennen sich anscheinend die Auffassungen der beiden großen politischen Parteien. Meine Damen und Herren! Wer die Meinung vertritt, daß durch eine schriftliche Wahl nach dem Grundsatz „Dienst am Kunden“ dem Wähler die Wahlhandlung weitgehend abgenommen werden soll, oder wer die Briefwahl als einen gangbaren Weg zur Modernisierung und Ausgestaltung der Demokratie betrachtet, wie ich dies in wiederholten Presse-Aussendungen der OVP gelesen habe, dessen ehrliche Sorge ist es nicht, dem Wähler den Weg zum Wahllokal zu ersparen, sondern dessen Hintergedanke in der Endkonsequenz ist es, eine Wahl ohne Wahlkommission, ohne Wahlzeugen, d. h. ohne jede Kontrolle, zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte diese bestimmte harte Feststellung nicht getroffen, wenn nicht nur einige, sondern eigentlich sehr viele Vorkommnisse bei der Landarbeiterkammerwahl das entsprechende Beweismaterial geliefert hätten. (Landeshauptmann Krainer: „Es gab auch Vorkommnisse in Ihren Gemeinden!“) Herr Landeshauptmann, ich habe hier in diesem Hause und ich glaube, auch im Ausschuß den Standpunkt vertreten, daß wir als Abgeordnete verpflichtet sind, gesetzliche Bestimmungen auch bei Wahlen zu schaffen, die weitgehend von vornherein — von vornherein möchte ich wiederholen — einen Mißbrauch ausschalten. In der Frage dieser Mißbräuche möchte ich in erster Linie — die Zeit ist verhältnismäßig kurz — drei Dinge in den Vordergrund stellen:

1. Die Erfassung der Wahlberechtigten. Der Herr Präsident, Kollege Brandl, hat bei der damaligen Diskussion selbst festgestellt, daß der Bereich der Kammerzugehörigkeit zu gering gezogen ist und

hat bedauert, daß die Fachorganisationen nicht als Kammerzugehörige in den Bereich der Landarbeiterkammer einbezogen worden sind. Ich muß hier feststellen, daß der Großteil der Dienstnehmer in diesen Fachorganisationen der Landwirtschaft, obwohl sie nicht kammerzugehörig sind, als Wahlberechtigte aufgenommen wurden und somit ein Personenkreis von schätzungsweise rund 2000 Menschen hier das Wahlrecht ausgeübt hat. Aber noch weit bedenklicher ist die entscheidende Frage, daß man hier zum Teil, und zwar zu einem sehr großen Teil, überhaupt versucht hat, Wahlberechtigte zu machen aus bestimmten Erwägungen heraus und daß ich Ihnen das mit Zahlen untermauern kann. Denn selbstverständlich, wenn in einem Wahlkreis mehr Wahlberechtigte als Pflichtversicherte aufscheinen, da muß irgend etwas nicht stimmen. Im Wahlkreis 3 Fürstenfeld-Feldbach-Hartberg 5226 Aktive und damit Versicherte und 3758 Pensionisten schon mit einbezogen als Versicherte, ergibt 8984. Die Wahlberechtigten wurden mit 9326 festgestellt, also um 342 Wähler mehr. Ich kann Ihnen eine Gegenüberstellung bringen aus obersteirischen Bezirken, wo normaler- und natürlicherweise selbstverständlich immer die Zahl der Wahlberechtigten etwas geringer ist infolge der Erfassung als die Zahl der dort Beschäftigten und Pflichtversicherten.

Besonders bedauerlich war ein Vorfall, den ich ebenfalls dem Hohen Hause zur Kenntnis bringen möchte, nämlich daß unserem Einspruch in der Bezirkswahlbehörde Feldbach und in weiterer Folge auch in der Kreiswahlbehörde Feldbach auf Streichung von 22 Klosterschwestern aus dem Wählerverzeichnis nicht stattgegeben wurde, obwohl jeder rechtskundige Beamte und meiner Meinung nach auch jeder Laie wissen müßte, daß geistliche Schwestern nicht sozialversichert sind, daher nicht in den Bereich der Landarbeiterkammer gehören und daher auch nicht wahlberechtigt sein können. (Landeshauptmann Krainer: „Hätte das das Wahlergebnis geändert?“) Nein. Aber Herr Landeshauptmann, ich muß darauf aufmerksam machen, daß es eben auch Pflicht der Wahlleiter sein sollte, die Wahlkommission, wenn sie es nicht wissen sollte, was ich aber nicht annehme, darauf aufmerksam zu machen, daß hier Rechtsverletzungen gegangen werden. (Zwischenruf von der ÖVP: „Die Wahlkommission wurde aufmerksam gemacht!“)

Ein besonders einmaliges Beispiel im Bezirk Hartberg in der Sektion Forstarbeiter war folgendes: 107 Forstarbeiter sind pflichtversichert dort festgestellt worden — die Zahl ist ohne Rentner, die Zahl kann sich höchstens auf knapp 200 erhöhen —, und die Zahl der Wahlberechtigten in diesem Bezirk wurde mit 425 ermittelt. Hier liegt eine augenscheinlich willkürliche Erfassung vor.

2. Die zweite, sehr entscheidende Frage ist die Zustellung der Wahlkuverts. Herr Landeshauptmann, Sie erinnern sich daran, sie war die Kernfrage in den Verhandlungen, wo wir immer wieder darauf bestanden haben, daß hier nicht Mißbrauch getrieben werden soll. Und das ist dann das entscheidende Ergebnis der Verhandlungen gewesen, daß im Zustellbereich der Post diese Wahlkuverts über die Briefträger an die Wahlberechtigten her-

angebracht wurden. Wenn man nun feststellen muß, daß diese Bestimmung überwiegend in den ÖVP-Gemeinden eindeutig verletzt wurde und daß in einem Bezirk wie Radkersburg, wo 73 Gemeinden sind, diese persönliche Zustellung in 69 Gemeinden erfolgte und die Postzustellung nur in vier Gemeinden, dann ist es mir unerklärlich, daß dort keine Postzusteller sein sollen. Hier ist eine Bestimmung der entsprechenden Erlässe nicht befolgt worden. Und wiederum die Feststellung, daß in den anderen Gebieten, in den obersteirischen Gebieten, diese Bestimmung sehr genau eingehalten wurde, wenn sie überhaupt möglich war. Das ist natürlich bei den Forstarbeitern zum Teil problematisch gewesen, das möchte ich außerdem noch sagen.

Und bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren, die dritte, und wohl entscheidende Frage, die Wahlhandlung selbst: Daß mit dieser persönlichen Zustellung auch weitestgehend gleich das Einsammeln der Wahlkuverts durchgeführt wurde und daß unserer Schätzung nach — wir werden das noch zu beweisen versuchen — rund 20.000 Wahlkuverts hier eingesammelt worden sind. Die Bedenken, die wir immer aufgezeigt haben im Ausschuß und auch hier im Hohen Hause waren also berechtigt. (Landeshauptmann Krainer: „Ich bitte, die Bürgermeister nicht zu beleidigen.“) Herr Landeshauptmann, ich darf Ihnen sagen, ich habe hier Protokolle und es wäre sehr bedauerlich, wenn ich so weit provoziert würde, und anfangen würde vorzulesen, weil unter Umständen auch Anwesende betroffen sein könnten. Ich mache das nicht. Ich stelle nur fest, daß diese Bestimmung allgemein sehr wesentlich verletzt worden ist. Das wurde auch eindeutig von uns festgehalten.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß unsere Bedenken absolut gerechtfertigt waren, daß die gesetzlichen Bestimmungen in dieser Novelle absolut ungenügend und daher reformbedürftig sind und das auch diese gesetzlichen Bestimmungen, soweit sie bestehen, weitgehend nicht eingehalten wurden.

**Präsident Afritsch** (läutet zum Zeichen des Ablaufes der Redezeit): Ich möchte zu Ihrer Information mitteilen, daß ich die Absicht habe, drei Glockenzeichen zu geben. Beim dritten Glockenzeichen muß die Rede beendet sein. Das war das erste.

**Abg. Hans Brandl**: Sehr geehrte Damen und Herren! In einem freien und demokratischen Land muß dem Wähler die freie und unbeeinflussbare Wahlentscheidung gesichert sein. Alle Versuche, dieses unabdingbare Recht mit allen möglichen Machinationen bis zum konkreten Wahlschwindel einzuengen, auszuhöhlen oder überhaupt zur bloßen Stimmenmache zu degradieren, müssen meiner Meinung nach entscheidend bekämpft werden. Die Sozialistische Partei wird daher mit aller Kraft und allen in der Bundesverfassung verankerten Möglichkeiten trachten, auch den Land- und Forstarbeitern der Steiermark diese freie und persönliche Entscheidung in ihre gesetzliche Interessenvertretung zu sichern. (Beifall bei der SPÖ.)

**2. Präsident:** Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Zagler gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Zagler:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich komme auf ein Gebiet zu sprechen, auf das aufmerksam zu machen, ich nicht als verfrüht halte, weil es letzten Endes um 3000 bis 4000 frei werdende Arbeitskräfte in unserem Land Steiermark geht. Gestatten Sie mir, daß ich hier etwas weit zurückgreife: Im Jahre 1945, als die Wirtschaft und die Industrie sowie die Landwirtschaft in unserer Steiermark auf dem Boden lagen, waren es die Bergarbeiter, die trotz schlechter Ernährung, schlechtesten Arbeitsverhältnisse und durch unzählige Sonntagschichten den Energiebedarf für die Wirtschaft lieferten. Aber nicht nur die Wirtschaft und Haushalte benötigten den wichtigen Brennstoff Kohle, auch unsere Kinder mußten in geheizte Schulräume gehen können und die Kranken in den vielen Krankenhäusern und verschiedenen Anstalten durften nicht frieren. Durch diese hervorragende Leistung der Bergarbeiter war es schließlich möglich, die Wirtschaft in unserem Lande Steiermark und darüber hinaus in ganz Österreich wieder auf- und auszubauen.

Erst im Jahr 1957 war dann ein Überschuß an Feinkohle vorhanden, der auf Halden gebracht und gelagert werden mußte. Dazu stelle ich aber andererseits fest, daß durch die Kohlenförderung und den niedrigen Kohlenpreis — der ja genauso wie viele landwirtschaftliche Mittel gebunden war — die übrige Industrie und Wirtschaft rund 6 Milliarden Schilling verdiente. Es waren damals Kräfte am Werke, die versuchten, die Kohle in den Hintergrund zu stellen, Betriebe einzuengen und teilweise zu schließen. Diese Kreise sprachen damals sogar davon, daß man in Österreich strengstenfalls eine Jahresförderung von 3,5 Millionen Tonnen Kohle benötigte. Diesen Standpunkt vertrat auch Handelsminister Bock im Frühjahr 1962 anlässlich einer Zusammenkunft im Handelsministerium, obwohl von seiten der Betriebsleitungen und der Betriebsräte stets darauf verwiesen wurde, daß die Energie wesentlich höher zu stehen käme, falls nicht 5½ Tonnen im Jahr gefördert werden, weil dann wahrscheinlich für das Erdöl andere Preise verlangt würden. Er besteht für Österreich die Notwendigkeit, unsere Grundenergie aufrechtzuerhalten, um sowohl die Wirtschaft, als auch die Preise in eine gewisse Bahn zu lenken. Man versuchte dann, die Betriebe einzuengen. Einige Betriebe wurden stillgelegt. Schließlich hatte es den Anschein, als ob der österreichische Bergbau (Kohlenbergbau) überflüssig geworden sei. (Landeshauptmann Krainer: „Der Gewerkschaftsbund war auch mit im Spiel.“) Das glaube ich weniger, denn die Delegation, die im Frühjahr 1962 im Handelsministerium vorsprach, ging vom Gewerkschaftsbund aus. 1962/63 war dann ein sehr harter Winter, der auch die Verbreiter der Idee des Zusperrrens von Betrieben fast einfrieren ließ. Es kam dann so, daß unsere Bergarbeiter wieder durch Verfahren von Sonntagschichten in die Bresche springen mußten, um überhaupt unseren Verbund und die Wirtschaft aufrechterhalten zu können.

Und nun möchte ich zu meinen tatsächlichen Ausführungen kommen: In der Weststeiermark — Bezirk Voitsberg — kommen die Kohlengruben durch Auskohlen langsam zum Erliegen. Die 5½ Millionen Tonnen, die derzeit gefördert werden, können abgesetzt werden. Eine Schwierigkeit besteht lediglich auf dem Preissektor. Darüber will ich aber nicht sprechen. (Landeshauptmann Krainer: „Kohlenpreiserhöhung ab 1. Jänner 1964 4%.“) Diese 4% werden aber die notleidenden Bergbaue genauso wenig rentabel machen, wie es in der Landwirtschaft der Fall ist. Die Landwirtschaft hat wenigstens einen Grünen Plan erhalten, und es ist zu hoffen, daß die armen Bergarbeiter einen Schwarzen Plan bekommen, der für uns ebenso wichtig wäre. Ich glaube, daß wir beide Faktoren unbedingt für die österreichische Wirtschaft benötigen. (Landeshauptmann Krainer: „Wenn ihr ausgekohlt seid, dann braucht ihr keinen Schwarzen Plan.“) Wir haben auch noch andere Bergbaue, für die eine Stilllegung ebenfalls beabsichtigt ist. Ich warne davor, weil letzten Endes in kritischen Zeiten die Kohle noch immer der sicherste Energieträger war, den es überhaupt gab.

Aber ich möchte nun zu unserem weststeirischen Gebiet kommen. In 6—7 Jahren wird der Franzenschacht der GKB ausgekohlt werden. Es sind derzeit noch 1000 Arbeitskräfte beschäftigt. In 5 bis 6 Jahren wird der Tagbau-Süd (Karlschacht II) der GKB ausgekohlt sein. Dort ist ein Beschäftigtenstand von ca. 300. Auch der Karlschacht der GKB mit einem Belegschaftsstand von rund 1400 wird in ca. 10 Jahren ausgekohlt sein. Somit werden von diesen Betrieben ca. 2500 bis 3000 Arbeitsplätze frei. Ich möchte hier frühzeitig an das Hohe Haus appellieren, sich für Betriebsgründungen einzusetzen, so daß in Gebieten, in denen Arbeitskräfte vorhanden sind, diese in neuen Industriebetrieben untergebracht werden können. Das sind meine Ausführungen zum Punkt Industrie-gründung. (Beifall.)

**2. Präsident:** Herr Abgeordneter Vinzenz Lackner spricht.

**Abg. Vinzenz Lackner:** Sehr geehrte Damen und Herren, Hoher Landtag! In der Gruppe 7 ist es immer so, daß die Wechselrede dahin tendiert, daß man sich gegenseitig lizitiert oder den Schein erweckt, als wollte man sich gegenseitig ausspielen. Das ist aber trotz allem nicht der Fall. Denn alle, wie sie hier da sitzen, sind letzten Endes doch aus demselben Urquell, aus dem Bauernstand hervorgegangen und nichts anderes, als das überschüssige Landvolk, das zu Hause auf dem väterlichen Boden nicht mehr ernährt werden konnte und von der Industrie absorbiert wurde. Daher hat das gar keinen Sinn. So wie wir den Bergbauern nicht untergehen lassen können, so können wir auch einzelne Industrie-gruppen nicht untergehen lassen, und da denke ich natürlich so wie mein Freund Zagler — ich komme ja auch aus dem Bergbau — an den Bergbau als solchen. Und jetzt gerade vor wenigen Tagen waren überall die Barbarafeiern, und Prominenz aus allen Richtungen ist da aufgekreuzt, hat Jubilare geehrt und den Dank ausgesprochen, und wir in Fohnsdorf haben erstmals die Ehre gehabt, den

Herrn Landeshauptmann selbst bei unserer Barbarafeier zu begrüßen, und er hat im Namen der Heimat, so waren seine Worte, allen steirischen Bergleuten auf Fohnsdorfer Boden gedankt. Und wenn er den Dank ausgesprochen hat, weiß er auch genau, warum. Die Ausführungen meines Vorredners Zagler haben ja darauf hingewiesen. Jeder Berufsstand hat einmal Krisen durchzumachen und ist dann auf die Hilfe anderer angewiesen. Und wenn wir in Österreich eine Familie sein wollen, müssen wir uns natürlich auch gegenseitig helfen. Wenn in einer Familie jemand krank ist, müssen auch die andern beisteuern, bis der wieder auf die Füße kommt und sich wieder selbst erhalten kann. So soll es auch beim Bergbau sein. Jetzt ist fünf Jahre lang der Streit gegangen, wir haben zuviel Kohle, was brauchen wir den Bergbau. Noch dazu bei einem Defizit. Ich möchte hier die Frage aufwerfen, wenn man jeden Gewerbebetrieb, jeden Landwirtschaftsbetrieb mit dem Rechenstift des Rechnungshofes prüfen würde, oder wie gewisse Zeitungsschreiber, dann müßte man soundso viele morgen schon liquidieren, so wie man es bei der Kohle tun wollte. Aber man denkt nicht daran, daß so wie die Ernährung auch die Energie ein wichtiger Faktor ist in der nationalen Selbstständigkeit. Ich möchte nur darauf hinweisen: wenn die Kohle oder die Briketts in Wien, die um gar nichts besser sind als unsere Kohle, sie schaut nur besser aus, weil sie direkt von der Wäscherei kommt und vielleicht schön in einem Sackerl verpackt ist, dort 850 S kostet, na wenn wir das kriegen würden für unsere Kohle, dann gäbe es keinen passiven Bergbau. Aber nehmen wir einmal die Schweiz her, die keinen eigenen Bergbau hat. Dort kostet die Kohle, die noch dazu auf dem billigen Wasserweg über den Rhein aus dem Ruhrgebiet kommt oder aus dem Saargebiet, noch um ein Drittel mehr, also schon 1200 S. Weil sie eben keinen eigenen Bergbau hat. Und die Konkurrenz von Öl und Erdgas ist ja nur deshalb so stark, weil wir nicht nur die einheimische Konkurrenz zu fürchten haben, sondern auch die Auslandskonkurrenz. Das Rohöl von Triest, ein Abfallprodukt, kommt herauf, weil es die Italiener nicht brauchen können, um 400 S die Tonne bis zur Grenze und von dort weg kommt noch die Fracht dazu. Wenn man das alles betrachtet, muß man sich sagen, so ist es keine Kunst, zu konkurrieren, aber es ist die Frage, ob wir es nachher auch so billig bekommen, wenn wir selber keinen Bergbau haben und selbst keine Ölquellen mehr haben. Dann würde das anders ausschauen. Und wenn man darauf zu sprechen kommt, wer alles für das Zusperrn war und wer alles sich vor den Bergbau gestellt hat, da möchte ich die Namen nicht nennen, ich glaube, wir würden die Namen auf allen Seiten finden. Aber wer uns wirklich geholfen hat im vergangenen Winter, wer diese Frage ein bißchen in den Hintergrund gedrängt hat, das war der Petrus. Dem sind wir dankbar. Aber seit dieser Zeit sind ja in Wirklichkeit schon 6 Gruben gesperrt worden und die allein hatten eine Förderkapazität von 650.000 Tonnen. Also um 10% fördern wir sowieso schon weniger und wir sehen überall, man fürchtet sich vor einem strengen Winter. Diejenigen, die diesen Brennstoff brauchen, haben die

Lehre aus dem letzten Winter ja nicht vergessen, aber es gibt gewisse Leute, die das alles nur mit dem Rechenstift machen und die haben diesen Winter scheinbar schon vergessen. Wenn man z. B. Fohnsdorf zusperrn würde, weil man immer mit einem 50-Millionen-Defizit rechnet, so ist das meiner Meinung nach gar nicht richtig. Wir Bergleute forderten: Legen wir die Karten offen auf den Tisch, setzen wir uns einmal zusammen vor einem öffentlichen Forum! Das ist aber bis heute nicht geschehen, man wird auch wissen, warum. Wenn ich diese 50 Millionen Schilling betrachte und es würde Fohnsdorf geschlossen werden und wir würden diese Kohle einführen, dann würde diese Kohle 100 Millionen Schilling kosten, also um 50 Millionen mehr. Das muß ja auch wer aufbringen letzten Endes, und rechnen wir doch dazu den wirtschaftlichen Nachteil, den wir dadurch haben. Allein die Forstwirtschaft liefert jährlich um 8 bis 10 Millionen Schilling Holz in diese Grube. Es leben also auch andere Berufsstände von dieser defizitären, so viel geschmähten verstaatlichten Industrie. Aber das Verteidigungsministerium hat ja auch dazu Stellung nehmen müssen, zu dieser Einschränkung unserer natürlichen und eigenen Energiequelle, und die haben sich auch dagegen ausgesprochen, daß man Kohlenbetriebe schließt, nur haben sie dazugesagt, wenn wir es schon tun, tun wir es dort, wo es leichter geht, zu schließen, und wo wir schnell wieder dazukommen. Wenn ich das vom bergmännischen Standpunkt aus betrachte, so kann das nur der Tagbau sein. Und gerade das ist der Betrieb, der heute noch am aktivsten ist. Wenn man den schließen und den unseren aufrechterhalten würde, würde dadurch das Defizit noch größer werden. Denn der Bergbau in seiner Gesamtheit ist nach wie vor aktiv, wenn auch die eine Grube für die andere mitbluten muß. Wie man hört, ist der weststeirische Bergbau in 10 Jahren sowieso aus und wenn man nun Fohnsdorf auch noch schließen würde, wäre es so, daß man nachher diese Grube nie wieder aufmachen kann. Zuerst hat man gesagt, Absatzkrise, Feinkohlenkrise, das ist längst widerlegt dadurch, daß man ja auch mit der Feinkohle Strom erzeugen kann. Auch bei der Preissituation ließe sich vieles widerlegen. Aber eines fehlt uns wirklich. Nicht der Kohlenplan. Denn der erste Kohlenplan mit 6 Millionen Tonnen hat bewiesen, daß das die Richtschnur ist, die Österreich braucht, nachdem wir ja sowieso nur 60% des Bedarfes aus dem Inland hervorbringen. Aber eines fehlt uns noch immer und das ist der Energieplan. Und in diesem Energieplan, in dem Strom, Gas, Öl und Kohle mit eingebaut sind, muß die Kohle in der richtigen Größenordnung eingebaut werden und dann wird die Kohle auch in der Zukunft ihren Platz zum Nutzen unserer Wirtschaft behaupten.

Es hat gar keinen Sinn, wenn wir uns da gegenseitig ausspielen. Ich möchte nur noch auf etwas hinweisen. Es wird mit Recht sehr viel von den Leistungen der bäuerlichen Hausfrau gesprochen. Aber sondieren wir jetzt einmal die unselbständig erwerbstätige Bevölkerung von Steiermark. Es sind das etwa 300.000 Personen, die von irgendeinem Versicherungsträger erfaßt sind. 100.000 davon sind Frauen. Da sind viele Kriegerswitwen dabei und

andere Frauen, die auch eine Familie haben. Und, meine Herren, der Arbeitstag für diese Frauen ist genauso lang. Die Frau muß im Büro ihre Arbeit machen, das Fließband, die Stanzmaschine, die Fräsen, alles sind nervenzermürende Arbeiten und kommt diese Frau heim, hat sie auch ihre Familie zu betreuen und ihre Hausarbeit zu verrichten. Also beide, dort und da, tragen das gleiche Los, sind gleich angespannt und erfüllen gleich ihre Pflicht gegenüber der Volkswirtschaft. Es hat also gar keinen Sinn, wenn man sie da gegenseitig immer ausspielt. Was wir brauchen, ist vielmehr, daß wir auf unserer Heimatebene am Vorabend der europäischen Einigung mehr und besser als je zusammenstehen. Denn schon einmal ist es so gewesen, daß man sich gegenseitig ausgespielt hat, das Ende war der Bürgerkrieg, aber nicht nur in Österreich. Es war schon einmal so, daß sich die Völker gegenseitig ausgespielt haben und es hat Unterschiede gegeben zwischen Untermenschen und Obermenschen und Supermenschen und all das hat zu nichts Gutem geführt. Und damals galt das Wort „Harte Zeiten brauchen auch harte Herzen“. Ich sage aber so: Weil die Herzen hart waren, sind auch die Zeiten hart geworden. Kehren wir davor zurück und hüten wir uns davor, daß Österreich noch einmal so etwas passiert, was wir schon erlebt haben. Wir wollen so wie die Schweizer „ein einig Volk von Brüdern“ sein. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gottfried Brandl das Wort.

**Abg. Gottfried Brandl:** Hohes Haus! Eine gesunde, leistungsfähige Landwirtschaft zu erhalten, war das Ziel meiner Vorredner zum Kapitel sieben. In Zeiten der Not — und niemand glaube, daß man um jeden Preis und für alle Zukunft vor dieser gesichert sind — ist die bodenständige Landwirtschaft die einzige Quelle der Ernährungssicherheit. Es wurden von den Herren Vorrednern die Struktur, die strukturelle Umstellung der Landwirtschaft, die Mechanisierung, die Aufschließung, die Elektrifizierung, die Bodenverbesserung, der Schulerfolg in der Landwirtschaft geschildert, die Ursachen der Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung aufgezeigt. Was hier für die Bauernschaft ausgesprochen wurde, gilt im selben Maße auch für den bäuerlichen Mitarbeiter, den Landarbeiter. Wenn ich im vergangenen Jahre Zahlen aufgezeigt habe über die Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, so kann ich nur hinzufügen, daß diese Zahl weiterhin um ca. 2000 Personen in der Steiermark gestiegen ist. Ich will aber in diesem Rahmen meine Besorgnis zu einer Entwicklung zum Ausdruck bringen, die immer mehr in Erscheinung tritt. Wir müssen die Feststellung machen, daß der anfängliche Schrei nach Arbeitskräften, der als Folge des Mangels an Menschen notwendig gewordene Einsatz arbeitssparender Maschinen in der Land- und Forstwirtschaft eine soziale, wirtschaftliche Situation, eine für den Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft bedenkliche Situation ausgelöst hat. Die Mechanisierung und der Einsatz arbeitssparender Maschinen stellen Arbeitskräfte frei. Sofern diese freiwerdenden Ar-

beitskräfte sofort in anderen Berufen untergebracht werden können, brauchen wir über diese Erscheinung wenig Besorgnis haben. Anders ist es, wenn dadurch Arbeitslosigkeit und verringertes Einkommen entstehen. Hier muß ein Ausweg gefunden werden und diesen Arbeitskräften ein sozialwirtschaftliches Äquivalent im Wege einer kontinuierlichen Beschäftigung geboten werden. Die Landarbeiterkammer, die ständig bemüht ist, durch ein sozialpolitisches Förderungssystem, wie Förderung des Eigenheimbaues, der Familiengründung, der Berufsausbildung, Erleichterungen zu bringen, ist nicht imstande, allein diese Maßnahmen durchzuführen. Die rund 62 Millionen Schilling, die der Bund, das Land Steiermark und die Landarbeiterkammer selbst bisher für diese Zwecke der Förderung aufgebracht haben, sind, gemessen an dem großen Einkommensverlust durch die Arbeitslosigkeit, die Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit überhaupt gegenüber der Arbeitsleistung in Industrie und Gewerbe und durch den Lohnausfall der Mehrarbeitsleistung ein kleiner Tropfen an Entschädigung. Eine gesunde Landwirtschaft wird auch in Zukunft trotz aller Mechanisierung und Verbesserung einen geschulten Stand an forstwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Arbeitskräften brauchen. Hier die Tätigkeit und das Bestreben der Landarbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung zu unterstützen, ist meine Bitte an alle Kreise der Bevölkerung, die ich heute auch hier anlässlich der Budgetberatung zum Artikel 7 aussprechen möchte.

Und nun zur zweiten Angelegenheit: Mein Namenskollege Brandl hat nachzuweisen versucht, daß bei der Erfassung der Wahlberechtigten im Bezirk Hartberg Personen aufgenommen wurden, die das Wahlrecht nicht besitzen und hat den Versicherungstand der Krankenkasse zum Beweis angeführt. Dazu, meine Damen und Herren, darf ich feststellen, daß die Sozialversicherungspflicht mit der Kammerzugehörigkeit nichts zu tun hat. Ich führe als Beweis an: 1. Daß nicht nur die aktiv tätigen land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter das Wahlrecht besitzen, sondern auch Arbeitslose, die Pensionisten, die Karenzurlaubsgeldempfänger und die den Wehrdienst ableistenden Personen. 2. Daß bei familieneigenen Arbeitskräften, wenn sie einen eigenen Haushalt führen, die Kammerzugehörigkeit und damit das Wahlrecht gegeben ist, während die Versicherungspflicht nach dem Sozialversicherungsgesetz nicht vorliegt. Es gibt aber noch einen anderen Personenkreis, der von der Sozialversicherung nicht erfaßt wird. Ich verweise hier auf die Frauen, die einst in der Land- und Forstwirtschaft gearbeitet, nunmehr verheiratet sind und als Hausfrauen keinerlei Verbindung mit der Erwerbstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft haben und die gerade die sozialistische Partei zur Aufnahme in das Wählerverzeichnis vorgeschlagen hat. Ich darf hier zur besonderen Illustration wörtlich auf das Rundschreiben des Herrn Landesparteisekretärs, Landtagsabg. Bammer, an alle Bezirks- und Lokalorganisationen, Fraktionsführer der SPÖ in der Steiermark verweisen. Es heißt dort im Punkt 2: Es ist von den Gemeinden gewissenhaft zu prüfen, ob alle unserer Partei Nahestehenden, vermeintlich Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis aufgenommen sind.

Und an anderer Stelle schreibt der Herr Landespartei sekretär Bammer zur Auslegung der Bestimmungen des aktiven Wahlrechtes, es ist dies der § 19 des Landarbeiterkammergesetzes: Auf die Aufnahme nächstehender Personen ist besonderes Augenmerk zu richten: Frauen u. a. auch, welche ehemals einen Beruf in der Land- und Forstwirtschaft als Unselbständige ausgeübt haben. (Abg. Hans Brandl: „Das steht ja im Gesetz drinnen!“) In einem Rundschreiben an die sozialistischen Bürgermeister ist ebenfalls mit besonderem Nachdruck auf das Wahlrecht dieser Hausfrauen hingewiesen. (Abg. Ileschitz: „Das ist ja ihr gutes Recht!“ — Zwischenruf von der ÖVP: „Die sind auch nicht sozialversichert!“) Die Sozialisten haben jedenfalls in jenen Gemeinden, wo sie den politischen Einfluß besitzen, den verheirateten Frauen, die irgendeinmal in der Landwirtschaft beschäftigt waren, aber seit dieser Zeit vielleicht 5, 10 Jahre nichts mehr mit der Landwirtschaft zu tun gehabt haben, das Wahlrecht gesichert. Ich erwähne nur Leoben, Bruck, Mürzzuschlag. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was den Sozialisten recht ist, das dürfen wir auch als billig beanspruchen, und genau dasselbe, was Sie in den obersteirischen Bezirken gemacht haben, haben wir uns erlaubt, im Bezirk Hartberg zu tun.

Dann ist noch ein dritter Grund gegeben. Ich darf hinweisen, daß bei der Wahl im Jahre 1957 infolge einer irrtümlichen Auslegung ein Großteil der Rentner dem Wahlkreis der Landarbeiter und nicht dem ihrer letzten Beschäftigung entsprechenden Wahlkörper zugeteilt wurden. Zum zweiten, was Herr Kollege Hans Brandl anführt: (Abg. Hans Brandl: „Die amtlichen Erhebungen werden es schon ergeben!“) Das gesetzwidrige Vorgehen bei der Zustellung des amtlichen Stimmzettels. Was sagt das Landarbeiterkammergesetz, das vom Hohen Hause am 1. Juli beschlossen wurde? Der novellierte § 18 Abs. 2 dieses Gesetzes sagt wörtlich: Die Bezirkswahlbehörden haben über den Bürgermeister das amtliche Wahlkuvert mit dem amtlichen Stimmzettel dem Wahlberechtigten gegen Zustellnachweis zu übermitteln. In der Landesgesetzgebung steht nichts, das eine Postzustellung normiert, sondern vielmehr wird eindeutig der Grundsatz ausgesprochen, daß das amtliche Wahlkuvert und der amtliche Stimmzettel über den Bürgermeister gegen Zustellnachweis dem Wähler zu übermitteln ist. (Abg. Bammer: „Kennen Sie die Verordnung?“ — Abg. Hans Brandl: „Gilt die Wahlordnung nicht mehr?“ — Abg. Bammer: „Sie waren ja selbst bei der Besprechung dabei!“) Die Wahlordnung ist mit Rücksicht auf den unveränderten Grundsatz . . . (Abg. Bammer: „Herr Abgeordneter, Sie waren ja dabei bei der Sitzung über die Verordnung!“) Die Bestimmung der Wahlordnung kann nichts anderes bedeuten, als daß hier dem Bürgermeister gesagt wird, er kann sich auch eines anderen Weges bedienen. (Abg. Bammer: „Das ist Politik mit doppeltem Boden!“) Wenn Sie behaupten, daß Sie in der Lage sind, in einer Reihe von Fällen einen Mißbrauch nachzuweisen, so kann ich Ihnen sagen, ich habe hier Unterlagen, die unter Umständen die Sitzung bis 12 Uhr Mitternacht verlängern könnte, wo ich hier nachweisen kann, daß sozialistische Bürger-

meister nicht die Postzustellung veranlaßt haben, sondern die Wahlkuverts und die Wahlunterlagen persönlich oder durch Boten übermittelt haben (Abg. Hans Brandl: „Aber amtlich geprüft!“) — Abg. Bammer: „Das ist ja eine Flucht nach vorne, was Sie da machen!“, wo der Bürgermeister oder sein Beauftragter diesen Stimmzettel selbst mitgenommen hat. Also, die Bemerkungen, die Sie, sehr geehrter Herr Kollege Brandl, gemacht haben, sind absolut unrichtig. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Scheer, ich erteile es ihm.

**Abg. Scheer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte vorerst die Wogen der Erregung etwas glätten und auf ein erfreulicheres Bild zu sprechen kommen, und zwar auf den Fremdenverkehr. Wenn wir hier von der beruhigenden Ziffer von rund 10 Milliarden Schilling auf dem Einnahmensektor in Devisen sprechen können, so müssen wir dazu sagen, daß der Betrag zum Großteil in West-Osterreich aufgebracht wird und die Steiermark noch nicht den entsprechenden Anteil dabei hat, der ihr gebühren würde.

Ich glaube, auf eine der Listen, wo an erster Stelle etwas steht, besonders hinweisen zu müssen, und zwar auf die sanitären Anlagen in den steirischen Fremdenverkehrsbetrieben. Meine Damen und Herren! Dieselben sind in einem Zustand, der dem mitteleuropäischen Begriff im Fremdenverkehr nicht entspricht. Paradoxerweise darf ich darauf hinweisen, daß das Land selbst als Hausherr im eigenen Hause, im Landhauskeller, in der schlechtesten Weise ein Beispiel dafür gibt, wie wir uns sanitäre Anlagen nicht vorstellen. Ich möchte daher die Aufmerksamkeit unseres Fremdenverkehrsreferenten in erster Linie auf das eigene Haus lenken, um hier ein Beispiel zu geben. (Landesrat Wegart: „Das ist die Gebäudeverwaltung zuständig!“)

Es ist Ihnen allen nichts Unbekanntes, daß wir bei vielen Gaststätten in der Steiermark leider Gottes sagen müssen „außen hui und innen pfui“. Die gute alte steirische Gaststube beginnt leider aufzuhören, wenn man einen Schritt aus dieser Gaststube macht, weil man sich dann mehr auf dem Balkan, denn in der Steiermark fühlt. Ich glaube, dem abhelfen zu können durch einen Vorschlag, den ich an die Adresse des Herrn Landesfremdenverkehrsreferenten richten möchte: Wir sollten bei allen Unterstützungsgeldern, die wir geben, in erster Linie verlangen, daß die sanitären Anlagen ausgebaut werden müssen und dann erst alles andere für die weitere Ausgestaltung der Gaststätten in unserer Steiermark gegeben wird. Ich glaube, daß damit ein Weg beschritten würde, der eine besondere Voraussetzung für den Fremdenverkehr in der Steiermark schafft und ich glaube, damit einen kleinen, wenn auch heiser gesprochenen Beitrag zum Thema Fremdenverkehr geleistet zu haben. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ileschitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ileschitz:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Anlässlich der Budgetberatungen im Vor-

jahr für das Budget 1963 habe ich mir erlaubt, auf die besonderen Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Koordinierung in Österreich im Zusammenhang mit der Konkurrenzierung durch das Ausland zu sprechen. Es ist damals von seiten der zuständigen Referenten gerade die Frage nach Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner nicht ganz so ernst genommen worden, wie es nötig gewesen wäre. Heute, ein Jahr nach dieser Zeit, haben wir endlich die Genugtuung, daß dieser jahrelangen Forderung der sozialistischen Partei und des Gewerkschaftsbundes Rechnung getragen wurde. Am 18. IX. 1963, spät, aber doch, kam es im Rahmen der paritätischen Kommission zur Erstellung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen. Das ist eine Einrichtung, die wir gefordert haben und die der Wirtschaft dienen soll. Der Auftrag an diesen Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen ist, verlässliche Unterlagen zu erarbeiten für die Beurteilung des erwartenden wirtschaftlichen Wachstums sowie Vorschläge zu erstatten, die zu einem längeren Budget-Konzept führen können. Die Budget-Verhandlungen, die im Nationalrat und anderen zuständigen Stellen geführt werden, sind immer wieder nur auf das laufende Jahr ausgerichtet und entbehren irgendwie der Kontinuität auf längere Sicht hinaus. Daher war es unser Wunsch, soweit die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der wirtschaftlichen Orientierung voranzutreiben, daß beide Wirtschaftspartner sich entschließen könnten, auf diese Notwendigkeit einzugehen.

Das Parlament hat — und es ist auch hier ein Wandel eingetreten — die Erstellung dieses Wirtschafts- und Spezialbeirates in seinen Sitzungen in der Herbst-Session bereits auf das wärmste begrüßt. Ich darf vielleicht daran erinnern, sehr verehrte Damen und Herren, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund anlässlich der Bundeskongresse im Jahre 1955 und 1959 die Schaffung einer Wirtschaftskommission verlangt hat. Als diese Beschlüsse gefaßt wurden, hat es im Blätterwald von Protesten nur gleich gerauscht. „Ja, was will man den hier?“ — „Soll hier eine Kollektivierung der Wirtschaft eintreten?“ — Was soll hier alles geschehen?“. Man hat Angst gehabt vor diesen Vorschlägen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Und wir können heute — ich muß das noch einmal betonen — mit Befriedigung feststellen, daß nunmehr auch die Wirtschaftstreibenden dieses Landes eingesehen haben, daß wir auch in Österreich auf eine koordinierte Wirtschaft, auf ein Konzept auf längere Sicht nicht verzichten können.

Darf ich nun, meine Damen und Herren, betonen, daß wir in einer großräumigen, europäischen Wirtschaft wirklich nur dann bestehen können, wenn wir imstande sind, unserer Wirtschaft jene Impulse und jene Mithilfe angedeihen zu lassen, die es ihr ermöglicht, Produktion, Produktivität usw. in einem Ausmaße aufeinander abzustimmen, daß wir jeder internationalen Konkurrenz gewachsen sind.

Wir haben nun darüber hinaus im heurigen Jahr, im Mai 1963, neuerlich ein Memorandum zur Schaffung einer Wirtschaftskommission dem wirtschaftlichen Minister-Komitee überreicht und dieses Memorandum noch im Juli 1963 mit weiteren Vorschlä-

gen für die Wirtschafts-Programmierung ergänzen können. Dies und die Beschlüsse, die beim Bundeskongreß des ÖGB im September dieses Jahres gefaßt wurden, haben dazu beigetragen, daß gerade im Hinblick auf die eingetretene Stagnation unserer Wirtschaft, Gefahren für die Vollbeschäftigung in Österreich und die Expansion unserer Wirtschaft eingetreten sind. Diese so gefährliche Entwicklung und die ständige Forderung des ÖGB haben nunmehr doch einsichtsvolle Kreise innerhalb des Wirtschaftspartners bewogen, Vorschläge für die leichtere Anpassung an die geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse auszuarbeiten. Daher auch die Zustimmung zur Bildung dieses Beirates. Ein weiteres Konzept zur Bildung eines konkurrenz- und funktionsfähigen Kapitalmarktes für unsere stark exportorientierte Wirtschaft haben wir dem auch beigefügt, und wir müssen sagen, daß die Hinweise an unsere Wirtschaftspartner, an die Kammern usw. auch diesbezüglich von Erfolg begleitet gewesen waren.

Ich möchte zum Abschluß sagen, daß diese unsere Wirtschaft nur dann bestehen wird können, wenn ihr auch die entsprechenden Mittel für Investitionen zur Verfügung gestellt werden, um sich im internationalen Konkurrenzkampf mehr und besser als bisher behaupten zu können. Leider, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir durch den jahrelangen Widerstand gerade verschiedener Unternehmer, die nicht fortschrittlich genug eingestellt waren, aber zum Teil auch ihrer Organisationen, sehr, sehr viel Zeit verloren. Dieser Zeitverlust, diese Weigerung dürfte durch eine unerklärliche Angst vor der Mitwirkung und Mitarbeit der Arbeitnehmerorganisationen begründet gewesen sein. Wir können uns sonst diese Haltung nicht vorstellen. Oder aber man wollte den Arbeitnehmern in diesem Lande ein Minimum nur an Mitwirkung und Mitarbeit zugestehen. Andere Gründe dürften dafür kaum vorhanden gewesen sein. Meine Damen und Herren! Irgendwie ist es eigenartig gewesen, daß man so lange Zeit gebraucht hat und auf unsere grundvernünftigen Vorschläge, die wir schon im Jahre 1955 erstattet haben, nicht eingegangen ist. Wir können demgegenüber aber sagen, daß es genügend westeuropäische Länder gibt, Demokratien gibt, die sich schon lange Koordinierungsstellen geschaffen haben, zusammengesetzt aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, und zwar in Holland, in England, in Schweden und in vielen anderen Staaten. Die einzige Planung in Österreich — vor dem Wort planen hat man immer eine unerklärliche Scheu gehabt — hat man sich genehmigt beim sogenannten Grünen Plan. Ansonsten gibt es keinen Plan, sondern höchstens Konzepte. Ich möchte feststellen, daß der Herr Landeshauptmann Krainer im Vorjahr bei den Budgetberatungen sehr streng unterschieden hat zwischen Plan und Konzept. In Wirklichkeit geht es ja um das gleiche. Ich möchte also zum Abschluß sagen, meine Damen und Herren, daß nur durch eine ehrliche Zusammenarbeit in diesem Wirtschafts- und Sozialbeirat es möglich sein wird, die vielen Probleme, die es zu verwirklichen gilt, durchzuführen, wenn Sie, so wie wir, die Arbeitnehmerorganisationen, bereit sind. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Es kommen jetzt die zwei Referenten zum Schlußwort, Herr Landesrat Wegart und Herr Landeshauptmann Krainer. Ich erteile dem Herrn Landesrat Wegart das Wort.

**Landesrat Wegart:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte einmal herzlich danken jenen Abgeordneten, die sich in der Debatte um die Gruppe 7 mit Fremdenverkehrsfragen beschäftigt haben. Es sind hier nicht nur Kritiken vorgebracht worden, sondern auch sehr wertvolle Hinweise, über die ich im einzelnen, bevor ich einiges Grundsätzliches dem Hohen Hause mitteilen darf, sprechen möchte. Zuerst einmal das, was der Herr Abgeordnete Zinkanell aufgeworfen hat, daß wir über Fragen im Fremdenverkehr, vor allem im Hinblick auf die Bauern, eine Schulung durchführen sollen. Ich darf zur Kenntnis bringen, daß die Landes-Landwirtschaftskammer diesbezüglich bereits Kurse abgehalten hat und daß weitere Kurse in Vorbereitung sind. Wir haben weiters die Wirtschaftsberaterinnen der Bezirkskammern in die Bezirksfremdenverkehrsverbände mit eingebaut und auch dort die Anregung gegeben, daß auf der Bezirks- und auf der Ortsebene Schulungen ebenfalls auf diese Art und Weise durchgezogen werden. Wir glauben, daß nämlich gerade die Ausbildung im Zusammenhang mit Fremdenverkehrsangelegenheiten auf dem bäuerlichen Sektor ein sehr wichtiges Vorhaben für die Entwicklung des steirischen Fremdenverkehrs überhaupt ist.

Der Herr Abgeordnete Scheer hat ein Thema berührt, das naturgemäß nicht verallgemeinert werden darf. Ich habe es auch nicht so verstanden, aber ich muß sagen, daß das, wie ich es auch bereits im Finanzausschuß sagen konnte, zum Großteil eine erzieherische Maßnahme ist. Es liegt nicht an den Gastwirten oder etwa daran, daß sie nicht wollten. Es liegt zum Teil auch daran, daß halt hier die Dinge aus vielen anderen Gründen etwas im argen liegen. Aber der Fremdenverkehrswirtschaft muß gesagt werden, daß die sanitären Anlagen eine Visitenkarte des Fremdenverkehrs sind. Mir hat einmal ein alter, erfahrener Schulmann gesagt, wenn er auf Inspektion geht, dann geht er zuerst aufs Clo der Schule, und von dort erhält er die ersten Eindrücke über die Führung der Schule. Ich habe diesen Ausspruch zuerst nicht ganz verstanden. Ich muß aber jetzt sagen, das gilt übersetzt auch für die Fremdenverkehrswirtschaft. Es ist wirklich so, daß dort, wo die sanitären Anlagen in Ordnung sind, man sich darauf verlassen kann, daß auch die übrigen Dinge in Ordnung sind. Ich darf aber gleichzeitig versichern, daß wir unentwegt bemüht sind, diesen Ubelstand, den ich als einen solchen bezeichnen muß, zu beheben.

Das waren kurz die Fragen, die aufgeworfen wurden. Der Herr Abgeordnete Pölzl hat noch gemeint: Mehr Geld! Ich darf auch hier sagen, daß die Mittel für das Referat wesentlich erhöht werden konnten. Ich vermerke das mit Dankbarkeit. Ich gebe zu, daß keiner der Referenten, weder hier unter den Kollegen noch auf der anderen Seite, genug hat, das weiß ich aus eigener Erfahrung, und wenn das Verpflegslager verteilt wird, dann ist der Ansturm

der Kompaniechefs jedenfalls sehr gewaltig, und der Fremdenverkehr darf in dieser Frage dann auch nicht fehlen.

Aber, Hohes Haus, mir bietet sich heute die Gelegenheit, auch einiges über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs auszusagen. In Zeitungen, in Reden berauschen wir uns mittlerweile sehr gerne, welche gewaltige Bedeutung der österreichische Fremdenverkehr für seine Volkswirtschaft hat. Wir sollten aber, glaube ich, das doch nüchterner untersuchen. Wo könnte diese Bedeutung liegen? Wir haben im Jahre 1962 aus dem Ausländer-Fremdenverkehr eine Gesamtsumme von 9,2 Milliarden Schilling eingenommen. Das ist eine Ziffer, die im Prinzip keine Aussagen macht, wenn man sie nicht in das Gesamtkonzept der Volkswirtschaft einbaut. Worin liegt nun die tiefere Bedeutung dieses Erfolges? Wir haben im Jahre 1962 nach den amtlichen Ziffern Waren im Werte von insgesamt 32 Milliarden Schilling exportiert. Aber unser Land, Hohes Haus, hat im gleichen Zeitraum, 1962, Waren im Werte von 40 Milliarden Schilling importiert. Das heißt, wir haben bei der Gegenüberstellung dieser beiden Ziffern Export und Import in der Zahlungsbilanz ein Loch von nahezu 8 Milliarden Schilling. Dieses Loch aber konnte — und das finde ich als einen Idealzustand der Volkswirtschaft — durch die Eingänge aus dem Ausländer-Fremdenverkehr, und zwar durch die Deviseneingänge zur Gänze abgedeckt werden. Wir können daher ruhig die Feststellung treffen, daß der Fremdenverkehr schwerpunktmäßig dazu beiträgt, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, die Konjunktur zu stützen und damit auch den Wohlstand zu mehren. Ich sage das mit voller Überzeugung, weil auch die Ziffern des Jahres 1963 neuerdings bestätigen, daß der Fremdenverkehr in ausgezeichneter Entwicklung ist. Wir haben mit Ultimo Oktober 1963 bereits 10,4 Milliarden Schilling an Devisen durch den Ausländer-Fremdenverkehr eingenommen. Aber, Hohes Haus, gleichzeitig darf ich zur Kenntnis bringen, daß die Importzahlen in dem gleichen Zeitraum gestiegen und die Exportzahlen gefallen sind, das heißt, das Loch in der Zahlungsbilanz wird größer. Aber trotzdem ist es uns möglich, dieses Loch zur Gänze abzudecken. Und daher sage ich nicht mehr und nicht weniger, daß heute der Fremdenverkehr für das ganze Bundesgebiet ein Eckpfeiler unserer Volkswirtschaft ist und daher auch die notwendige Anerkennung verdient, weil er uns hilft, alles das aufrechtzuerhalten, was ich vorhin bereits aufgezeigt habe.

Nun einige konkrete Ziffern. In der Zeit vom 1. November 1962 bis zum 31. Oktober 1963, das ist ein Fremdenverkehrsjahr, das letzte, hatten wir in der Steiermark insgesamt 4.829.206 Übernachtungen. Das sind um 125.669 mehr gegenüber dem Fremdenverkehrsjahr 1961/62 oder 2,6 %. Aus dieser Ziffer, Hohes Haus, ist ersichtlich, daß die Zuwachsrate sehr langsam und zäh vor sich ging. Mir stehen aber auch bereits die Ziffern des Gesamterfolges der Fremdenverkehrswirtschaft aus dem Bundesgebiet zur Verfügung. Wir hatten im gleichen Zeitraum in ganz Österreich 56.118.757 Übernachtungen. Das ist in Prozenten ausgedrückt um 3,7 % mehr. Wir sehen also, daß auch die gesamtöster-

reichische Ziffer im Vergleich zu den Vorjahren stagniert. Die Entwicklung ist nicht mehr so stürmisch. Das Erfreuliche allerdings am steirischen Landesergebnis ist, daß der Anteil des Ausländer-Fremdenverkehrs im Fremdenverkehrsjahr 1962/1963 um rund 10% gestiegen ist. Das bestätigt, daß wir also doch stärker — trotz der schwierigen geographischen Randlage — die Gäste aus dem Ausland zu uns bekommen.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Bettenkapazität: Wir haben in Hotels, Gasthöfen und Pensionen mit Ultimo 1963 34.415 Betten, das ist eine Zunahme gegenüber dem Jahre 1962 in der Höhe von 8%, in Privatquartieren 27.504 Betten, das ist eine Zunahme von 12,6%, in sonstigen Beherbergungsbetrieben 9661 Betten, das ist eine Zunahme von 4,9%, und in Matratzenlagern 3661 Betten, das ist eine Abnahme von 6,5%. Zur Bettenkapazität ist folgendes zu bemerken: Wir glauben, daß wir in einigen Gebieten, vor allem des Ennstales, die Bettenkapazität bereits am Plafond angelangt sehen. Es kommt also darauf an, nicht die Bettenzahl um jeden Preis zu vermehren, sondern es kommt darauf an, das Produkt auch auf diesem Sektor zu veredeln. Wir haben gleichzeitig Gebiete, in denen eine Erhöhung der Bettenanzahl möglich erscheint, aber auch in diesen Gebieten sagen wir der Fremdenverkehrswirtschaft, es kommt darauf an, wenn Betten vermehrt werden, besonders auf die Qualität zu achten. Der Gast von 1963 ist anspruchsvoll und die Entwicklung, die vor uns liegt, belehrt uns und wird uns sehr deutlich zeigen, daß die Gäste von Jahr zu Jahr noch anspruchsvoller werden. Und daß wir uns daher auf diesen Umstand einzustellen haben.

Im heurigen Frühjahr, Hohes Haus, schien es so bei Beginn der Saison, als würde ein Knick in der Entwicklung festzustellen sein. Das hat uns veranlaßt, den ersten Versuch zu unternehmen, überhaupt eine Marktforschung in Steiermark unter den Gästen vorzunehmen. Wir wollten wissen, was sind die Ursachen, daß die Gäste zu uns ins Land kommen. Und wir haben damit ein Wiener Marktforschungsinstitut beauftragt und ich möchte heute schon dem Hohen Hause nur einige Ziffern mitteilen, weil sie sehr bemerkenswert sind und weil sie uns auch die Bestätigung gegeben haben für eine Reihe von Vorhaben, mit denen wir richtig liegen und weil sie uns auch — und das ist der Sinn einer solchen Marktforschung — neue Fingerzeige geliefert haben, wo wir etwas verändern oder verbessern könnten. Es sagten 51% der Gäste, die ins Land kommen, daß es wegen der Umgebung, wegen der Landschaft sei. 36% davon erwähnten speziell den steirischen Wald. 31% der Befragten erwähnten die Ausflugsmöglichkeiten, die Wanderungen und Spaziergänge, wobei vor allem auf bequeme und ebene Spazierwege hingewiesen wurde. 23% schätzen vor allem die Ruhe und den Umstand, daß die Steiermark noch nicht so überlaufen ist. 22% erwähnten die Freundlichkeit, Höflichkeit und Aufgeschlossenheit unserer Bevölkerung. 10% wiesen auf ein Freibad im Ort oder in der näheren Umgebung hin. Zusammenfassend sagt das Marktforschungsinstitut nach der Auswertung, daß, wenn

man das obige Resultat kurz in diesem Satz zusammenfaßt, sich der typisch steirische Urlaubsort etwa folgendermaßen charakterisieren läßt: Ein Ort in einer Landschaft mit schöner Umgebung, vor allem mit viel Wald, der viel Ausflugsmöglichkeiten bietet, der nicht überlaufen ist, in dem Ruhe herrscht und in dem die Bevölkerung freundlich den Gästen entgegenkommt.

Ein zweiter Hinweis aus dieser Aktion, der uns vor allem mit Beruhigung erfüllt, ist, daß 87% der Befragten auf die Frage, ob sie wieder kommen würden, erklärten, „ja“, sie würden wiederkommen. 9% würden nur unter bestimmten Voraussetzungen wiederkommen, 1% würde nicht wiederkommen wollen. Und darin liegt, glaube ich, eine gute Ausgangsbasis für die Fremdenverkehrswirtschaft des Landes, daß immerhin ein so großer Prozentsatz erklärte, unser Land wieder aufsuchen zu wollen.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist allerdings auch noch ein weiteres zu sagen: Ich habe die Diskussion gerade zur Gruppe 6 mit großem Interesse vernommen, es ist nämlich die Frage der Verkehrsverbindungen. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, unser Land befindet sich in einer geographischen Randlage. Wir können diesen Umstand nicht aus der Welt schaffen, er ist uns nicht nur von der Natur zugewiesen, sondern auch bedingt durch eine unglückselige Grenzziehung, die ja nicht in unserer Ingerenz gelegen war. Daher kommt es auch darauf an, daß vor allem die Einzugsgebiete in unser Land — das ist von Wien her gesehen, weil wir ja doch überwiegend ein Inländer-Fremdenverkehrsland sind und auch vom Westen her —, auf der Straße saniert werden, daß die Zugverbindungen besser werden und daß auch unsere Verbindungen in der Luft in diesem Zusammenhang eine Verbesserung erfahren.

Es wurde gestern auch bereits vom Herrn Landeshauptmann zur Kenntnis gebracht, daß man nun dabei ist, vor allem die Straße von Bad Aussee in Richtung Stainach neu zu bauen. Das ist eine der frequentiertesten Straßen überhaupt. Wir brauchen sie wie ein Stück Brot. Und ich bin gleichzeitig auch dankbar, daß die Straßen- und Verkehrspolitik auch auf die Interessen des Fremdenverkehrs abgestimmt wird.

Die Verbindungen mit der Eisenbahn sind leider nicht immer günstig. Ich muß aber auch gleichzeitig sagen, daß wir bei der Betriebsdirektion der Österreichischen Bundesbahnen für unsere Wünsche weitestgehendes Verständnis gefunden haben. Wir wissen aber auch, daß wir nicht Dinge verlangen können, die sich eben nicht erfüllen können. Das nehme ich auch zur Kenntnis und es wurde mir auch vom Betriebsdirektor Hofrat Kirtnik versprochen, daß er im kommenden Frühjahr die Steiermark doch stärker berücksichtigen wird, weil er glaubt, daß uns damit eine wichtige Schützenhilfe im Hinblick auf den Fremdenverkehr geleistet wird.

Die Verbindung zur Luft: Hier darf ich etwas sehr Erfreuliches berichten. Wir werden ab dem kommenden Frühjahr zwei Flugverbindungen von Wien nach Graz, und zwar in der Früh hinaus und zurück und ebenfalls am Abend zur Verfügung haben, das heißt, eine Verdoppelung. Das ist immer-

hin ein bemerkenswerter Fortschritt, weil er uns stärker den Gast in das Land bringt.

Hohes Haus! Ich konnte zur Kenntnis bringen, daß die Steiermark in der Hauptsache ein Inländer-Fremdenverkehrsland ist. Wir haben einen erfreulichen Zugang aus dem Westen, aber mittlerweile zeichnet sich etwas ab, was ich ebenso lebhaft begrüße. Vor einigen Tagen ist das ungarische Reisebüro Ipuz an unser Landesreisebüro herantreten und hat angefragt, ob wir daran interessiert wären, daß auch der Fremdenverkehr der Ungarn in das Land forciert werden könnte. Ich vermerkte das sofort mit ja. Wir sind natürlich daran interessiert, daß auch die Ungarn, soweit sie ins Ausland fahren können — gewisse Liberalisierungstendenzen zeichnen sich ab —, ebenfalls in unser Land kommen können. Mir steht eine Ziffer zur Verfügung, die immerhin bemerkenswert ist. Im Jahre 1963 sind 20.000 Ungarn nach Österreich gekommen und haben immerhin 60.000 mal übernachtet. Es gibt steirische Fremdenverkehrsgebiete, die vor 1938 nur von Ungarn frequentiert gewesen sind. Können wir hiebei einen entsprechenden Anschluß finden, so glaube ich, wäre auch hier ein Fortschritt allgemeiner Natur verzeichnet. Denn auch hier gilt, glaube ich, der Begriff, daß wir in dieser Frage weltoffen sein wollen.

Ein weiteres Kapitel allerdings ist der Fremdenverkehr im Hinblick auf Jugoslawien. Das Land profitiert zum Teil durch den Durchzugsverkehr, zugegeben, aber, Hohes Haus, wir empfinden eine Sache als eine Konkurrenz, die ich heute einmal hier anschneiden muß, und zwar ist das der Winterfremdenverkehr auf den Bichern. Ich habe mir die amtlichen Ziffern geben lassen. Vom Dezember 1962 bis zum April 1963 sind insgesamt 67.662 Personen bei der Staatsgrenze in Spielfeld mit der Eisenbahn und auf der Straße ausgereist, und 56.848 sind eingereist. Das zeigt zumindestens auf, daß der Verkehr in dieses Gebiet außerordentlich stark ist. Leider, muß ich sagen, ist eine Wechselwirkung in dieser Frage kaum verspürbar. Aus diesem Grunde sind wir daran — die Aktion läuft gegenwärtig an —, eine Sonderwerbeaktion in der Steiermark und vor allem in den Ballungszentren aufzuziehen, um die steirischen Wintersportler darauf aufmerksam zu machen, daß wir in der Steiermark genügend Wintersportplätze mit den gleichen Preisbedingungen zur Verfügung haben und daß es nicht unbedingt notwendig ist, in ein Nachbarland zu fahren, das auf dem Sektor des Fremdenverkehrs leider mit der Steiermark so gut wie keine Wechselbeziehung besitzt. Wir merken zwar gegenwärtig Bestrebungen, die Jugoslawen wollen mit uns reden, aber das Reden hat nur dann einen Sinn, wenn wir auch von dort erfahren können, daß sie bereit sind, ihre Staatsbürger auch nach Österreich hereinfahren zu lassen, auch für einen Urlaub, denn der jugoslawische und der ungarische Gast ist ja nur dann interessant, wenn er über die notwendigen Devisen verfügt. Die Ungarn sind bereit, solche Devisen zur Verfügung zu stellen, bei den Jugoslawen wissen wir das noch nicht. In diesem Zusammenhang, Hohes Haus, gilt unsere Bestrebung vor allem der Entwicklung der zweiten Saison. Ich darf heute

einige Ziffern nennen, um Ihnen zu sagen, daß die Bemühungen des Landes-Fremdenverkehrsamtes auch auf diesem Gebiet von Erfolg begleitet gewesen sind. Wir haben in der Steiermark mit dem heurigen Winter insgesamt 187 Schischlepplifte, Sessellifte und Seilbahnen zur Verfügung und sind damit, was diese Liftzahl anlangt, an die zweite Stelle der österreichischen Bundesländer getreten: Wir liegen damit hinter Tirol, zwei = Steiermark, drei = Salzburg usw. Ich weiß, daß wir auf diesem Gebiet noch vieles auf- und nachzuholen haben. Ich weiß, daß das mit kostspieligen Investitionen verbunden ist, aber es muß gleichzeitig gesagt werden, die Fremdenverkehrswirtschaft ist nur dann volkswirtschaftlich interessant — und jeder wirtschaftet, damit er etwas hat —, wenn wir beide Saisonen ausnützen können. Mit einer Saison allein sind Investitionen leider nicht rentabel. Und daher kommt es darauf an, alles zu tun, um diese zweite Saison aus dem Boden zu stampfen. Wir sind hier in ausgezeichneter Entwicklung, und diese Ziffern, die ich Ihnen hier zur Kenntnis bringen durfte, bestätigen das sehr deutlich. Das Land hat auch im Jahre 1964 die Möglichkeit, seine Kreditaktionen fortzusetzen: Es ist der 10-Millionen-Schilling-Sonderkredit, und es sind rd. 5 Millionen Schilling aus der Fremdenverkehrskreditaktion, so daß wir immerhin auch im Jahre 1964 15 Millionen Schilling an Krediten werden auswerfen können. Gleichzeitig stehen uns zur Verfügung 12 Millionen Schilling für Förderungsaktionen und vor allem für die Werbung. Und auch hier stellen wir um, weil wir der Meinung sind, zuerst im Inland zu werben — wir sind ein Inländerfremdenverkehrsland — und dann in jenen Gebieten, aus denen wir potentiell Gäste erwarten dürfen. Aus diesem Grunde darf ich heute mitteilen, daß wir in Wien im nächsten Frühjahr zum erstenmal einen Steiermark-Tag über die Bühne werden gehen lassen. Wir wollen vor allem um den Wiener Gast werben, der ohnehin schwerpunktmäßig in die Steiermark kommt, aber wir glauben, auch ihm die entsprechende Reverenz in diesem Zusammenhang erweisen zu müssen.

Abschließend sei es mir gestattet, noch eine Feststellung zu treffen. Wenn wir die Steiermark wirtschaftlich beurteilen, dann ergibt sich folgendes Bild: Wir haben gewisse Ballungsräume, wie etwa das Grazer Becken, Teile in der Obersteiermark. Von diesen Ballungsräumen der Wirtschaft allerdings geht es auf das flache Land und in die Täler hinaus mit einem sozialen und wirtschaftlichen Gefälle, das wir nicht übersehen können. Ich möchte es mir ersparen, Ziffern jetzt zu nennen — sie stehen mir zur Verfügung —, die uns die Verpflichtung auferlegen, nicht davon zu reden, sondern zu handeln, wie dieses soziale Gefälle von diesen Ballungsräumen weg zu dem Flachland und zu den Alpentälern beseitigt werden kann. Wir glauben, daß die Industrialisierung ihren Zenit bei weitem schon erreicht hat. Wir begrüßen lebhaft, wenn wir neue Betriebe errichten können, aber wir glauben gleichzeitig, daß es nicht überall Gebiete gibt, in denen es möglich ist, die Industrialisierung fortzusetzen. Dort scheint uns der Fremdenverkehr ein Ausweg und eine Ergänzung dieser volkswirtschaftlichen Bestrebungen zu sein. Das ist das Ziel der

steirischen Fremdenverkehrspolitik, und zur Erreichung dieses Zieles bitte ich Sie alle um Ihre Unterstützung. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als zweiter Referent zur Gruppe 7 hat sich der Herr Landeshauptmann Krainer zu Worte gemeldet.

Landeshauptmann **Krainer:** Ich bin nur stellvertretender Referent. Ich habe aber eine Reihe von Fragen, die sich im Laufe der Debatte ergeben haben, meiner Meinung nach zu beantworten bzw. dazu auch ein Wort zu sagen. Wenn wir die Agrarfrage, die ja immer wieder bei diesem Kapitel im Mittelpunkt der Diskussion im Steiermärkischen Landtag steht, tiefer betrachten, so ist ein Faktor wesentlich, und zwar der, daß das Verständnis um die Landwirtschaft, um den wichtigen Wirtschaftszweig, der uns das tägliche Brot beschafft, geweckt wird. Es fehlt nach wie vor an diesem Verständnis gegenüber unseren Bauern, gegenüber der Agrarwirtschaft überhaupt. Es muß also das große Ziel sein, hier Interesse bei den Gewerkschaften, bei den Konsumenten schlechthin, aber nicht nur dort, ebenso an den Hochschulen, ebenso in der Wirtschaft zu wecken. Wir werden nicht zu erwarten haben, daß etwa in den nächsten Jahren beispielsweise der gebundene Preis unserer Bauern eine Änderung erfahren wird bzw. abgeschafft und eine freie Preisbildung vor sich gehen wird. Es ist nicht zu erwarten, es sei denn, man würde sich entschließen, etwa einen Zehnjahresplan aufzustellen über die sogenannten Subventionen. Von den Milliarden dieser Subventionen wird ja immer gern gesprochen, es ist ein beliebtes politisches Werkzeug, davon zu reden, wie die Bauern es verstehen, immer wieder und immer wieder Milliarden herauszuholen. Weil wir dieses Steuerobjekt oder diese Steuermittel wahrscheinlich für andere Entwicklungen sehr dringend brauchen würden, dann müßte man sich also zu einem 10-Jahres-Plan entschließen, um einen Abbau vorzunehmen. Aber es haben sehr namhafte Volkswirtschaftler in den vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen, daß z. B. der Abbau der Subventionen, d. h. die Umlegung auf den Konsumenten eine derartig gegenteilige Wirkung in den Forderungen der Gewerkschaften auslösen würde, daß es wahrscheinlich billiger kommt, die Lebensmittel bzw. Brot, und Getreide und Mehl von Staats wegen zu stützen.

Aber ohne einen langfristigen Plan wird es auf diesem Sektor keine Möglichkeit einer wesentlichen Veränderung geben. Sicher ist, daß die Preisscheren für die Agrarwirtschaft heute eine so entscheidende Rolle spielen, daß immer wieder begreiflicher Weise auch Forderungen, Unzufriedenheit usw. sichtbar werden. Wir wissen sehr wohl, daß wir einen Teil von Bauern im Lande haben, in Österreich haben, die zufrieden sein können, die ihr Auskommen haben, vor allem dort, wo die Agrarstruktur den Einsatz moderner Maschinen zuläßt. Dort läßt sich gut und rentabel wirtschaften, aber wieviel solcher Gebiete haben wir denn? Aber überall dort, wo Kleinbesitz ist, wo also die Struktur für einen Maschineneinsatz praktisch nicht vorhanden ist, ist begreiflicherweise zwischen dem Einkommen und den

notwendigen Ausgaben für Maschinen und dergleichen eine echte Diskrepanz, ja innerhalb der Landwirtschaft selbst eine Verzerrung. So ist also die Situation. Wenn in diesem Zusammenhang auch immer wieder an die Zukunft gedacht wird und die europäische Entwicklung dabei eine entscheidende Rolle spielt und wenn die Bauern eine Entwicklung fordern, dann nur deshalb, weil hinsichtlich des Exportes der land- und forstwirtschaftlichen Produkte überhaupt nur in die Staaten der Sechsergemeinschaft Aussicht besteht. Das gilt für den Export von Zuchtvieh, das gilt vor allem für den Export von Schlachtvieh, das gilt für den gesamten Export unserer Holzwaren bzw. unseres Schnitt- oder Rundholzes, das gilt auch beispielsweise für Obst und in weiterer Folge für Spezialkulturen, wie Rohsäfte und dergleichen. Der Markt nach Osten ist in der Richtung zeitweilig aufnahmefähig. Zeitweilig, möchte ich betonen. (Abg. Vinzenz Lackner: „Weizen.“) Sicher, Zuchtvieh und Weizen wird ja jetzt auch gebraucht in diesen Breitengraden. Es ist überhaupt die ganze Hoffnung unserer österreichischen Agrarwirtschaft — wenn Sie das etwa wissen wollen —, daß immer wieder in diesen Gebieten irgendwo was fehlt. Immer einmal fehlt es an Zucker, dann fehlt es an Fleisch, dann fehlt es an Brot. Und das ist ja hoffnungsvoll für unsere Bauern. Mit dem System ist keinerlei Hoffnung verbunden, aber es ist eine andere Hoffnung vorhanden, oft die einzige Hoffnung, weil man weiß, dorthin kann man etwas exportieren. In Wirklichkeit ist es aber so, daß nach dem Osten hin kaum diese Agrarprodukte exportiert werden können und daher bleibt der einzige Ausweg die EWG. Es wird zu Überschüssen kommen, das sehen wir ja in der ganzen Entwicklung unserer Viehzucht, in der Steigerung der Produktion, die ja außerordentlich erfreulich ist, so daß man sich fragen muß in weiterer Sicht, wohin mit diesen Produkten? Ich muß eine Bemerkung machen hinsichtlich der Meinung „ja oder nein“ oder auch einmal eine Äußerung zur Politik des Außenministers oder eine Äußerung zur Politik des Handelsministers. Schauen Sie, meine Damen und Herren! Mein verehrter Regierungskollege Sebastian hat also die Assoziierung mit der EWG bejaht. Aber er hat alles das zum Ausdruck gebracht, was dagegen spricht und die Leute ein bißchen in Sorge versetzt hat. Wir sollten uns unbedingt davor hüten, wir sollen unerhört vorsichtig sein, in dieser Richtung und bei diesem Problem keine Vernebelung zuzulassen. (Landesrat Sebastian: „Nein, aber die Wahrheit sagen.“) Jawohl, Herr Kollege, ich bin auch für die Wahrheit, aber ich bin gegen jede Vernebelung, wobei ich Ihnen keinerlei schlechte Absicht unterschreibe. Das gilt für alle und für Sie, Herr Leitner, im besonderen. Es wird versucht, zu vernebeln noch und noch. Die Realitäten, das Raumdanken, die Gemeinschaft bringen es ja mit sich, daß wir bestimmte Exporte einfach deshalb nicht mehr unterbringen, weil sie selbstverständlich innerhalb der Gemeinschaft ausgeschrieben werden. Und allein diese Mode bringt uns in allergrößte Schwierigkeiten.

Daß es Schwierigkeiten geben wird, ist klar. (Abg. Scheer: „Wo gibt es keine Schwierigkeiten?“)

Ich fürchte mich nicht wegen der 100.000 Bauern, die angeblich zuviel sind. Denn das stimmt ja nicht. Vor hundert Jahren wurde ebenfalls in der Steiermark festgestellt, daß soundso viele kleine Betriebe verschwinden müßten, weil sonst die Landwirtschaft nie zu einem richtigen Einkommensvergleich kommen kann. Es ist auch gar nicht denkbar und die Leute haben ja jetzt ihre Existenz. Aber inzwischen sind in den letzten hundert Jahren — ich kann es jetzt als Ziffer nicht genau sagen — (Landesrat Sebastian: „Seit 1880 22% in Steiermark!“) — mindestens um ein Drittel weniger Bauern geworden, ohne daß wir sagen müssen, daß sei mit einer ganz schwierigen Auseinandersetzung geschehen. Selbstverständlich werden wir — und das ist ja geradezu spezifisch für die Steiermark — versuchen und wenn es uns gelänge —, das ist in der Steiermark bisher noch nicht gemacht worden —, für unsere Kleingrundbesitzer Industrien aufs Land hinaus zu bringen, dann hätten wir erstens Arbeitsreserven — nur keinen Neid, lieber Kollege —, und zweitens würde damit das Strukturproblem der Kleinbauern gelöst werden. Der Herr Kollege Zinkanell hat ja sehr interessante Zahlen hier zum Besten gegeben und hat damit ausgesprochen, obwohl er es nicht sehr betont hat, daß etwa 33.000 Bauern in der Steiermark ja nur mehr nebenberuflich Bauern sind und dafür eine entsprechende Existenzgrundlage in ihrem Beruf haben. Das ist praktisch überhaupt die Existenzsicherung, die beste, die man sich vorstellen kann. Gleich nachher kommt ein pragmatisierter Beamter. Aber glauben Sie mir eines, im Zusammenhang mit den Kleinbauern: Wir haben, europäisch gesehen, nach einer wissenschaftlichen Feststellung die besten Gebiete — mit Ausnahme von Südeuropa und am Neusiedlersee — für Spezialkulturen und Gemüsebau. Praktisch nützen wir diesen Umstand nicht aus. Und es muß einmal hier geforscht werden. Man kann den Leuten nicht sagen, baut das oder jenes, man muß mit Überzeugung sagen können, das oder jenes ist gut und das wird bei ihnen am besten wachsen, das ist die Pflanze, die gegen Krankheiten am besten geschützt ist usw. Man muß also hier versuchen, wirklich auf Grund von Ergebnissen und Erkenntnissen den Leuten an die Hand zu geben. Denn, was ist die Malaise dieser unserer Kleinbauern? Ich habe schon einmal gesagt, es ist dies, daß sie nur einen halben Tag oder nicht einmal das beschäftigt sind. Die Arbeitskraft ist nicht ausgelastet. Sie ist noch dazu mit schwerer Handarbeit belastet, die längst nicht mehr üblich ist, und was ist die Folge? Das Einkommen beträgt 500 S im Monat, alles mit eingerechnet, auch das Essen. Bargeld gibt es praktisch überhaupt keines. Und diese Kategorie und ein bißchen hinauf, das ist das Übel. Die Leute sind nicht ausgelastet. Auslasten aber könnte man sie, wenn Spezialkulturen da wären oder mit Hühnerzucht, nur um ein Beispiel zu sagen. Es hat Leute gegeben, die einem ins Gesicht gelacht haben, wenn man vor 10 Jahren gesagt hat, überseht doch die Hühner nicht. Unsere Vorfahren waren ja auch keine Narren. Die Keuschler in der Weststeiermark haben vor 30 oder 50 oder 100 Jahren Poulards gezüchtet. Und der Sulmtaler Poulard war europabekannt. Die haben eben Hühner gezüchtet, haben sie verkauft

und dabei gut gelebt. Und bei dem ständig steigenden Bedarf — Kalbfleisch gibt es fast keines — nach Hühnern und Geflügelfleisch ist das natürlich ein sehr interessanter Erwerbszweig für einen kleinen Bauern. Da kann einer mit 5 ha oder mit 3 ha sich auch ein gutes Leben schaffen. Ich bin dann bestärkt worden in meiner Auffassung, daß man das doch nicht vernachlässigen kann, als ich einmal in Holland war und gesehen habe, daß bei den Keuschlern mit 5 Joch überall ein Auto dabeisteht. Und dann habe ich mich gefragt: Ist der Holland-Gulden um soviel mehr wert, oder bekommen die um soviel höhere Preise? Dann bin ich daraufgekommen, natürlich nicht, aber sie nützen eben diesen kleinen Acker und diese kleine Bodenfläche ausgezeichnet dadurch, daß sie eben Spezialkulturen haben bzw. daß sie eine große Hühnerzucht betreiben oder Frischeier verkaufen und dergleichen mehr. Deshalb bin ich um unseren Kleinbesitz nicht besorgt, weil der Kleinbesitz vor allem von Graz abwärts liegt, aber hier haben wir die guten Böden, hier haben wir die Möglichkeit für Spezialkulturen, und hier gibt es vieles, vieles noch. Was geschieht nicht alles und wird nicht alles eingeführt bei uns an Frühgemüse und dergleichen. Die Holländer haben tausende und abertausende Hektar unter Glas liegen. Es ist nur eine Frage, ob wir die Investitionsmittel dazu haben. Wir könnten auch viele, viele tausende Hektar unter Glas legen und wir brauchen uns dann nicht herumplagen mit Frühgemüse und dergleichen von irgendwoher. Das ist immer ein gegenseitiger Handel und Wandel, das weiß ich schon. Aber die Möglichkeit besteht. Ich sage damit, daß wir also allerhand zu nützen haben und gar nicht glauben brauchen, daß sich diese kleinen Besitzer nicht auch ihre Existenz, wenn sie nur richtig angegriffen wird, schaffen werden.

Bezüglich der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der EWG brauche ich nichts mehr zu sagen. Ich bitte nur, hier nichts zu vernebeln. Natürlich wird es Schwierigkeiten geben am Agrarsektor, dort vielleicht noch am allerwenigsten. Aber in der Industrie wird es Schwierigkeiten geben, muß es gewisse Schwierigkeiten geben, weil wir in der Strukturentwicklung, beispielsweise unserer Textilindustrie, mit Ausnahme von Neudau — das ist also jetzt wirklich ein moderner Betrieb —, Betriebe haben, die seit 50 Jahren keine neuen Maschinen bestellt haben. Ein Wirtschaftsfachmann, der aus Japan zurückgekommen ist und dort gesehen hat, daß ein Meister 20 Webstühle bedient und bei uns bestenfalls 5, hat gesagt: „Ich verstehe, daß die trotz des weiten Frachtweges bei uns konkurrenzfähig sind.“ Aber, entschuldigen Sie, was ist denn dann, wenn es nicht kommt, das ist die entscheidende Frage. Die Kapitalkraft haben wir nicht, um zu konkurrieren in der Welt mit 8- bis 10jährigen Zahlungssterminen und Zahlungsbedingungen. Vielleicht werden wir dort und da einmal ankommen. Sollen wir uns einplanen lassen in den Osten? Ich warne davor. Einplanen lassen — was ist, wenn der Plan aus ist? Es ist schon allerhand ausgewesen. Es ist den Leuten schon allerhand passiert. Das ist nämlich das wesentlich Entscheidende, daß man es hier mit einem Handelspartner zu tun hat, mit dem ganz gut handeln ist, aber sich nicht einplanen

lassen. Das paßt nicht in unser System. Ich habe nichts gegen die Abkommen, sie sind relativ haltbar, aber ich möchte nicht abhängig sein, von nirgends abhängig sein.

In dieser Frage werden wir also irgendwie zu Rande kommen müssen. Ich glaube nur, daß der Weg sicherlich kein leichter ist, das haben wir uns ja auch nicht erwartet, und wenn da schon diskutiert wird, ob das geht oder nicht geht, so ist da zweifellos eines sicher, daß wir Gelegenheit zumindest zur Erforschung der echten und wirklichen Situation haben. Ich sage das dem Herrn Minister Bock genauso, wie ich das dem Herrn Minister Kreisky sehr offen ins Gesicht gesagt habe. Bitte schön, ob es ein Ergebnis gehabt hat, das kann ich nicht beurteilen. Aber warum ist man der Ansicht unseres verstorbenen Prof. Taucher, der einen sehr praktikablen Vorschlag, allerdings nur auf Professoren-Ebene mitgebracht hat, nicht nachgegangen? Tatsache war, daß ihm eine Reihe von Leuten gesagt haben, selbstverständlich beachten wir die Neutralität, selbstverständlich beachten wir den Osthandel. Aber die Beachtung der Neutralität und des Osthandels, das ist eine Entscheidung, man hat den Akt in die Tischlade gelegt, ich weiß es nicht warum. Ich habe trotz mehrmaliger Anfrage überhaupt keine Antwort mehr bekommen. Meiner Meinung nach ist das eine sehr ernste Frage, ernst besonders deshalb, weil wir in der Steiermark, natürlich auch gerade in der Eisen- und Stahlwirtschaft, wesentlich abhängig sind von der Abnahme unserer Ausfuhr oder unserer Produkte auch in den EWG-Staaten. Wir hoffen nur, daß uns die neuerlichen Zollschranken, vor allem gegenüber Italien, nicht schaden und die sowieso kaum mehr vorhandenen Margen einen Export unmöglich machen. Und nicht exportieren heißt größere Schwierigkeiten, heißt letzten Endes Arbeitslose.

Nun zu den einzelnen Fragen, meine Damen und Herren! Mein verehrter Kollege Edlinger ist also auf einen Betrieb, der neu gegründet wurde und den wir gefördert haben, losgegangen und hat einen anderen sozusagen herausgehoben oder ihn als den besseren hingestellt. Ich möchte also folgendes festhalten: Bitte, lassen wir uns nicht gegenseitig ausspielen, das gilt für mich genauso wie für Sie. Lassen wir uns nicht gegenseitig ausspielen von der Konkurrenz. Ich kenne den einen und ich kenne den anderen. Tatsache ist, daß der Gurkenvertrag mit Helm, das ist der Arnfelser Betrieb, pünktlich eingehalten wurde, daß nicht nur nicht weniger bezahlt wurde, also 2 S für die erstklassigen Gurken, sondern daß sogar für die Kleingurken S 2'30 bezahlt wurden, daß alles bis auf die Großgurken abgenommen wurde, nicht weil sie die Gurken irgendwo im Burgenland bekommen haben, sondern weil einfach das heurige Wachstum der Gurken in einer Form vor sich gegangen ist, daß die ältesten Leute gesagt haben, so etwas ist uns noch nicht passiert, nämlich, daß die Gurke sichtbar gewachsen ist, und zwar über Nacht um 3 bis 5 cm gewachsen ist, also geradezu ein Phänomen. Aber Hitze, die notwendige Feuchtigkeit, alles, was für die Ernte eine Rolle spielt, war vorhanden. Wenn man weiß, daß also die 9- bis 12-cm-Gurken die entscheidende Rolle spielen, dann ist der Teufel los, wenn sie

über Nacht 3 bis 5 cm auf einmal wachsen. Sehen Sie, das war heuer eine große, große Schwierigkeit. Bitte, die Firma Helm, das möchte ich ausdrücklich sagen, hat 1 Million Darlehen bekommen. Sie hat die volle Sicherung dafür gegeben. Ich möchte auch noch feststellen, daß die Gurken ordnungsgemäß ausbezahlt wurden, wogegen die andere Firma nichts bezahlt hat, der Helm hat pünktlich jetzt bezahlt, so wie vereinbart. (Abg. Edlinger: „Und teuer verkauft.“) Ja, das mag sein. Nach meiner Feststellung ist es so, daß man die 10-Liter-Kannen mit Gurken zu 45 S an den Handel weitergibt. Also, wie dann der Handel das an den Konsumenten weitergibt, das weiß ich nicht. Ich möchte nur eines bitten, spielen wir uns gegenseitig nicht aus, seien wir froh, daß wir eine Konkurrenz haben.

Zu den Landarbeiterkammerwahlen möchte ich nur eine amtliche Feststellung machen: Wir haben von uns aus alle Erlässe, auch die Aufklärungen über die Bezirkshauptmannschaften an die Bürgermeister so weitergegeben, wie es im Gesetz zu lesen ist. Es hat also hier von uns aus keinerlei Mangel gegeben. Daß es dort und da Unzukömmlichkeiten gegeben hat, ist mir ebenso bekannt wie Ihnen, nur muß ich sagen, daß sich die Unzukömmlichkeiten, wenn man das politisch beurteilen wollte, leider die Waage halten. Aber ich bin der Meinung, daß ein sehr strenges Regime beispielsweise bei einigen Forstarbeitergemeinden vor sich gegangen ist. Ich gehe aber weiter darauf nicht ein. Ich möchte nur sagen, die Veränderung der Mandate im Vergleich zu den früher schriftlich, aber auch durch persönliche Stimmabgabe durchgeführten Wahlen ist ja überhaupt gar nicht zu vermerken; die Veränderung um ein Mandat. Wie es zustande gekommen ist, daß in Hartberg mehr Forstarbeiter sind, das weiß ich nicht. (Abg. Hans Brandl: „Wird untersucht!“) Ich weiß nicht, meine Herren, wenn Sie der Meinung sind, daß die Bürgermeister alle Spitzbuben sind; ich kann mich dieser Meinung nicht anschließen, meine Damen und Herren. Ich muß mich also vor alle Bürgermeister, auch wenn uns einer sagt, dort ist einer, der ist ein Spitzbub, ich muß mich vor diese Bürgermeister hinstellen. (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Wir haben diese Meinung nie gehabt, Sie können sich daher dieser Meinung auch nicht anschließen.“) Aber es klingt ein bißchen so, es schillert ein bißchen. Ich will also ausdrücklich sagen, daß die Bürgermeister ihre Pflicht und viel mehr als ihre Pflicht tun und daß sie auch sehr wohl auseinanderhalten können ihre amtliche Eigenschaft und natürlich auch ihre politische Einstellung. Wenn es nicht immer ganz zusammengeht, machen wir uns keinen gegenseitigen Vorwurf, lieber Freund Brandl. Aber, bitte, wenn Sie der Meinung sind, daß dieses Wahlergebnis wirklich erschwindelt ist — so ähnlich haben Sie es ja gesagt — dann, bitte, haben Sie ja die Möglichkeit, zum Verfassungsgerichtshof zu gehen und diese Wahl anzukämpfen (Abg. Wurm: „Liegt ja ein gemeinsamer Antrag vor, daß das untersucht wird.“ — Abg. Dr. Rainer: „Da ist ja kein gemeinsamer Antrag notwendig!“) Zum Ankämpfen braucht es ja keinen gemeinsamen Antrag. Ich muß also eines auch klar sagen: Die Untersuchung, soweit es sich um die Wahlbehörde handelt, ist sehr einfach.

Wenn es sich aber um die Wahlkommission handelt beim Beschließen, die ist völlig autonom, der haben wir nichts vorzuschreiben. Es lassen sich Ihre Vertreter nichts vorschreiben und auch die anderen nicht. Das wissen wir ja gegenseitig sehr genau. Aber, bitte, es ist nie so tragisch, wie man es nimmt, es wird gerne ein bißchen aufgespielt. Wir haben uns jedenfalls sehr, sehr bemüht, und ich erinnere daran, daß ich auch Ihrem Wunsch, noch einmal einen Erlaß hinauszugeben, selbstverständlich ohne Widerrede nachgekommen bin, weil ich höchst interessiert bin, daß solche Wahlen ordnungsgemäß und sauber vor sich gehen. Bitte, ich muß jetzt abbrechen.

Nur ein paar Sätze zu dem Kohlenproblem. Ich glaube also, daß jetzt das Problem aktuell wird, wie bekommen wir eine Hausbrandkohle? Der Absatz der Feinkohle ist doch noch unter Mitwirkung der öffentlichen Hand gemildert worden. Daß die Draukraftwerke gebaut haben, daß die Steweag mit der Stadtgemeinde Graz gebaut hat, das hat mindestens 450 bis 500.000 Tonnen Feinkohle absorbiert, d. h. die werden dort verbraucht in diesen beiden Kraftwerken. Das ist schon für die Feinkohle eine beachtliche Hilfe. Sicher hat der Petrus einen großen Anstoß gegeben. Aber mit Petrus allein wäre es nicht gegangen, es war schon auch ein bißchen die öffentliche Hand mit im Spiel. In Zukunft — da haben Sie vollkommen recht — wird es sehr wesentlich sein, wie die Auskohlung vor sich geht und auch daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Hoffentlich gelingt es uns. Ich sage dazu, ohne Geld gelingt es nicht, weil wir eben in keiner glücklichen Verkehrslage uns befinden. Aber mit Geld kann man schließlich alles ausgleichen. Und vor allem, wenn man bereit ist, bei der Ansiedlung entsprechend zu fördern und Geld dafür herzugeben.

Ich möchte jetzt noch kurz etwas sagen zur Krankenkasse der Bauern. Meine Damen und Herren, wenn alle nur nehmen vom Staat, wer soll denn nachher noch da sein, der so viel gibt, daß alle nehmen können? (Abg. Leitner: „Die Steuerzahler!“) Ich weiß schon, wie das ist, bei Ihnen. Bei Ihnen haben sie eben die großen Steuerzahler alle umgebracht. Wovor ich mich fürchte, wenn die Bauern, vor allem die kleinen Bauern, in eine Krankenkasse kommen, ist, daß sie die Beiträge, die ihnen vorgeschrieben werden, nicht werden zahlen können. Und daß ihnen die Kuh aus dem Stall genommen wird, wenn sie dann nicht zahlen können. (Abg. Zinkanell: „Das geschieht jetzt durch lange Krankheitsfälle, Herr Landeshauptmann.“) Ich bin für eine Lösung, aber ich glaube, einen kleinen Unterschied muß man da schon machen, einen Unterschied zwischen einem Selbständigen und einem Arbeitnehmer. Der Arbeitnehmer hat selbstverständlichen Anspruch auf den Schutz, die anderen soll man lieber so weit heraufheben, damit er nicht auch sagen muß „Staat, zahl!“ So wäre es ideal. Es ist eben leider nicht so. Es ist vor allem durch die Kleinstruktur nicht so und daher wird eben auch der Staat mitzahlen müssen. (Landesrat Sebastian: „Den Kleinen können Sie ja nicht dort hinaufbringen, daß er das sicher hat!“)

Ich komme noch kurz zu den Fragen, die im Zusammenhang mit dem Güter- und Almwegebau gestellt worden sind. Es wurde natürlich mehr Geld verlangt, aber wir können zur Zeit nicht sehr viel mehr verbauen. Die 50 Millionen alles in allem — unser Beitrag mit 10 Millionen, die Beiträge aus den Bedarfszuweisungsmitteln, die Beiträge, die vom Bund kommen, die ergeben also etwa eine Summe von 50 Millionen Schilling. Das ist der Betrag, den wir etwa imstande sind, zu verbauen. Natürlich kann man mehr auch verbrauchen. Aber wir werden das sicher vormerken und beachten. Ich möchte allerdings sagen, daß gerade durch diesen Wegebau, der in der Öffentlichkeit meist kaum beachtet wird, alle Wege, mit Ausnahme eines einzigen, bisher Mautstraßen sind, praktisch Güterwege. Es sind Almwege, sie wurden zum Teil für die Interessenten geschaffen und in der späteren Folge hat sich dann praktisch aus diesen Wegen ein Fremdenverkehrsweg und jetzt eine Mautstraße entwickelt. Wir sind nicht unglücklich deshalb, aber eigentlich wäre es nicht Aufgabe der Interessentenschaft, solche Leistungen zu vollbringen, sondern das wäre, so könnte man auch sagen, eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Die Güterwege, die wir im letzten Jahrzehnt gebaut haben, betragen in ihrer Länge soviel wie die Strecke von Graz bis Kopenhagen. Das ist eine ganz schöne Strecke.

Zu den Berufsschulen der Bauern möchte ich nur noch kurz sagen, daß sie sich wunderbar entwickelt haben. Es sind im Schuljahr 1963/64 über 8000 Burschen und Mädels in diese Schulen gegangen, das ist eine Verdoppelung, die sehr erfreulich ist.

Ich glaube damit die Fragen, die aufgeworfen worden sind, und die paar Probleme, einigermaßen beantwortet zu haben und bitte nur nochmals um das allgemeine Verständnis, vor allem für die Fragen unserer Agrarwirtschaft, aber auch für die Probleme im Zusammenhang mit der Kohlenfrage. Tatsache ist — und wir haben in der Landesregierung nie eine andere Auffassung vertreten, auch in der Zeit, in der sehr hochmögende Herren gesagt haben „schließen“ —, daß wir in der Meinung waren, nicht zerstören, keine Energiereserven zerstören, wir wollen sie erhalten und dort, wo durch das Nichtvorhandensein dieses wunderbaren Schatzes das Ende einer Grube herbeigeführt wird, werden wir uns sorgen darum, daß an ihrer Stelle Arbeitsplätze durch neue Fabriken geschaffen werden. Das muß unser aller Sorge sein. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident** Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Prenner**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zur Gruppe 7 haben sich 22 Redner zu Worte gemeldet, davon 12 Redner von der ÖVP, 7 von der SPÖ, 2 von der FPÖ und die kommunistische Stimme.

Ich darf auch darauf verweisen, daß die Gruppe 7 eine Zeit von 6 Stunden und 45 Minuten beansprucht hat. Danken möchte ich den Referenten und ganz besonderer Dank gilt unserem Referenten, der

durch Krankheit verhindert ist, unserem sehr verehrten Landesrat Pirrsch.

Ich möchte meinen Antrag zur Annahme der Gruppe 7 wiederholen.

**Präsident:** Wir können über die Gruppe 7 die Abstimmung vornehmen. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 einverstanden ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Danke. Die Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8,

#### „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“.

Referent ist der Herr Abg. Pabst. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Pabst:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“ ist in fünf Abschnitte gegliedert, wovon drei Abschnitte von größerer Bedeutung sind, der Abschnitt 83 „Landesbahnen“, der 35,082.000 S Einnahmen und 46,352.000 S Ausgaben, worin die entsprechenden Abschreibungen inbegriffen sind, letztlich einen vom Land zu bedeckenden Gesamtabgang für 1964 von 11,450.000 S bringt, der Abschnitt 86 „Landwirtschaftliche Betriebe“, der für 1964 Einnahmen von 11,643.500 S und Ausgaben von 13,442.800 S, also einen Abgang von 1,799.300 S aufweist, schließlich noch der Abschnitt 87 „Industrielle und gewerbliche Unternehmen“, die wiederum Einnahmen von 1,665.800 S und Ausgaben von 15,871.700 S, also insgesamt einen Abgang von 14,205.900 S bringen. Letztlich ergeben sich in dieser Gruppe insgesamt 15,426.000 S Einnahmen und 43,273.700 S Ausgaben, was insgesamt einen Abgang von 27,846.900 S ergibt. Im Vorjahr hat dieser Abgang insgesamt 25,161.600 S betragen. Die Gruppe 8 wurde im Finanzausschuß eingehend beraten, und ich wurde beauftragt, in dessen Namen zu ersuchen, den Voranschlag der Gruppe 8 für das Jahr 1964 zum Beschluß zu erheben.

**Präsident:** Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Klobasa gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. **Klobasa:** Hohes Haus! Es ist in letzter Zeit in den Gebieten, wo Landesbahnen sind, das Problem aufgetaucht, das bei den Bediensteten Ungeißheit über ihre Zukunft hervorruft. Auf Grund des Beschlusses, der vor ca. 3 Stunden gefaßt worden ist, werde ich in diesem Falle nur jene Dinge behandeln, die in meinem Wahlkreis aufzuzeigen sind. Die Normalspurbahn, die Lokalbahn von Gleisdorf nach Weiz ist 16 km lang und wurde im Jahre 1889 der Öffentlichkeit übergeben. Die schmalspurige 1911 eröffnete Bahn Weiz—Birkfeld ist eine der schönsten Eisenbahnstrecken, die wir in unserem Heimatland haben. Die Strecke Bad Gleichenberg—Feldbach wurde im Jahre 1929 in Betrieb gesetzt. Autobuslinien werde ich im Verlaufe meines Berichtes streifen. Herr Landesrat Peltzmann hat vor einigen Tagen laut Bericht der „Tagespost“ bei der 70-Jahr-Feier der Bahn Au-

Seewiesen Kapfenberg berichtet: „Um den aufkommenden Schwierigkeiten zu begegnen, sei man bestrebt, im kommenden Jahr Gelder aufzutreiben, um die Verdieselung des gesamten Landes-Eisenbahnnetzes zu verwirklichen. Es gehe darum, das gesamte Unternehmen gesund und wirtschaftlich tragbar zu erhalten. Ich möchte diese Worte ergänzen, das gesund zu erhalten, was gut ist, und das wirtschaftlich zu verbessern, was notwendig ist. Wenn wir aber den Vorplatz des Bahnhofplatzes in Weiz betrachten, dann müssen wir feststellen, daß dort eigentlich schon eine Grenze zwischen Gemeindeeigentum und Eigentum der Landesebene festzustellen ist, denn die Gemeinde Weiz ist bestrebt, alle ihre Straßen den gegebenen modernen Verhältnissen entsprechend staubfrei zu gestalten. Nicht staubfrei ist der Vorplatz vor dem Bahnhofe. Es wäre im Interesse des Fremdenverkehrs, im Interesse der dortigen Bewohner auch gut, wenn der Platz der Landesbahn staubfrei gemacht werden würde. Aufgefallen ist mir am Bahnhof das viele Alteisen, sind mir die vielen alten Waggons, die alten, nicht verwendungsfähigen Räder. Diese Dinge dürften ungefähr ein Gewicht von 100 Tonnen haben. Sehen Sie, wenn man daran gehen würde, hier zu verbessern, so müßte man dieses Altmaterial verkaufen, um erstens Geld zu bekommen und zweitens auch einen Platz für andere Dinge zu erhalten. Es wurden in den letzten Jahren 11 Stück Altwaggons, die nicht gerade in einem guten Zustand sind, von der Ischler Bahn bzw. von Westdeutschland angekauft. Der Preis dieser Waggons ist mir nicht bekannt. Die Reparaturkosten dieser alten Waggons sind entsprechend hoch. Von diesen 11 Waggons sind auf dem Bahnhof Weiz nur zwei zu gebrauchsfähigen Waggons umgebaut worden, und zwar einer als Materialwagen und der zweite als Gepäckswagen. Drei elektrische Kohlenschrapper wurden seinerzeit zu einem Anschaffungspreis von 50.000 S angekauft. Diese Kohlenschrapper waren vorgesehen für die Umlieferung der Kohle von der Schmalspurbahn auf die Normalspurbahn, also der Rattener Kohle. Nun, geliefert wurden diese Kohlenschrapper erst zu dem Zeitpunkt, als der Bergbau in Ratten eingestellt wurde. Sie stehen jetzt ungebraucht da. Es wäre, glaube ich, nicht schlecht, wenn man zwei Kohlenschrapper wieder verkaufen und einen belassen würde, um die Verladung umgekehrt durchführen zu können. Ich möchte nun vom Autobuspark berichten. Es ist in Weiz keine Autobusgarage vorhanden. Es sind wohl zwei neue Mercedes-Autobusse angekauft worden, die aber in einem Holzschuppen stehen müssen. Der übrige Autobuspark hat ein patriarchalisches Alter erreicht. Es fährt noch immer ein Wagen, der bereits 650.000 Kilometer zurückgelegt hat und der seit dem Jahre 1942 im Einsatz steht, einer ist seit 1950 in Betrieb und der dritte seit dem Jahre 1953. Die Chauffeure sagten mir, daß diese alten Wagen natürlich reparaturbedürftig sind und auch reparaturanfällig und daß der Ölverbrauch sehr hoch liegt, ungefähr 50% höher als bei einem normalen neuen oder gut instand gehaltenen Wagen. Die Einnahmen im Kraftwagenbetrieb entsprechen den Einnahmen der privaten Linien. Wir wissen, wenn wir einen Ausflug

durchführen, verlangt der Privatunternehmer ungefähr 7 S pro Kilometer. Der Kilometersatz dieser Linie schwankt zwischen S 6'39 und S 7'09 bis S 8'44 bei der Strecke Weiz—Puch. Der Arbeiterzug derselben Strecke hat einen Kilometerdurchschnittssatz von S 9'33.

Ein Rundgang durch die Werkstätten zeigt wieder ein Bild, das nicht gerade ansprechend ist. Die Tischlerei ist ja in einem kleinen Holzschuppen auf dem Bahnhof Weiz untergebracht mit einem Flächenausmaß von 20 m<sup>2</sup>. Es ist dies eine Fläche, auf der größere Stücke nicht angefertigt werden können, und die Arbeiter der Landesbahn sind bestrebt, vieles aus eigener Kraft zu leisten, da ja wenig Geld vorhanden ist. Mir wurde gesagt, daß man dort in Weiz immer den Wetterbericht vom vorhergehenden Abend abwarten muß, um die Arbeit für den nächsten Tag festlegen zu können, dies deshalb, weil man nicht weiß, soll man das Holz draußen lassen, oder soll man das Holz in die Werkstätte geben? Es muß ja bearbeitungsfähig bleiben. Die Schweißerei ist sehr klein, sie hat ein Ausmaß von 2 × 4 m, also 8 m<sup>2</sup>. Der Arbeiter, der es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in einer Arbeitsstätte aushält, die dem Beginn des Maschinenzeitalters eigentlich würdig ist, ist zu bewundern. Hier wäre vielleicht eine Art Freilichtmuseum anzuregen, denn es müßte nicht erst vom Lande gekauft werden, da ja der Platz oder das Museum schon im Besitze des Landes ist und weil auch das Museum schön eingerichtet wäre.

Positiv zu erwähnen sind die neu errichteten Mannschaftsräume. Sie wurden aber erst heuer bezogen, sind wunderbar und modern ausgestaltet und die Arbeiter und Bediensteten der Landesbahn können dort wirklich ihre Zeit, in der sie nicht im Einsatz sind, in sauberen Räumen verbringen.

Mir wurde auch mitgeteilt, daß es früher so war, daß die Techniker zusammengerufen worden sind, um bei einer gemeinsamen Aussprache Arbeitsvorhaben für die Zukunft durchbesprechen zu können. In den letzten Jahren war es aber leider nicht so, weil die Direktion ganz einfach ohne Rücksprache mit den Werkstätten die Arbeit anordnete. Es fehlte daher der Kontakt und die Planung.

Im Wirtschaftsplan Nr. 1 der Steiermärkischen Landesbahnen sind für das Jahr 1964 11.450.000 S veranschlagt. Das Land wird aber außerdem noch einen weiteren Zuschuß von 2,4 Millionen Schilling gewähren. Zinsen und Tilgung kosten dem Lande allein 109.200 S, zusammen betragen daher die Ausgaben 13.959.200 S. Gewiß ist der Betrag, den das Land als Zuschuß für die Landesbahnen geben muß, beträchtlich, aber sehr geehrte Damen und Herren, es geht hier nicht nur allein um die Erhaltung der Bahn, es geht hier auch um die Erhaltung von rund 500 Arbeitsplätzen und es geht indirekt auch um eine Förderung der Wirtschaft, sei es Landwirtschaft, Gewerbe, oder sei es der Fremdenverkehr. Es ist klar, daß nach Einstellung der Kohlenförderung in Ratten auch der Zugverkehr eingeschränkt werden mußte. Der nachfolgende Autobusverkehr gestaltet sich, wie ich vorhin aufzeigte, nicht unrentabel. Aber es ist nicht gut, wenn parallel fast zur selben Zeit Landesbahn und Post dieselben Strecken

befahren. Es ist nur eine Zwischenspanne von 3 Minuten für einzelne Abfahrtszeiten festgestellt worden.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wie alle, haben auch die Bediensteten der Landesbahnen immer ihren Mann gestellt. Während der Hochwasserkatastrophen war die Landesbahn die einzige betriebsfähige Verkehrslinie und nur die Telefonleitung der Landesbahn hielt während dieser Zeit den Telefonverkehr aufrecht. Es wurde auch allen Arbeitern und Angestellten der Landesbahn damals Dank und Anerkennung für ihre Leistungen ausgesprochen. Belohnen wir diese hingebungsvolle Einsatzfreude und erhalten wir das, was gegenwärtig vorhanden ist und suchen wir einen Weg, der allen Zufriedenheit bringen kann. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte hat sich gemeldet Abgeordneter Karl Lackner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Karl Lackner:** Hoher Landtag! Im Unterabschnitt 861/62 sind die landwirtschaftlichen Betriebe und die Landwirtschaftsschulen enthalten. Wenn man den Betrieb speziell in Grabnerhof etwas genauer betrachtet, so muß man feststellen, daß sich da ein Schönheitsfehler eingeschlichen hat schon aus alter Zeit. Und zwar hat der Grabnerhof von seinem Gesamtausmaß, obwohl es eine alpenländische Schule ist, die vornehmlich der Viehzucht und der Forstwirtschaft dient, nur 15% Waldbestand und davon ist noch ein Drittel Schutzwald, der Rest ist sehr felsig und steinig und für den Unterricht vollkommen ungeeignet. Wogegen der Grottenhof z. B. 48% Wald hat, Kirchbach 44%, die Weinbauschule Silberberg 50% und das Volksbildungsheim Sankt Martin 56% Waldbestand aufweist. Da die geringe Waldfläche für Grottenhof nicht ausreicht, um einen ordnungsgemäßen Forstunterricht zu gewährleisten, habe ich mit meinen Kollegen einen Resolutionsantrag eingebracht und gebeten, daß von den Landesforsten, die unmittelbar an den Grabnerhof in der Buchau angrenzen, 150 ha Waldfläche für den Unterricht und für die Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Selbstverständlich soll die Beförderung und die Jagd in Händen der Landesforste bleiben. Ich hoffe, daß ich mit diesem Antrag allgemeines Verständnis finde, weil das ja praktisch für die Ausbildung unserer Jugend ist und ich bitte daher um Genehmigung dieses Antrages. (Beifall.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich Herr Präsident Dr. Stephan. Ich erteile es ihm.

**Präs. Dr. Stephan:** Meine Damen und Herren! Ich hätte mich zu dieser Gruppe nicht zu Worte gemeldet, wenn nicht Koll. Lackner gerade von der Überlassung des Waldes der Landesforste an den Grabnerhof gesprochen hätte, was ja auch den Gegenstand einer Resolution bildet.

Wir haben aus dem Text dieser Resolution nicht ohne weiteres entnehmen können, wie man sich den Übergang dieser 150 ha Wald in die Bewirtschaftung oder in die Nutzung des Grabnerhofes vorstellt. Der Herr Abg. Lackner hat also, wenn ich ihn richtig verstanden habe, gesagt, daß diese 150 ha Wald zum Unterricht für die Schüler des

Grabnerhofes herangezogen werden sollen. Nun ist dagegen nichts zu sagen. Zweitens aber sagte er, daß die Beförderung und Verwaltung bei den Landesforsten bleiben soll, das ist in Ordnung, und daß die Eigenjagd, die unter Umständen damit verbunden wäre, auch bei den Landesforsten bleiben soll. Wie man sich nun die Nutzung im einzelnen vorstellt, das müßte sich der Grabnerhof mit den Landesforsten ausmachen, denn daß der Grabnerhof dort das Holz gewinnt und für seine Zwecke verwendet ohne eine Verrechnung durchzuführen, kann ich mir nicht recht vorstellen. Es wird für den Unterricht sicher notwendig sein, daß man die Schüler des Grabnerhofes auch schlägern läßt, genauso, wie man sie aufforsten läßt, wie man sie Wald pflegen läßt usw. Es wird sogar vielleicht die Bringung dabei eine Rolle spielen, noch dazu, wenn der Grabnerhof z. B. für Heizungszwecke Holz braucht. Aber auch für Bauzwecke wäre es möglich. Aber bei einem Wald von 150 ha unter Zugrundelegung eines hundertjährigen Umtriebes würden — ich kenne dieses Waldstück nicht — 1,1 ha im Normalfall jährlich zum Hieb gelangen. Und wenn das ein anständiger und ordentlicher Wald ist, dann kann man mit einem Anfall von sagen wir 400 Festmetern Holz rechnen, je nachdem, ob die Lage felsig ist oder nicht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Schule Grabnerhof im Jahr so viel Holz braucht. Kann sie das nun verkaufen und für sich verwenden? (Landeshauptmann Krainer: „Selbstverständlich, das gehört ja zu einer ordentlichen Landwirtschaft.“) die 150 Hektar, Herr Landeshauptmann, die dem Grabnerhof für Schulzwecke auf Grund dieser Resolution überlassen werden sollen (Landeshauptmann Krainer: „Man kann das ja auch im Sinne eines Servitut machen, es geht hier ja nur um eine grundsätzliche Lösung. Wie das schließlich durchgeführt werden soll, wird erst in der Landesregierung bestimmt werden!“) Ja, bitte, aber Herr Landeshauptmann, schauen Sie, wenn Sie diese Resolution durchlesen, sie ist möglichst kurz, das ist ja an sich lobenswert, aber „daß von den Landesforsten in Admont aus dem Waldbesitz in der Buchau eine Waldfläche von 150 Hektar der Schule Grabnerhof zur Verfügung gestellt wird“, da können Sie alles herauslesen, nicht wahr? Und wir möchten nicht nachher hören, daß wir diesem Zurverfügungstellen unsere Zustimmung gegeben haben, wenn damit Dinge durchgeführt werden, denen wir nicht unsere Zustimmung geben wollen. Wir haben nichts dagegen, daß die Schüler des Grabnerhofes auch die Waldwirtschaft lernen, vom Anfang an bis zur Schlägerung, Bringung, Waldpflege usw. Aber wir halten es nicht für notwendig, daß das aus dem Komplex der Landesforste und seiner Beförderung herausgenommen wird. Wir halten es nicht für gut, wenn das Stück mit 150 ha, das an sich eine Eigenjagd bilden würde, aus dem gesamten Komplex der Jagd herausgenommen werden würde, und wir halten es auch nicht für gut, wenn die Erträge dieser 150 Hektar, die ja durch die bisherige Pflege der Landesforste erstellt worden sind, wenn der Erlös für die geschlägerten Hölzer, jetzt dem Grabnerhof zufiele, ohne daß dies die entsprechende Berücksichtigung bei den Landesforsten einerseits und bei den landwirtschaft-

lichen Schulen andererseits fände. Ich glaube, daß ich damit klargestellt habe, was wir meinen, und da der Herr Abg. Lackner im großen und ganzen auch das gesagt hat, nur Sie, Herr Landeshauptmann, gesagt haben, daß Sie sich das so vorstellen, daß der Grabnerhof die 150 Hektar Schlägerung sozusagen einkassiert, ist das jetzt die einzige unklare Stelle in der ganzen Sache. Der Ertrag der 150 ha müßte, soweit er nicht — auch das müßte errechnet werden — für Heizung oder Bauzwecke im Grabnerhof verwendet wird, den Landesforsten zufallen. Schulung hat nichts mit Ertrag zu tun. Ich kann schlägern, ich kann aufforsten, ich kann Wald pflegen, das alles, ohne daß ich das Geld für den Erlös des Holzes habe. Hier ist, wie gesagt, noch etwas aufklärungsbedürftig, und ich muß schon sagen, es würde uns die Stimmabgabe außerordentlich erleichtern, wenn auch in bezug auf den Ertrag noch das eine oder das andere Wort gesagt würde. (Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Krainer:** Der zuständige Referent ist ja, wie Sie wissen, nicht anwesend. Die Idee ist die, ein Stück Wald, das dem Grabnerhof fehlt, von den Landesforsten zur Bewirtschaftung, zur Waldpflege, zum Waldunterricht dem Grabnerhof zu überlassen. Es soll damit eine mittelbäuerliche Landwirtschaft auch als Schule, als Beispielsbetrieb geschaffen werden. Ob das nun 100 Hektar oder 150 sind, das müßte von den Fachleuten abgeklärt werden. Daß das Stück nicht aus der Jagd der Landesforste herausgenommen werden kann, ist ganz klar, weil man ja damit wahrscheinlich einen bestehenden Pachtvertrag ändern müßte, der das gar nicht zulassen würde. Aber das ist auch gar nicht beabsichtigt. Jagd braucht der Grabnerhof keine. Ich nehme sogar an, daß er sie haben wird, da hinauf wird er sie sowieso selber haben. Eine Jagd braucht er nicht. Aber was er braucht, ist die Möglichkeit des Beispiels für einen richtigen Ausgleich der Land- und Forstwirtschaft, für den Unterricht, für die Beförderung. Natürlich, wenn das Holz dem Grabnerhof bleiben würde, so würde er damit bestimmt etwas Nützliches anzufangen wissen, weil ja auch ein Bauer, wenn ich einen Idealbetrieb habe, natürlich zu seiner landwirtschaftlichen Nutzung auch eine forstwirtschaftliche Nutzung hat, das ist ja eigentlich der Ausgleich, Herr Kollege Dr. Stephan, Sie müssen das ja selbst am besten wissen. Es soll also ein Beispielszustand geschaffen werden, der nicht durch diesen Beschluß hier zustande kommt, das ist ja nur eine Willensmeinung des Landtages, was also dann zu folgen hat, das habe ich jetzt nicht im Kopf, das ist ein Beschluß der Landesregierung. Aber man stellt sich das etwa so vor, wie ich es jetzt gesagt habe, wobei man auf das Abtrennen — es wäre vielleicht ideal — gar keinen Wert legt. Man will nur einen Betrieb haben, in den man auch hineingehen kann und nicht dann der Förster oder der Jagdaufseher kommt und sagt: „Nein, nein. Du hast hier nichts zu tun und zu suchen. Das ist unser Wald!“, oder daß man immer bitten gehen muß, sondern den man als ein Stück, das einem zugewiesen wurde, betrachten

kann. Meiner Auffassung nach wäre ja der Idealzustand etwa so eine Art Servitut. Das wäre meiner Auffassung nach der Idealzustand. Ich weiß noch nicht, ob man hier zu einer Einigung in der Richtung kommt. Sicher ist, daß das eine Willensmeinung des Landtages wäre, wo und wie sie durchgeführt wird, das ist vor allem eine Frage, die die Administration zu erledigen hätte. Obzwar ich in dem Fall es gar nicht glaube, könnte natürlich auch der Landtag einen endgültigen Beschluß fassen. (Abg. Scheer: „Aber wenn Sie selbst nicht wissen, was Sie wollen, wie sollen wir es dann wissen?“) Wir wissen das sehr genau, Herr Kollege!

Wenn ich also sage, die Schule will dort lernen, die Schule will dort aufforsten, und die Schule will also sozusagen dieses Stück Wald dazu haben, damit ein Beispielbetrieb dasteht, wie er sein soll, wie er ideal ist, dann wissen Sie noch immer nicht, was sein soll? (Abg. Scheer: „Ja, gut, aber da ist die Frage, was geschieht mit dem Holz?“) Das weiß ich auch nicht, das muß ja erst mit dem Referat ausgehandelt werden.

**Präsident:** Herr Landesrat DDr. Schachner-Blazizek hat das Wort.

Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Streit spielt sich gewissermaßen auf meinem Rücken ab. Nach der Referatseinteilung der Steiermärkischen Landesregierung, die für die ganze Periode getroffen ist, gehören die Landesforste, so wie sie heute bestehen, zu meinem Referat. Der Antrag besagt, daß von den Landesforsten 150 Hektar dem Grabnerhof zur Verfügung gestellt werden sollen. „Zur Verfügung gestellt werden sollen“, kann man verschieden auslegen, aber das, was hier zum Ausdruck gekommen ist, ist jedenfalls weit weniger, als was der Antrag besagt. Wenn der Antrag von „zur Verfügung stellen“ redet, dann ist damit gemeint, daß dieses Stück zwar nicht den Eigentümer wechseln kann, weil die Landesforste Eigentum des Landes sind — genauso wie der Grabnerhof —, daß aber das ganze Stück damit aus der Verwaltung, aus der Betreuung und aus der Aufsicht der Landesforste herausgenommen werden würde. Die Erklärungen des Herrn Landeshauptmannes sind sicher insoweit beruhigend für mich, als gemeint ist, daß also weder offenbar die Verwaltung noch die Nutzung als solche schon von vornherein mit diesem Antrag abgetreten werden sollte. Ich muß nur sagen, Herr Landeshauptmann, daß das, was Sie sich als ideal vorstellen, nämlich die Einräumung einer Servitut, nicht möglich ist, weil derselbe Eigentümer auf seinen Grundstücken nicht gegenseitig Servituten begründen kann, und Eigentümer bleibt immer das Land Steiermark. Es wird also nur möglich sein, daß zwischen den Landesforsten und der Abteilung 8 als der zuständigen Aufsichtsabteilung für den Grabnerhof eine Vereinbarung getroffen wird, wonach die Schule etwa den Wald dort zum Zwecke der Schulung und zum Zwecke waldpflegerischen Unterrichts usw. heranziehen kann. Mit der Nutzung des Holzes hat das, glaube ich, sehr wenig zu tun. Denn, Herr Landeshauptmann, sicher kann der Grabnerhof die 400 fm Holz nützlich verwenden, aber es wird auch nicht

bestritten werden, hoffe ich, daß auch die Landesforste die 400 fm Holz, die dort jährlich herauszuschlagen sind, nützlich, wahrscheinlich unter ihrer sehr erfahrenen Betreuung und Verwaltung sehr nützlich verwenden können. Es wäre eigentlich ganz gleich, ob wir dem Grabnerhof das Holz in natura geben, das er für Bauzwecke benötigt, oder ob wir etwa von der einen Tasche des Landes den Betrag zahlen, um den sich der Grabnerhof das Holz besorgt. Vielleicht bekommt er es sogar billiger als es die Landesforste anzubieten vermögen. Aber, Herr Landeshauptmann, alles, was hier abgehandelt, in der Zukunft irgendwie Gestalt annehmen soll, bedarf eines gegenseitigen Einverständnisses und ist inhaltlich im Antrag nicht zum Ausdruck gebracht. Der Antrag spricht nur vom „Zur-Verfügung-stellen!“ und meint damit weit mehr, als jetzt hier dargestellt wird. Wir könnten daher schon aus Referatsgründen diesem Antrag nicht zustimmen. Wir sind aber auch mit Rücksicht auf die zweifellos gute und sinnvolle Bewirtschaftung des Waldstückes im großen Komplex der Landesforste gegen diesen Antrag. Ich bitte auch das Hohe Haus, den Antrag nach diesen Gesichtspunkten zu beurteilen und darauf Rücksicht zu nehmen, daß er offenbar seiner Formulierung nach weit über das hinausgeht, was jetzt als sein Sinn dargelegt wird. (Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Landeshauptmann hat das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Ich erkläre namens des Antragstellers, daß er den Antrag zurückzieht.

**Präsident:** Der Referent für das Eisenbahnwesen, Herr Landesrat Peltzmann hat das Wort.

Landesrat Peltzmann: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zur Anfrage des Herrn Abg. Klobasa hätte ich einige Erklärungen abzugeben. Die Mißstände auf der Strecke Weiz wurden von mir bei einer Besichtigung vor ca. 14 Tagen festgestellt. Ich habe mich darüber mit meinen Kollegen bzw. mit dem Herrn Landesfinanzreferenten DDr. Schachner-Blazizek bereits unterhalten und mitgeteilt, daß ich ohne weiteres sofort bereit bin, diese Schrotthalten, die mir als Handwerker sofort aufgefallen sind, abzuverkaufen, aber nur unter der Bedingung, wenn ich den Betrag wieder für die Landesbahn zurückbekomme, weil ich es nicht einsehen kann, daß hier eine Betriebsleitung seit Jahren Waggons im Freien repariert. Das würde ich nicht dem kleinsten Lehrling in einem Handwerkerbetrieb zumuten. (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege, das Geld hat auch in der Landeskasse kein Mascherl!“) Da haben Sie recht, ja. Hier liegen die Ziffern des Voranschlages bezüglich der Landesbahnen. Er unterscheidet sich wesentlich von dem ersten Voranschlag. Im ersten Voranschlag wurde mit einem Ertrag von rund 35 Millionen Schilling und einem Aufwand von rund 56 Millionen Schilling gerechnet, so daß der Abgang der steiermärkischen Landesbahnen nahezu 21 Millionen Schilling betragen hätte. Dieser Abgang wäre vom Land Steiermark zu tragen gewesen. Hier waren bedeutende Investitionen bei den Landesbahnen vorge-

sehen, vor allem eine Modernisierung des Lokomotiv- und Autobus-Parks. Der Herr Landesfinanzreferent erklärte sich außerstande, diesen Zuschuß für die Landesbahnen aufzubringen. Bei der Beratung des Landesvoranschlages auf Regierungsebene mußten daher empfindliche Streichungen vorgenommen werden. Auf dem Personalsektor und vom Betriebsaufwand konnte keine Verkürzung vorgenommen werden, da sonst die weitere Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes in Frage gestellt worden wäre. Gekürzt konnte daher nur der Aufwand für die geplanten Investitionen werden. Die vorgesehenen Investitionen wurden so auf eine praktisch bedeutungslose Ziffer heruntergeschraubt. Der vor uns liegende Wirtschaftsplan 1964 der Landesbahnen weist nur mehr einen Zuschuß des Landes von rund 11½ Millionen Schilling auf. Dieser Zuschuß, der höher als 1963 liegt, ist durch allgemeine Bezugserhöhungen für die Bediensteten und durch erhöhten Sachaufwand begründet. Der Vergleich der Voranschlagsziffern 1964 mit 1963 läßt erkennen, daß die Erhöhung des Landeszuschusses nicht einmal die Bezugserhöhungen deckt. Wir werden daher gezwungen sein, durch Einsparungen auf anderen Gebieten den entstehenden Abgang hereinzubringen.

Wie ist nun die Lage der Landesbahnen heute? Auf der einen Seite zwingen nicht kostendeckende Tarife von vornherein zu einer Führung mit Betriebsabgang. Ich möchte betonen, daß der Betriebsabgang der Landesbahnen trotzdem per Kilometer nur 51.789 S beträgt gegenüber den großen Österreichischen Bundesbahnen, bei denen der Betriebsabgang per km 358.941 S beträgt. (Abg. B a m m e r: „Die haben ja auch breitere Geleise!“) Auch bei der Güterbeförderung können verschiedene Ausnahmetarife, die der Volkswirtschaft in ganz Österreich gelten, die Kosten nicht decken. Auf der anderen Seite müssen die Landeseisenbahnen mit Lokomotiven fahren, die 70 Jahre und darüber alt sind und wir haben noch Lokomotiven, deren Höchstgeschwindigkeit mit 25 km festgelegt ist. (Abg. H e i d i n g e r: „Dr. Koren braucht die für das Freilichtmuseum!“) Es ist klar, daß mit einem solchen Beförderungsmittel im heutigen technischen Zeitalter nicht Schritt gehalten werden kann. Von 20 in Betrieb stehenden Triebfahrzeugen der Landesbahnen werden 13 noch mit Dampf betrieben. Um diesem für die heutige Zeit krassen Mißstand abzuhelfen, hatten wir die Absicht, die Dampflokomotiven durch Diesel-Triebfahrzeuge zu ersetzen. Infolge der schon erwähnten Kürzungen mußte der Ankauf von 6 Schmalspur-Diesel-Lokomotiven auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Diese nunmehr unmöglich gemachte Verdieselung hätte nicht nur eine Verbesserung des Verkehrs, sondern auch Einsparungen aller Art mit sich gebracht. Wir haben trotzdem versucht, über den Pensions-Fonds der Privatangestellten, an den wir herangetreten sind, ein Darlehen mit einer Verzinsung von 6% zu bewerkstelligen, um doch noch diese Verdieselung, wenigstens in einer kurzen Zeit von 2 Jahren statt erst nach 5 Jahren durchzuführen. Weil uns hiezu wahrscheinlich die Gegebenheiten zwingen werden. Bei den Loks, die jetzt in Betrieb stehen, müssen wir alle Tage zittern, daß sie nicht auseinander-

fallen. Aber ich habe keine Banknotenpresse. Ich würde sie ununterbrochen betätigen für die Landesbahnen. (Abg. B a m m e r: „Kleiner Inflationär, kein Kondukteur!“)

Ähnlich sind die Verhältnisse beim Kraftfahrzeugbetrieb. Auch da laufen noch uralte Autobusse. Es ist ihnen, meine Damen und Herren wohl klar, daß solche Zustände geradezu verkehrsbehindernd sind. Es war daher an die Anschaffung von drei Linien-Autobussen gedacht und veranschlagt. Auch diese Omnibusse fielen der Streichung zum Opfer. (Landesrat W e g a r t: „Streichquartett!“) Wir haben einen im ao. Voranschlag, aber er ist nicht bedeckt. Es wird notwendig sein, den Abgang der Landesbahnen auch durch organisatorische Maßnahmen zu verringern. Die Kontrollabteilung hat bereits im Jahre 1958 auf diesen Mißstand hingewiesen, diesen Mißstand, daß sich hier praktisch drei Staatslinien, Bundesbahn, Post und Landesbahn einen Konkurrenzkampf liefern, und Herr Kollege, Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, wir fahren mit drei Minuten Intervall. Aber das schaut ganz anders aus; bei der ersten Haltestelle, da steht die Post, und da prescht der mit der Landesbahn nach vor, daß er bei der zweiten Haltestelle der erste ist, und so geht der Zirkus fort. Meine Damen und Herren! Vielleicht ist doch zu überlegen, ob man nicht eine Teilung durchführt und sagt, hier fährt die Post und hier fährt die Landesbahn. Und wir haben bei diesen Besprechungen erklärt, daß nicht ein einziger Bediensteter in irgendeiner Art und Weise geschädigt werden darf. Ich glaube, eine größere Zusage kann man hier bei einer rein sachlichen und, wenn jeder nur etwas logisch denkt, richtigen Folgeerscheinung, nicht geben. Ich glaube, diese Zusage wurde von gewissen Kreisen, warum, weiß ich nicht, doch irgendwie verdreht. Ich habe auch nur die Anweisung gegeben an die Landesbahn, 1. zu prüfen, inwiefern das möglich ist, 2. zu prüfen, ob wir mit der Post zu einem Doubleverkehr kommen könnten — bei Kapfenberg haben wir mit dem Doubleverkehr beste Erfahrungen gemacht und 3. zu prüfen, welche organisatorische Maßnahmen wären zu ergreifen, um das Defizit auf diesen Linien zu drücken. Ihre Kilometerangaben, lieber Herr Kollege, stimmen nicht ganz. Sehen Sie, das sind keine kostendeckenden Tarife. Das ist, Sie müssen ja auch die Stehkilometer, die Nächtekilometer, alles, dazurechnen, Sie können nicht nur den Fahrkilometer rechnen. Das würde kein wahres Bild des wirtschaftlichen Sektors der Omnibusunternehmen der Landesbahn ergeben.

Ich habe folgendes erklärt: Daß ich keinerlei Maßnahmen durchführen werde, bevor ich mich nicht mit den Personalvertretungen beraten werde. Ich habe sie schriftlich höflichst eingeladen, ich habe der Personalvertretung freigestellt, einen Herrn der Gewerkschaft beizuziehen. Die Herren sind auch gekommen. Eine Beamtin meines Büros wurde beauftragt mit der Führung des Protokolls. Der Gewerkschaftsbund verlangte eine eigene Sekretärin zur Führung des Protokolls. (Abg. B a m m e r: „Gewohnheitsrecht!“) Meine Damen und Herren, das ist kein Gewohnheitsrecht, das ist ein Mißtrauen gegenüber einem Landesbeamten. Und dagegen habe ich mich verwahrt. Ich glaube, man kann mir

nicht den Vorwurf machen, ich hätte die Kontaktgespräche nicht gepflegt, wie das so üblich ist. Hohes Haus, meine Damen und Herren! Meine bisherigen Ausführungen über die Steiermärkischen Landesbahnen mußten, bedingt durch die schwache Dotierung beim vorliegenden Budgetentwurf, ziemlich düster ausfallen. Ein weitaus erfreulicheres Bild ergibt sich, wenn wir die Leistungen unserer Landesbahnen betrachten. Im Jahre 1962 beförderten die Landesbahnen im Bahnbetrieb immerhin noch über 845.000 Personen, im Kraftwagenbetrieb 1.500.000 und an Gütern 558.000 Tonnen. Sie sehen also, daß allein im Kraftwagenbetrieb der Landesbahn in einem Jahr weit mehr Personen befördert wurden, als die Steiermark Einwohner hat. Sie sehen aber daraus wieder ganz deutlich, daß trotz dieser hohen Beförderungsleistung der starke Abgang zum Großteil auf Kosten der Kraftfahrlinien geht. Vom Gesamtertrag auf den Bahnstrecken entfallen über 86% auf den Güter- und Expreszugverkehr. Dieses Verhältnis ist eine Erscheinung, die fast alle Eisenbahnen bewegt. Das Verhältnis der Aufwendungen und Erträge im Bahnbetrieb zur Erhaltung der Streckenlänge und zur Weiterführung hält jedem Vergleich mit größeren Unternehmungen stand. Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bedenken Sie, daß das Verkehrsgebiet der Steiermärkischen Landesbahnen ein Viertel des gesamten steirischen Bahnnetzes beträgt, und zwar rund 200 Kilometer. Die Landesbahnen reichen vom Südostzipfel bis nach Salzburg hinein. Die Österreichische Bundesbahn betreibt genau 6000 km und hat einen voraussichtlichen Abgang von 2% Milliarden Schilling, und der wird gedeckt, ein Abgang ohne Deckinvestitionen. Sie sehen, es liegt am Hohen Haus, diese Probleme Landesbahnen so zu lösen, daß sie zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst werden. Sie brauchen nur das nötige Geld zu bewilligen, und wir werden sie so modern gestalten, daß sie sie nachher gar nicht mehr erkennen.

Aus dem kurzen Überblick, den ich Ihnen dargelegt habe, können Sie ohne weiters die wirtschaftliche Bedeutung der Landesbahn ersehen. Es muß unser aller Bestreben sein, diese Landesbahnen, die wir noch bis rund 1982 führen werden — 1982 fallen ja unsere Konzessionen dem Bund anheim und dann wird wahrscheinlich die Österreichische Bundesbahn das übernehmen müssen. Sehen Sie, ich weiß ganz genau, daß wir heute auch keine unrentable Strecke, nehmen wir an Weiz—Ratten, es wurde ja angespielt darauf, stilllegen können, und auch der Gedanke wurde von uns noch nicht ausgesprochen. Schauen Sie, schon im Gebiet Ratten können wir es nicht verantworten. Dieses Gebiet ist ein wirkliches Notstandsgebiet der Steiermark, wenn wir denen noch die Bahn wegschneiden, dann fühlen sich diese Menschen doch verlassen und verraten. Schon aus dieser Überlegung heraus ist es uns gar nicht möglich, die Landesbahn zur Zeit einzustellen. Es besteht überhaupt keine Absicht zur Betriebsstilllegung, es bestehen nur Absichten zum Linienabtausch, eben um hier ein einheitliches Netz der Landesbahn zu schaffen. Auch diese Garage, lieber Herr Kollege, in Weiz war im Landesvoranschlag drinnen und ist dem großen Streichquartett,

wie mein Kollege Wegart richtig eingeworfen hat, zum Opfer gefallen.

Ich habe ganz offen und ehrlich auch bei den Landesbeamten in Kapfenberg gesagt, der Finanzreferent kann natürlich nicht mehr ausgeben, als er einnimmt, und Sie haben Ihre Frauen heute bei einer Feier mit, und wenn Sie mit einer Frau verheiratet sind, die 3000 S ausgibt und Sie bringen nur 2000 S heim, dann bin ich neugierig, wie lange das geht. Das ist kein Vorwurf an den Finanzreferenten, sondern eine Feststellung eben der finanziellen Situation, in der das Land zur Zeit steht. Ich glaube, das ist unsere Aufgabe, die Aufgabe des Hohen Hauses und der Regierung, diesen Beamten, diesen Bediensteten, den Streckenarbeitern unseren Dank auszusprechen, daß sie trotz der geschilderten Mißstände den Verkehr bis jetzt klaglos aufrechterhalten und die steirischen Landesbahnen zum Wohle des Landes Steiermark geführt haben. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Pabst:** Ich darf nochmals den Antrag wiederholen, den Voranschlag der Gruppe 8 zum Beschluß zu erheben.

**Präsident:** Das Hohe Haus hat den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer von den Damen und Herren für diesen Antrag ist, bitte ich um ein Händezeichen. (Geschiebt.) Danke. Der Antrag ist angenommen.

**Präsident:** Wir gehen über zur Gruppe 9 „Finanz- und Vermögensverwaltung“. Berichterstatter ist Abgeordneter **Vinzenz Lackner**. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Vinzenz Lackner:** Hoher Landtag, verehrte Damen und Herren! Die Gruppe 9 ist aufgegliedert in 10 Abschnitte und 13 Unterabschnitte. Auf der Ausgabenseite finden wir für das Budget 1964 189,646.100 S, das ist ein Mehr um 24,046.000 S. Auf der Einnahmenseite finden wir 1.149,624.500 S, das ist ein Mehr um 111,156.500 S. Diese Ansätze wurden im Finanzausschuß eingehend beraten. Es ist dies jene Gruppe, die all die Wünsche zu erfüllen hat, die in der vorangegangenen Gruppen und Ansätzen und Debatten zum Ausdruck gekommen sind.

Ich darf namens des Finanzausschusses das Hohe Haus ersuchen, der Gruppe 9 die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Ich erteile dem zuständigen Referenten, Herrn Landesrat **DDr. Schachner-Blazizek** das Wort.

**DDr. Schachner-Blazizek:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es gehört zu den Eigenheiten der Gruppe 9 des ordentlichen Voranschlags und zu den Besonderheiten des außerordentlichen Voranschlags, daß die sich darauf beziehenden Ausführungen der Abgeordneten dem Wesen nach schon in der Generaldebatte und in der vorangehenden Spezialdebatte zu den einzelnen Voranschlagsgruppen dargelegt werden.

Der Grund dafür ist in einer Reihe von Tatsachen zu suchen, zunächst einmal darin, daß die Ausgaben der Gruppe 9, soweit sie nicht Investitionen und allgemeine Vorsorgen darstellen, zum Teil weder dem Grund nach noch der Höhe nach beeinflussbar sind, zum Teil aber auch als Durchläufer, wie etwa die Bedarfszuweisungen oder der Pensionsfonds der Gemeinden usw. für die Landesgebarung eigentlich unwirksam bleiben und zum anderen Teil als Zuführungen erst in anderen Positionen des ordentlichen und des außerordentlichen Voranschlages als wirkliche Ausgaben zum Ausdruck und zum Vorschein kommen. Sicher ist der Grund für diese Erscheinung aber auch bis zu einem gewissen Grad in der vom Herrn Abg. Dr. Kaan in der Generaldebatte angedeuteten Tatsache zu finden, daß die Einnahmen des Landes in der Gruppe 9 entweder als Zinsenerträge oder als Erträge aus dem Kapitalsvermögen und aus dem Liegenschaftsbesitz kaum beeinflussbar sind und wenn diese Vermögenswerte gut und ordentlich bewirtschaftet werden überhaupt nicht verändert werden können, zum Teil aber auch darin, daß auf der Einnahmenseite wieder die Durchläufer sich als uninteressant darstellen und daß das Gros der steuerlichen Einnahmen mit 870 Millionen Schilling Ertragsanteilen, mit 3 Millionen Schilling Kulturgröschenteilen, mit rund 88 Millionen Schilling Landesumlage und mit 42 Millionen Schilling aus dem Kopfquotenausgleich aus der verbundenen Steuerwirtschaft kommt und daher von uns erst recht nicht beeinflusst werden können. Demgegenüber betragen die Einnahmen aus den eigenen Abgaben des Landes nur 34 Millionen Schilling. Sie sind also ein verschwindend kleiner und dem Gesamtbetrag gegenüber sehr unbedeutender Teil, über den es nach der jetzigen Rechtslage eigentlich auch kaum etwas zu reden gibt.

Ich bin nun weit davon entfernt, meine Damen und Herren, auf die vielerlei Einzelfragen einzugehen, die in der Spezialdebatte angeschnitten wurden und zu denen sicher auch von mir bei der Gruppe 9 manches gesagt werden könnte.

Zur zentralen Frage der verbundenen Steuerwirtschaft und des Finanzausgleiches muß ich aber mit Rücksicht auf die in der Generaldebatte zum Ausdruck gebrachten Meinungen doch einiges sagen. Der Herr Abg. Dr. Kaan hat völlig recht gehabt, wenn er die in einem Entwurf des Finanzministeriums zum künftigen Finanzausgleich angebotenen Einnahmen und Steuern, nämlich die Biersteuer, die Weinsteuer, die Schaumweinsteuer, die Bödenwertabgabe und den Kulturgröschchen als ein Linsengericht bezeichnet hat. All diese Steuern und steuerlichen Einnahmen haben nämlich einen stagnierenden, wenn nicht teilweise sogar rückläufigen Charakter und die uns dafür angebotenen halben Lehrerlasten, also die halben Dienstbezüge der Pflichtschullehrer zu übernehmen, die sich mit der Einführung des neunten Schuljahres, mit der Verminderung der Lehrstundenverpflichtung, mit der steigenden Schülerzahl und mit der künftig höheren Ausbildung der Lehrer an Akademien zweifellos als rasant steigende Ausgaben darstellen, das wäre tatsächlich ein Geschäft gewesen, bei dem wir stark wachsende Ausgaben gegen ein Linsengericht hät-

ten übernehmen müssen. Dazu käme noch, daß die Bier- und die Weinsteuer, die ja heute beim Produzenten erhoben werden, einer völligen Veränderung bedürften, um überhaupt als Landesabgabe eingehoben werden zu können. Denn sie würden beim Händler und beim Gastwirt eingehoben, ja eine Art zweiter Getränkesteuer werden und damit in den jetzt schon stark bekämpften Kreis der Getränkesteuer geraten. Auch die weiteren Vorschläge dieses Entwurfes des Finanzministeriums, nämlich eine gewisse Veränderung der Teilungsschlüssel bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die Auffassung der Landesumlage usw. hätten weder den Ländern noch den Gemeinden Vorteile, den Ländern aber zweifellos eine ganze Reihe von echten und schwerwiegenden Nachteilen gebracht.

Ganz abgesehen davon ist seit dem Inkrafttreten des derzeit geltenden Finanzausgleiches von 1959 eine Reihe von großen und größten Problemen in ihrer Entwicklung so weit gediehen, daß ein künftiger Finanzausgleich gar nicht verhandelt werden könnte, ohne daß zu diesen wesentlichen Problemen Stellung genommen und daß eine für die Beteiligten tragbare Lösung dieser Probleme gefunden wird.

Zu diesen Vorfragen des künftigen Finanzausgleiches gehört erstens das Problem der Straßen mit der Grundtatsache, daß die Länder sowohl als auch die Gemeinden der immer mehr zunehmenden Motorisierung, der Verkehrsdichte und der damit zusammenhängenden rasanten Zunahme der Inanspruchnahme des öffentlichen Straßengrundes für das Abstellen der Fahrzeuge mit den ihnen jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln einfach nicht mehr gerecht zu werden vermögen.

Zweitens gehört hierher das Problem der Schulen mit der Grundtatsache, daß die neue Schulgesetzgebung den Ländern und insbesondere den Gemeinden Lasten auferlegt, die der bisherige Finanzausgleich natürlich nicht berücksichtigt hat und die auch nicht bewältigt werden können, wenn die Einnahmen nicht verbessert werden.

Und drittens gehört hierher das Problem der Spitäler, das zwar für die steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Gemeinde Weiz gegenwärtig keine Rolle zu spielen scheint, das aber die anderen Gemeinden Österreichs und hier bei uns in der Steiermark das Land außerordentlich belastet und das mit dem Fortschritt der medizinischen Wissenschaften, mit dem Fortschritt der Technik und der Intensität und der Inanspruchnahme der ärztlichen und pflegerischen Leistungen von den beteiligten Gebietskörperschaften einfach nicht mehr bezwungen werden wird, wenn die Dinge sich so weiter entwickeln.

Und hierher gehört zweifellos auch das Problem der Verwaltungsvereinfachung mit der Grundtatsache, daß es in unserer Verwaltung, namentlich aber in der Bundesverwaltung, viele Erschwerungen und Mehrgleichigkeiten usw. gibt, die durchaus abgebaut werden könnten und von denen der Bund entlastet werden müßte, was dazu beitragen würde, daß der Bund wieder für die untergeordneten Gebietskörperschaften Mittel freimachen könnte. Und dazu gehört schließlich das große Problem der Kompetenzbereinigung mit der Grundtatsache, daß in

Osterreich vieles zentral behandelt und zentral kontrolliert wird, was ebensogut und viel weniger kostspielig von den Ländern und von den Gemeinden besorgt und kontrolliert werden könnte. Zu dieser Kompetenzbereinigung, meine Damen und Herren, gehört auch die Frage der Steuerhoheiten und die Frage also der Lockerung der verbundenen Steuerwirtschaft. Man kann sich zu dieser Frage vom Standpunkt der Theorie sicherlich verschieden verhalten. Selbst in der Theorie wird man aber, glaube ich, zu überlegen haben, daß es ein jeglicher Integration entgegenstehender Weg wäre, wenn in einem kleinen Bundesstaat . . . (Landeshauptmann Krainer: „Das dürfen Sie den Schweizern nicht sagen.“) Herr Landeshauptmann, ja, ich sage es aber . . . die Bürger der neun verschiedenen Bundesländer verschieden hoch besteuert werden würden. Und wenn etwa zu diesem Zwecke gar noch einige Landesbehörden als Abgabämter, oder wie immer Sie das nennen . . . (Abg. Doktor Kaan: „Das ist ja jetzt schon verschieden.“), eingerichtet werden müßten. Die Verschiedenheit, Herr Abg. Dr. Kaan, trifft ja nur auf die wenigen Landesabgaben zu. (Abg. Dr. Kaan: „Auf die ganzen Gemeindeabgaben!“) Aber, meine Damen und Herren, theoretischen Erwägungen dieser Art zwischen einer angeblichen zentralen Auffassung und einer angeblich föderalistischen Auffassung müssen meiner Meinung nach weit zurückweichen vor den aus einer praktischen Betrachtung sich ergebenden Bedenken. Meine Damen und Herren! Wenn man das örtliche Aufkommen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit den tatsächlich erhaltenen Ertragsanteilen vergleicht, dann ergibt sich, daß das Land Steiermark z. B. im Jahre 1957 um 134 Millionen Schilling mehr an Ertragsanteilen bekommen hat, als es bei gleicher Höhe dieser Steuern nach dem örtlichen Aufkommen in der Steiermark erhalten würde. In der Folgezeit ist dieser Mehrbetrag, den wir aus der verbundenen Steuerwirtschaft bekommen haben, von Jahr zu Jahr noch sehr beträchtlich angestiegen. Ich habe die jährlichen Unterschiede auf den Schilling genau errechnet. Ich will Ihnen aber hier im Haus nur die runden Summen nennen. Im Jahre 1958 waren es bereits um 135 Millionen Schilling mehr, 1959 war der Mehrbetrag schon 145 Millionen Schilling, im Jahre 1960 haben wir um 155 Millionen Schilling mehr erhalten, als uns nach dem örtlichen Aufkommen zugestanden wäre. 1961 war das Mehr schon 170 Millionen Schilling und 1962 war der Mehrbetrag bereits auf 202 Millionen Schilling angewachsen. Meine Damen und Herren, das sind immerhin in den letzten 6 Jahren nicht weniger als 942 Millionen Schilling allein bei den Ertragsanteilen, die unseren Einnahmen fehlen würden, wenn wir die gleichen Steuern mit der eigenen Steuerhoheit und in der gleichen Höhe erhoben hätten. Dazu kommt noch, daß bei einer solchen eigenen Steuerhoheit der Kopfquotenausgleich wegfallen würde, der in diesen 6 Jahren immerhin auch nicht weniger als 220 Millionen Schilling betragen hat. Bei eigener Steuerhoheit würde das Land also in diesen 6 Jahren fast 1,2 Milliarden Schilling eingebüßt haben, wenn es seine Bürger und seine Wirtschaft keinem stärkeren Steuerdruck als dem der gemeinschaft-

lichen Bundesabgaben unterworfen hätte. Diese 1,2 Milliarden Schilling sind jedenfalls in diesen 6 Jahren mit Hilfe der verbundenen Steuerwirtschaft praktisch aus dem Steueraufkommen anderer Bundesländer in die Steiermark geflossen, und ich habe durchaus Verständnis dafür, daß die Bundesländer, von denen sie hergeflossen sind, eine andere Auffassung haben, daß z. B. das Bundesland Vorarlberg eine andere Auffassung von der verbundenen Steuerwirtschaft hat, als wir zugrunde zu legen gezwungen sind. Meine Damen und Herren! Ich muß es Ihrer Überlegung überlassen, ob der Weg zu einer vollständigen oder auch nur zu einer weitgehenden eigenen Steuerhoheit nicht ein sehr dornenvoller und auch ein sehr verlustreicher für uns wäre und ob Sie sich vorstellen können, daß wir diese riesige Summe etwa dadurch wettzumachen imstande wären, daß wir unsere Bürger und unsere Wirtschaft einfach stärker besteuern, als das bisher im Rahmen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben zugunsten des Landes geschehen ist. Für uns müßte sich jedenfalls zwangsläufig die Frage ergeben, daß wir entweder auf diese Einnahmen und auf das, was wir seit Jahren mit diesen Einnahmen machen, verzichten, oder aber die Bevölkerung und die Unternehmungen viel stärker besteuern müßten, als das bisher der Fall war. Und das besonders Kritische daran, meine Damen und Herren, wäre ja die Tatsache, daß wir im letzten Fall, wenn wir höhere Steuern erheben würden, um zu denselben Einnahmen zukommen, daß wir dann unsere Bevölkerung viel stärker besteuern müßten als so manches Bundesland, bei dem die Situation gerade umgekehrt ist.

Ich kann das Jahr 1963, nicht genau durchrechnen, weil es ja noch nicht zur Gänze abgelaufen ist, aber ich kann auch für das Jahr 1963 schon heute einen Unterschied von mindestens 230 Millionen Schilling bei den Ertragsanteilen voraussagen. (Landeshauptmann Krainer: „Sie machen das immer wunderbar. Vor einem Monat haben Sie noch nichts gewußt, jetzt wissen Sie schon alles!“) Das weiß ich genau, Herr Landeshauptmann, ich kenne mich da gut aus . . . also 1963 mindestens 230 Millionen Schilling mehr durch die verbundene Steuerwirtschaft bei den Ertragsanteilen, gegenüber dem Betrag, den wir aus dem eigenen Aufkommen beziehen könnten, und dazu kommt dann wieder der Kopfquotenanteil, der mit rund 40 Millionen Schilling zu veranschlagen ist. Und, meine Damen und Herren, diese 270 Millionen Schilling, die uns aus der verbundenen Steuerwirtschaft zufließen, sind mehr als jener Betrag, den der Landeshaushalt für das gesamte Schulwesen, für das gesamte Kulturwesen, für die gesamte Fürsorge, für die gesamte Landwirtschaftsförderung, für die gesamte Gewerbeförderung, für den gesamten Fremdenverkehr, für den Wasserbau und die Wildbachverbauung und für den Wasserleitungs- und Kanalbau Jahr für Jahr zuschießt. Auch für unsere steirischen Gemeinden, meine Damen und Herren, würde sich das Problem einer Lockerung oder einer Beseitigung der verbundenen Steuerwirtschaft ähnlich darstellen. In den letzten 6 Jahren haben die steirischen Gemeinden um 400 Millionen Schilling mehr an Ertragsanteilen be-

kommen, als sie ihrem örtlichen Aufkommen nach bei gleicher Höhe der Steuern erhalten könnten. Ich muß also das Hohe Haus bitten, das Problem nüchtern und so zu sehen, wie es sich für uns wirklich darstellt und sich davor zu hüten, sich in Auffassungen und in Erörterungen festzufahren, die uns nicht gut bekommen würden und nicht gut bekommen könnten. Bekennen wir ruhig, meine Damen und Herren, daß der bisherige Finanzausgleich, der noch unter der Mitwirkung meines Vorgängers, des Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreters i. R. Horvatek und unter der sehr maßgeblichen Beteiligung des damaligen Chefs der Landesfinanzabteilung, des heutigen Herrn Landesamtspräsidenten Dr. Pestemer, dessen bevorstehendes Ausscheiden aus dem aktiven Dienstverhältnis mir übriges Anlaß gibt, in größter Dankbarkeit und in uneingeschränkter, respektvoller Anerkennung sein langjähriges und sein hervorragendes Wirken in unserem Finanzwesen hervorzuheben. (Lang anhaltender Beifall), daß dieser Finanzausgleich ein gutes Gesetzeswerk war und auch ein gutes Gesetzeswerk ist. Und daß dieser Finanzausgleich dann, wenn auf seiner Grundlage eine einigermaßen tragbare Lösung der aufgezeigten großen Probleme aufgebaut werden kann, auch eine sehr gute Basis für den künftigen Finanzausgleich wäre.

Meine Damen und Herren! Diese gravierende Frage mußte ich meiner Meinung nach bei der Gruppe 9 doch behandeln. Es ist mir im Rahmen der Debatte manches in den Mund gelegt worden, was ich, wie ich glaube, nie gesagt oder nie in dieser Form gesagt habe und es ist auch manches Begehren an meine Adresse gerichtet worden, dem ich gerne Rechnung tragen werde, wenn die Entwicklung unserer Einnahmen und die gerechte Verteilung unserer Ausgaben die Möglichkeit dazu geben. Ich möchte darauf im einzelnen jetzt gar nicht eingehen.

Ich habe nur noch das Bedürfnis, Ihnen allen, meine Damen und Herren, für die sachliche und korrekte Beurteilung und Behandlung des Budgets zu danken und allen Menschen, die in unserem Lande leben, wirken und wirtschaften, Dank zu sagen für das, was sie durch ihre Arbeit dazu beigetragen haben, daß wir hier in der Landstube eine gute Finanz- und Budget-Politik machen können. Ich wünsche Ihnen allen, meine Damen und Herren, ich wünsche unserer ganzen Bevölkerung und unserem Land, daß wir mit diesem Budget in ein gutes Jahr gehen, daß uns Frieden und Freiheit und eine glückliche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung beschieden werden. (Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Abg. Vinzenz Lackner:** Ich kann auf das Schlußwort verzichten. Ich wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 9 ist angenommen.

Damit sind die Gruppen 0 bis 9 des ordentlichen Landesvoranschlages erledigt. Wir kommen zum **außerordentlichen Landesvoranschlag.**

Berichterstatter ist Herr Abg. Fritz Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wurm:** Hohes Haus! Im außerordentlichen Landesvoranschlag sind in der Gruppe 0 Ausgaben vorgesehen von 32,300.000 S, die nur gedeckt sind mit 15,100.000 S. In der Gruppe 2 sind Ausgaben vorgesehen von 17,500.000 S, davon gedeckt 5 Millionen Schilling. In der Gruppe 3 sind Ausgaben vorgesehen von 8,950.000 S, gedeckt mit 5,325.000 S. In der Gruppe 4 haben wir Ausgaben von 8,400.000 S, davon gedeckt 2,700.000 S. In der Gruppe 5 sind Ausgaben vorgesehen von 44,100.000, wovon 27,150.000 S gedeckt sind. In der Gruppe 6 sind Ausgaben vorgesehen von 38,067.000 S, davon gedeckt 35,067.000 S. In der Gruppe 7 sind Ausgaben von 11,884.000 S, davon gedeckt 4,384.000 S. In der Gruppe 8 haben wir Ausgaben von 19,500.000 S, davon gedeckt 11,350.000 S. In der Gruppe 9 sind Ausgaben vorgesehen von 23,575.000 S, davon gedeckt 3,574.000 S. Insgesamt sind im außerordentlichen Landesvoranschlag Ausgaben von 204,276.000 S vorgesehen, wovon aber nur 119,650.000 S gedeckt sind, so daß der Abgang 84,626.000 S beträgt.

Der Finanzausschuß hat sich mit dem außerordentlichen Voranschlag beschäftigt und in seinem Namen ersuche ich um Annahme dieser Ansätze.

**Präsident:** Das Wort hat Frau Abg. Lendl.

**Abg. Hella Lendl:** Hohes Haus! Ich muß noch einmal auf die Finanzausschußsitzung vom 4. Dezember zurückkommen, bei welcher unsere Resolution wegen der geplanten Verlegung des Finanzamtes Mürzzuschlag nach Bruck eingebracht wurde. Die Fraktion der ÖVP hat dieser Resolution vorerst die Zustimmung versagt. Erst nachdem ich Herrn Landesrat Peltzmann aufmerksam machte, daß im Gemeinderat Mürzzuschlag ein einstimmiger Beschluß, und zwar auch mit den Stimmen der ÖVP, gegen die Verlegung des Finanzamtes gefaßt wurde, hat sich der Herr Landesrat bei der Finanzlandesdirektion erkundigt, ob die Verlegung tatsächlich geplant ist. Darauf wurde von der ÖVP-Fraktion der Antrag auf Reassumierung unserer Resolution gestellt und erst dann hat die ÖVP-Fraktion für diese Resolution gestimmt.

Nach dem Anruf bei der Finanzlandesdirektion hat der Herr Landesrat zu mir gesagt: „Ich danke Ihnen, Frau Kollegin, daß Sie mich auf diese Sache aufmerksam gemacht haben. Ich habe von diesem Gerücht wohl gehört, aber die Sache nicht ernst genommen. Was glauben Sie, die Gewerbetreibenden, die würden mich ja erschlagen, wenn wir jetzt nichts machen.“

Es muß daher in der heutigen Notiz in der Südost-Tagespost mit der Überschrift „Protest gegen die Verlegung des Finanzamtes Mürzzuschlag“ und dem Wortlaut, daß von Ihrer Seite bereits schon vor Monaten entscheidende Schritte unternommen wurden; wohl ein Irrtum sein, da Sie doch erst durch unsere Resolution auf den ernstesten Zustand der Ver-

legung des Finanzamtes nach Bruck aufmerksam gemacht wurden. Es freut mich, daß diese Notiz heute in der Südost-Tagespost erschienen ist und ich daher noch Gelegenheit habe; anlässlich der Budgetdebatte diese Richtigstellung vorzunehmen.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Krainer:** Ich würde mich nicht zum Wort melden in der Frage des Finanzamtes Müzzuschlag, wenn es nicht hier zu einem Ballspiel, beziehungsweise zu einem Schwarz-Peter Spiel zum Abschluß unserer Landtagsberatungen gekommen wäre. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß die causa Finanzamt Müzzuschlag ebenso wie die causa Finanzamt Bruck a. d. M. nicht von irgend jemand, sondern vom Nationalrat und ehemaligen Bürgermeister Scheibengraf eingeleitet wurde. Ich kann Ihnen also den Akt und den Vorgang, wenn Sie wollen, erzählen. Es hat gar keinen Sinn, hier herumzuspielen, daß Sie oder Sie das Finanzamt retten; die Wirklichkeit ist die, daß Kapfenberg die Gründe und die Pläne für die Errichtung eines großen Verwaltungszentrums auf den Tisch gelegt hat und daß das Finanzministerium und auch die Finanzlandesdirektion, also die Finanz, gesagt hat, „ja, wenn wir solche Möglichkeiten haben, warum sollen wir da nicht einsteigen?“ Sie kennen die weitere Entwicklung über die Verärgerung der Brucker, sie kennen auch jetzt das Angebot der Brucker, das etwa auch in dieser Richtung liegt. Ich bitte, mit solchen Dingen nicht kindische Parteipolitik zu treiben. Wir haben gar kein Interesse, daß einfach von Müzzuschlag ein Amt weggezogen wird woanders hin, wenn das Angebot für den entsprechenden Ort auch sehr ansprechend sein mag. Wir haben Interesse, wenn nicht eine allgemeine Verwaltungsreform das notwendig macht, daß selbstverständlich in jeder Bezirkshauptmannschaft auch weiter ein Finanzamt verbleibt. (Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Landesrat Gruber.

**Landesrat Gruber:** Meine Damen und Herren! Nachdem vom Herrn Landeshauptmann bezüglich der Verlegung der Ämter eine Feststellung getroffen wurde, darf ich eine kleine Berichtigung anschließen. (Landeshauptmann Krainer „Das ist nicht möglich, das ist aktenkundig!“) Die Sache ist nicht so, nicht ganz so verlaufen ist, Herr Landeshauptmann, wie Sie es hier geschildert haben. Der Bau eines neuen Verwaltungszentrums in Kapfenberg ist schon seit vielen Jahren geplant und ist das Modell auch schon vor mehr als eineinhalb Jahren dem Gemeinderat der Stadt Kapfenberg vorgelegt worden. Damals hat es überhaupt noch keine Diskussion um die Verlegung eines Finanzamtes gegeben. Erst als die Behörden davon erfahren haben, daß ein solcher Bau geplant ist, haben sie sich dafür interessiert. Ich möchte also mit aller Klarheit feststellen, nicht Kapfenberg hat sich für diese Sache interessiert. (Landeshauptmann Krainer: „Für wen hat denn dann Kapfenberg das Behördengebäude geplant?“) Nicht Kapfenberg hat sich für die Behörden, sondern, Herr Landeshauptmann, da

muß man der Wahrheit die Ehre geben, die Behörden haben sich für Kapfenberg interessiert, sowohl hinsichtlich des Gerichtes als auch hinsichtlich des Finanzamtes. Natürlich ist, daß der Bürgermeister und der Gemeinderat von Kapfenberg, als die Frage behandelt worden ist, nicht gleich gesagt haben, das kommt überhaupt nicht in Frage, daß wir eine neue Behörde in unserem Stadtbereich begründen, das, glaube ich, ist für alle Damen und Herren ja eine Selbstverständlichkeit. (Landeshauptmann Krainer: „Spielt's das unter Euch aus!“) Nein. Es geht hier darum, Herr Landeshauptmann, eindeutig festzustellen, daß nicht die Stadt Kapfenberg oder der Gemeinderat oder der Bürgermeister, der jetzige Nationalrat Scheibengraf, sich darum bemüht haben, sondern daß die Bundesbehörden sich dafür interessiert haben. ((Abg. Dr. Kaan: „Wer hätte denn in das Gebäude hineinkommen sollen?“) Das ist eine Tatsache, die eindeutig feststeht. Ja, Herr Abg. Dr. Kaan, das Gebäude wird auch so entstehen, ohne daß diese Behörden nach Kapfenberg kommen. (Abg. Dr. Rainer: „Man muß das Gebäude doch für die Behörden planen!“) Meine Damen und Herren! Das Gebäude ist ja nicht vorgesehen für das Bezirksgericht und das Finanzamt, sondern es gibt ja eine Menge anderer Einrichtungen. Denken Sie daran, daß zum Beispiel das ganze Erdgeschoß vorgesehen ist für Betriebe, d. h. also für Geschäfte, die im Zusammenhang mit der Neutrassierung der Bundesstraße B 20 heute abgerissen werden müssen, daß also hier Platz frei wird und daß eine Reihe anderer Interessenten nicht nur das Gemeindeamt, auch viele private Interessenten vorhanden sind.

Das ist ja keine Tintenburg allein, meine Herren, die da gebaut wird (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren: „Dann sollen die Kapfenberger erklären, daß sie verzichten!“), sondern da sind eine Reihe privater Interessenten vorhanden, die auch an diesem Gebäude, weil es eine besonders zentrale Lage hat (Abg. Dr. Rainer: „Dann faßt doch einen Beschluß, daß Ihr das Finanzamt nicht wollt!“), großes Interesse daran haben. Meine Damen und Herren, Sie können mir ruhig glauben, daß ich als Kapfenberger über diese Angelegenheit durchaus unterrichtet bin und das, was ich hier sage, den Tatsachen entspricht. (Abg. Dr. Rainer: „Sagen Sie das dann der Frau Lendl!“) Bezüglich der Erklärung der Frau Abg. Lendl ist es ja nicht darum gegangen, ob nun das Finanzamt von Müzzuschlag nach Kapfenberg, sondern nach Bruck verlegt wird (Zwischenruf von der ÖVP: „Um was denn sonst?“), sondern es ist darum gegangen, festzustellen, daß dieser Antrag von den Abgeordneten der Sozialistischen Partei im Finanzausschuß eingebracht wurde und die Frage von den sozialistischen Abgeordneten zur Diskussion gestellt wurde und Herr Landesrat Peltzmann erst durch die Diskussion im Finanzausschuß davon erfahren hat, was durchaus möglich ist. Regierungsmitglieder können ja nicht immer über alle Details ihrer Heimatgemeinden und Heimatbezirke unterrichtet sein, denn sie haben ja auch nicht so die Möglichkeit, immer wieder zu Hause zu sein. (Landesrat Peltzmann: „Ich komme schon darauf, Herr Kollege!“) Es geht also ausdrücklich um diese Richtigstellung,

daß die Frage der Verlegung des Finanzamtes von der Frau, Abg. Hella Lendl vorgebracht wurde und daher die Feststellung in der Tagespost, daß die derzeitigen Bemühungen durch Initiative des Herrn Landesrates Peltzmann zustande gekommen sind, nicht ganz richtig ist. Das ist ja kein Vorwurf gegen den Herrn Landesrat Peltzmann. Ich habe ja schon gesagt, daß wir letzten Endes nicht über alle Details unserer Heimatgebiete immer am laufenden sein können. (Abg. B a m m e r: „Fremde Feder am falschen Hut!“)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Landesrat P e l t z m a n n.

**Landesrat Peltzmann:** Hohes Haus, Sehr verehrte gnädige Frau! Ich möchte Sie mit keinem Wort irgendwie der Unwahrheit zeihen, nur der Unterlassung. Als Sie mir das gesagt haben, habe ich Ihnen folgendes erklärt:

Es ist bereits geplant, einen Autobus aufzunehmen, um die Angestellten von Mürrzuslag nach Bruck zu führen. Ich habe Ihnen ausdrücklich gesagt, gnädige Frau, ich weiß von Kapfenberg, ich weiß vom Verwaltungszentrum Kapfenberg; ich weiß nicht, daß das in so einem kurzfristigen Stadium ist, denn wegen Kapfenberg haben wir unsere Eingabe gemacht. Ich habe daraufhin das Finanzamt angerufen und habe Ihnen erklärt: „Gnädige Frau, das ist ja alles nicht so dringend, mir hat die Finanzlandesdirektion erklärt, wenn, geschieht das in vier, fünf Jahren.“ Bitte, stimmt das, oder stimmt das nicht? (Abg. Hella L e n d l: „4, 5 Jahre schon.“ — Abg. B a m m e r: „Mit der Tagespost stimmt es auf keinen Fall, was er gesagt hat.“) Sehen Sie, da schaut die Sache ganz anders aus, ganz anders, meine Damen und Herren. Und da ist kein Wort anders gesprochen worden, als ich es Ihnen erklärt habe. Auch Sie haben die Wahrheit gesagt, Sie haben nur diese Kleinigkeit unterlassen zu sagen, die das abgerundet hätte. (Allgemeine Zwischenrufe.)

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine mehr vor. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der außerordentliche Landesvoranschlag ist angenommen.

**Präsident:** Wir kommen nun zum  
**Dienstpostenplan.**

Berichterstatter ist Abg. Gottfried Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Gottfried Brandl:** Hohes Haus! Ein Bestandteil des Landesvoranschlages 1964 ist der Dienstpostenplan. Er gibt eine Darstellung der in den einzelnen Abschnitten der Allgemeinen Verwaltung, in den Landesanstalten, Schulen, Landesfürsorgeheimen, Kranken-Heil- und Pflegeanstalten und in den Wirtschaftsbetrieben des Landes beschäftigten Beamten, Vertragsbediensteten und Lohnbediensteten. Außerdem sind in einem Anhang zum Dienstpostenplan zahlenmäßig jene Bediensteten genannt, die in fachlichen, gewerbli-

chen-Berufsschulen und in Landesschulen tätig sind, vom Bundesministerium für Unterricht bzw. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft besoldet werden und für die das Land Steiermark auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes einen Beitrag von 50% leistet.

Der Dienstpostenplan sieht 11.189½ Dienstposten vor, und zwar 4261 Beamte, 2896 Vertragsbedienstete und 4032½ Lohnbedienstete. Das sind um 169½ Dienstposten mehr als im Jahre 1963.

Bei Gruppe 1 „Allgemeine Verwaltung“ ist eine Vermehrung um 142 Dienstposten vorgesehen. In dieser Gruppe sind 1952 Beamte, 790 Vertragsbedienstete und 170 Lohnbedienstete gegeben.

Bei Gruppe 2 „Landesanstalten, Schulen, Betriebe und Einrichtungen“ tritt eine Verringerung um 26½ Dienstposten ein. Die Verringerung vor allem deshalb, weil 22 Bedienstete des ehemaligen Konservatoriums von der Musikakademie bzw. vom Bund übernommen wurden. In dieser Gruppe sind 565 Beamte, 375 Vertragsbedienstete, 1307½ Lohnbedienstete beschäftigt.

Bei Gruppe 3 „Landesfürsorgeheimen, Kranken-Heil- und Pflegeanstalten“ tritt eine Vermehrung um 55 Dienstposten ein. Die Vermehrung ist begründet durch organisatorische Änderungen, mit dem Ansteigen des Bettenbelages und mit dem Ausbau einer Krankenanstalt. In dieser Gruppe weist der Dienstpostenplan 1316 Beamte, 1642 Vertragsbedienstete und 3312 Lohnbedienstete auf.

Bei der Gruppe 4 „Wirtschaftsbetriebe“ ist eine Verringerung um einen Dienstposten festzustellen. In dieser Gruppe sind 428 Beamte, 89 Vertragsbedienstete und 243 Lohnbedienstete tätig. Der für die aktiven Bediensteten erforderliche Personalaufwand ohne Wirtschaftsbetriebe beträgt 479.307.200 S. Der Aufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger beträgt 85.848.300 S.

Trotz Vermehrung der Dienstposten um 169½ gegenüber dem Vorjahr ist der für 1964 vorgeschlagene Personalaufwand einschließlich der Familienbeihilfen und der Betriebsbetreuung um 0,7% geringer als im Vorjahr. Der Personalaufwand nimmt 33,3% der Gesamtausgaben des Landes ein. Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die Annahme des vorliegenden Dienstpostenplanes empfehlen.

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Landeshauptmann **Krainer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte als Chef der Landesverwaltung die Gelegenheit der Verabschiedung des Dienstpostenplanes wahrnehmen, um dem Herrn Landesamtspräsidenten Dr. Pestemer, der mit Ende dieses Jahres aus unseren Diensten scheidet, den aufrichtigsten Dank und die Anerkennung auszusprechen. Er ist einer jener Beamten, die seit der Ersten Republik, und zwar bald nach dem Umsturz, in die Landesverwaltung eingetreten sind, den Aufbau in der Ersten Republik mitgemacht haben bis über die verschiedenen Finanzreferenten, bis zum Finanzreferenten Dr. Schachner-Blazizek herauf und die die ganze Finanzverwaltung und die Entwick-

lung unserer Finanzen entscheidend und wesentlich beeinflußt haben. In den letzten zwei Jahren war Herr Präsident Dr. Pestemer der erste Beamte dieses Landes. Ich darf sagen, ein ausgezeichnete, diensttreuer und unerhört kenntnisreicher Beamter. Wir müssen es bedauern, daß diese Generation, diese vorbildliche Beamtengeneration, zu deren Spitze ja Dr. Pestemer zählt, nunmehr ausscheidet. Es wird sicherlich vieler Anstrengungen bedürfen, um dieses Gedankengut, das umfassende Wissen und das außerordentliche Geschick in der Behandlung auch der politischen Referenten — das gehört ja auch dazu — weiterzugeben bzw. daß die, die nach ihm kommen, diese Tradition ebenso fortsetzen. Es wäre im Interesse des Landes nur wünschenswert.

Ich möchte Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, aufrichtigen und herzlichen Dank sagen für all Ihre Treue, für all Ihr Wissen, für all das, was Sie gegeben und ausgegeben haben an Geist, um damit die Entwicklung dieses Landes zu steuern. (Lang anhaltender Beifall.)

Mit unserem Präsidenten scheidet eine Reihe von Abteilungsleitern aus, scheidet aus einige Primarii, scheidet aus eine Reihe von Beamten und Vertragsbediensteten. Ich möchte auch denen alles Gute wünschen und ihnen für ihr Wirken danken. Es sind dabei ebenso aus der alten Beamtentradition heraus eine Reihe von Herren, die diesem Lande und seiner Bevölkerung ausgezeichnete Dienste geleistet haben. Auch ihnen Dank und Anerkennung, verbunden mit dem Wunsch, daß sie alle zusammen einen recht frohen, glücklichen und gesunden Lebensabend verbringen mögen. Ich weiß es sehr wohl, ich weiß es vor allem vom Herrn Präsidenten Dr. Pestemer, er wird ihn sicher gut nützen, diesen seinen Lebensabend. Er soll recht, recht lange sein und wir werden uns freuen, wenn Sie und mit Ihnen alle Ihre Bekannten recht lange die Pension beziehen werden.

Ich möchte aber auch allen Beamten und Bediensteten Dank sagen. Wir können wirklich zufrieden sein mit einer Beamten- und Bedienstetenschaft, die in ihrer großen, großen Mehrzahl immer wieder bereit ist, über ihre Pflichten hinaus für das Land und seine Menschen und unsere Verwaltung zu sorgen. Das gilt für die Juristen ebenso wie für die Ingenieure, oder für die Tierärzte und Ärzte, es gilt für die Pflegerinnen, es gilt für die Schwestern, für die Geistlichen und für die weltlichen und das gilt für die Straßenwärter ebenso wie für unsere Lehrer, für alle, wo immer sie stehen, unsere Bediensteten, ob es in den Forsten ist, ob es in den Schulen ist, ob es in den Anstalten ist, Sie dienen der steirischen Bevölkerung und sie verdienen daher auch Dank und Anerkennung.

Ich möchte aber auch noch ein Wort des Abschiedes an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Matzner richten. Wir werden uns in diesem Landtag wahrscheinlich nicht mehr sehen. Er ist, nachdem er mitgeteilt hat, daß er ausscheidet, leider inzwischen krank geworden. Er geht aus dieser Landstube, der er schon in der Ersten Republik angehört hat und der er ab 1945 wieder angehört hat, und ich bin mit ihm seit der Wahl vom 25. November

1945 in der Landesregierung zusammen. Wir haben uns politisch nicht immer verstanden — davon ist keine Rede — im Gegenteil, wir haben uns sehr gern und oft gegenseitig unsere Meinung vorzubringen gehabt. Aber ich muß eines sagen: Der Herr Kollege Matzner ist mit allen Fasern seines Herzens und auch seines Wissens und seiner Arbeitskraft an dem Lande und seinen Aufgaben gehangen. Er hat sich wirklich den Aufgaben dieses Landes voll und ganz zur Verfügung gestellt. Es waren ihm ja die Gemeinden als Referenten im besonderen zugeteilt. Gerade dort haben sich unsere Meinungen oft gekreuzt. Aber es war sein aufrichtiges Bemühen, die Gemeinden mitzuziehen in der ganzen Entwicklung, die wir glücklicherweise in der Steiermark genommen haben. Er hat sich als Kollege immer korrekt und anständig benommen; trotz der politischen Gegnerschaft haben wir uns als Menschen sehr wohl und ausgezeichnet verstanden. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß er seine Aufgaben in ausgezeichnete Weise erfüllt hat und daß er vor allem eine lange, lange Zeit an der harten Entwicklung dieses Landes, vor allem am Beginn, mitgearbeitet und mitgewirkt hat. Er geht nun in den wohlverdienten Ruhestand. Ich wünsche auch ihm einen recht, recht frohen Lebensabend. Ich möchte ihm namens der steirischen Heimat für sein Wirken hier im Landtag, aber auch in der steirischen Landesverwaltung meinen aufrichtigen Dank sagen. (Lang anhaltender Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es gibt keine Demokratie ohne Meinungsverschiedenheiten und es gibt auch keine Demokratie ohne Streit über diese verschiedenen Meinungen. Der Streit, der saubere, anständige und faire Streit gehört zur politischen Auseinandersetzung, gehört zur Demokratie. Ich glaube, daß bei Behandlung dieses Voranschlages, der ja immer das Ereignis des Jahres schlechthin ist, die verschiedenen Meinungen alle dem Ziele gegolten haben, dem Lande zu dienen. Dieser oder jener hat seiner Meinung in dieser oder jener Form Ausdruck gegeben, wie er sich eben zu der Frage stellt oder in welcher Richtung man marschieren oder gehen soll. Es ist gut so. Es war auch heuer wieder eine saubere Atmosphäre. Wir haben natürlich verschiedene Meinungen, aber alle sind sie letzten Endes eingemündet in das Dienen für unsere steirische Heimat und für die Bevölkerung dieses Landes. Wenn vom Finanzreferenten gesagt wurde, daß das ein guter Voranschlag ist, daß von ihm, soweit wir im Lande durch unseren Voranschlag die Dinge zu beeinflussen vermögen, ein guter Einfluß ausgehen wird, so bin auch ich davon überzeugt, daß wir uns sowohl in einer guten Finanzsituation befinden, als auch daß wir wieder ein gutes Budget haben, ein Budget, das weitgehend befriedigt, wenn auch, wie bei jedem Budget in besten Zeiten, noch offene Wünsche übrig bleiben. Ich möchte auch zu dem Budget und zur Arbeit dieses Budgets sagen, es war ein schönes Spiegelbild einer demokratischen Auseinandersetzung und letzten Endes auch einer demokratischen Beschlußfassung. Es war fast zuviel der Demokratie, weil bisher alles einstimmig beschlossen wurde. Aber wenn man verschiedene Meinungen hat und sich dann findet zu einem sauberen Kompromiß, oder wenn man sich in der Mitte

findet, dann ist das eben der Ausgleich einer fruchtbareren Zusammenarbeit. Und ich möchte am Schluß dieser Sitzung eigentlich das, was der Herr Generalredner der Sozialistischen Partei, der Herr Landesrat Sebastian, gesagt hat, insoweit interpretieren, daß ich, solange ich politisch tätig war, und ich darf das auch von meinen Freunden sagen, und ich glaube es auch von Ihnen, daß ich für eine fruchtbarere Zusammenarbeit mit allen Parteien, mit allen staatstragenden Parteien, immer das Wort geredet habe. Ich glaube nur, daß wir nicht in den Fehler verfallen dürfen, in unserem Wirken in der Koalition oder wie immer, auch ohne Koalition, unfruchtbar zu werden. Das muß verhütet werden, weil wir dann der Entwicklung der Demokratie, die noch entwicklungsnotwendig und auch entwicklungsfähig ist, den schlechtesten Dienst erweisen würden. Fruchtbare Zusammenarbeit, dreimal ja! Wenn diese Zusammenarbeit nicht echt und nicht ausgerichtet auf das Ziel des allgemeinen Wohles ist, wenn sie zu sehr von dem Parteiinteresse getragen ist, dann kann man einer solchen Zusammenarbeit, die zwar als solche dargestellt wird, aber in Wirklichkeit nicht echte Zusammenarbeit ist, nicht das Wort reden. Ich glaube, daß wir alle den Wunsch haben, in diesem Lande in Frieden zu leben, auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung in Frieden zu leben. Daß wir für unser Vaterland den Frieden wünschen, ist wohl selbstverständlich. Ich glaube, der beste Beitrag, den wir als Bürger dieser steirischen Heimat oder als österreichische Bürger leisten können, ist der, daß wir uns bei allen Meinungsverschiedenheiten, die in einer Demokratie immer wieder aufscheinen werden, wenn es um die Heimat und um das Vaterland geht, verstehen. Wenn wir vor allem auch in der Richtung uns friedlich verstehen, dann haben wir auch einen großen Beitrag dazu geleistet, daß unser Volk die Kraft besitzt, in Freiheit und Frieden leben zu können. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Hohes Haus! Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um Ihre Zustimmung durch ein Händenzeichen. (Geschieht.) Danke. Der Dienstpostenplan ist angenommen.

Wir kommen zum Systemisierungsplan des Landes. Berichterstatter ist Herr Abg. Fritz Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Wurm:** Hohes Haus! Der Systemisierungsplan gibt eine Übersicht über die Kraftfahrzeuge, die im Land Steiermark verwendet werden. Wesentliche Änderungen sind gegenüber dem Vorjahr nicht eingetreten. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt. In seinem Namen ersuche ich, diese Vorlage anzunehmen.

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer damit einverstanden ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**Präsident:** Wir kommen nun zum Text des Gesetzes über den Landesvoranschlag für das Jahr 1964, Beilage 63. Der Finanzausschuß hat eine Ab-

änderung des § 1 Abs. 2 beschlossen. Die Neufassung dieses Paragraphen finden Sie auf Seite 2 der Beilage 65. Ich erteile dem Herrn Hauptberichterstatler das Wort.

Hauptberichterstatler Abg. **Bammer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wie der Herr Präsident bereits festgestellt hat, hat sich der Finanzausschuß sehr gründlich mit dem Gesetzestext über den Landesvoranschlag für das Jahr 1964 beschäftigt. Der Finanzausschuß hat auch die bereits zitierte Abänderung, die Sie in dem abgezogenen Faszikel finden, beschlossen. Ich darf sie vorlesen. Der § 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Landesvoranschlag soll folgenden Wortlaut haben:

„Der Landesvoranschlag, die dazugehörigen Systemisierungen der Dienstposten (Dienstpostenplan) und der Kraftfahrzeuge (Kraftfahrzeug-Systemisierungsplan) werden durch gesonderten Beschluß des Steiermärkischen Landtages festgesetzt.“

Auf der Seite 4 des Wortlautes des Gesetzes über den Landesvoranschlag ist der Antrag abgeändert worden und hat nunmehr den auf Seite 3 des abgezogenen Blattes festgestellten Wortlaut. Er heißt:

„Der Landesvoranschlag für das Jahr 1964, die dazugehörigen Systemisierungen der Dienstposten (Dienstpostenplan) und der Kraftfahrzeuge (Kraftfahrzeug-Systemisierungsplan). (Beilage Nr. 63), werden beschlossen.“

Ich darf Sie, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, nunmehr bitten, dem Text mit den von mir zitierten Änderungen die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Wer mit dem Antrag des Herrn Generalberichterstatters einverstanden ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Gesetzestext ist angenommen.

**Präsident:** Wir kommen nun zu den Beschlüßanträgen des Finanzausschusses, die in der Beilage Nr. 65 ab Seite 4 angeführt sind. Es handelt sich um 34 Beschlüßanträge. Hinsichtlich dieser Beschlüßanträge bestand Einhelligkeit bis auf die unter lfd. Nr. 13, 23 und 33 angeführten. Diese drei Anträge wurden zurückgezogen. Wir können daher über die übrigen Anträge unter einem abstimmen. Ich ersuche daher die Abgeordneten, die für die Annahme dieser Beschlüßanträge stimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Diese Beschlüßanträge sind angenommen.

Damit haben wir den Landesvoranschlag für das Jahr 1964 erledigt.

Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten DDr. Schächner-Blazizek und den Beamten, die mit der Erstellung dieses umfangreichen Zahlenwerkes befaßt waren, für ihre Bemühungen an der Ausarbeitung dieser Vorlage und danke aber auch den Regierungsmitgliedern und den Mitgliedern des Finanzausschusses für die Sachlichkeit, mit der die Beratungen über den Landesvoranschlag 1964 durchgeführt wurden.

**2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 287, über die Aufnahme eines Darlehens im Betrage von 936.000 S beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zur Errichtung eines Personalwohnhauses in Deutschlandsberg und die grundbücherliche Sicherstellung dieses Darlehens.**

Berichterstatter ist Abg. Hans B a m m e r. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Bammer**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Einl.-Zahl 287 enthält den Antrag, den Beschluß der Landesregierung, für die Bediensteten der Bezirkshauptmannschaft in Deutschlandsberg ein Wohnhaus mit 12 Wohnungen zu errichten, zu genehmigen. Für den Bau dieses Hauses soll beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds ein Darlehen aufgenommen werden. Das Darlehen wird mit 1% jährlich verzinst und hat eine Laufzeit von 69½ Jahren. Die geschaffenen Wohnungen sollen, so wurde bereits mitgeteilt, für die Bediensteten der Bezirkshauptmannschaft bereitgestellt werden. Der Finanzausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt, und ich darf namens dieses Ausschusses folgenden Antrag stellen:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Aufnahme eines Darlehens beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Betrage von 936.000 S zur Errichtung eines Personalwohnhauses in Deutschlandsberg sowie die grundbücherliche Sicherstellung dieses Darlehens auf der landeseigenen Liegenschaft, EZ. 361, KG. Unterlaufenegg, wird genehmigt.“

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

**Präsident**: Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Diejenigen Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht.) Danke. Angenommen.

**3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 291, über die Erhöhung des außerordentlichen Versorgungsgenusses an die Bibliotheksdirektorswitwe Maria Fischer.**

Berichterstatter ist Abg. Gottfried B r a n d l. Ich erteile ihm das Wort.

Hohes Haus! Die Vorlage der Landesregierung, Beilage Zahl 291, hat die Bitte der Frau Maria Fischer, Witwe nach dem ehemaligen Bibliotheksdirektor und Grazer Stadtpoeten Wilhelm Fischer um Erhöhung ihres bisherigen außerordentlichen Versorgungsgenusses von 800 S zum Gegenstand.

Frau Fischer ist 73 Jahre alt, kränklich und hat außer dem außerordentlichen Versorgungsgenuß kein Einkommen. Der dem Hohen Hause vorliegende Antrag der Landesregierung, den außerordentlichen Versorgungsgenuß der Bibliotheksdirektorswitwe Maria Fischer mit Wirksamkeit vom 1. Februar 1962 von derzeit 800 S brutto zuzüglich Wohnungsbeihilfe, auf monatlich 1000 S brutto zuzüglich Wohnungsbeihilfe zu erhöhen, wurde vom Finanzausschuß beraten. Ich stelle namens dieses Ausschusses den Antrag, der Vorlage der Landesregierung die Zustimmung zu geben.

**Präsident**: Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 292, über das Ansuchen der Frau Gisela Helfrich, geschiedene Gattin des verstorbenen Oberbaurates Dipl. Ing. Josef Helfrich, um Gewährung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses.**

Berichterstatter ist Abg. Gottfried B r a n d l. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Gottfried Brandl**: Hohes Haus! Die geschiedene Gattin des verstorbenen Oberbaurates Dipl. Ing. Josef Helfrich, Frau Gisela Helfrich, hat an die Steiermärkische Landesregierung das Ansuchen um Gewährung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses gerichtet. Frau Helfrich hat als Begründung angeführt, daß sie auf Grund eines Unterhaltsvergleiches anlässlich der Scheidung einen monatlichen Unterhaltsbeitrag von 2000 S erhalten habe, der durch den Tod des Gatten in Wegfall gekommen ist. Frau Helfrich ist völlig arbeitsunfähig. Sie besitzt eine kleine Landwirtschaft, die nur einen jährlichen Pachtzins von 3400 S abwirft. Dieser Pachtzins reicht nicht aus, um die Erhaltungs- und Instandsetzungskosten des alten Bauernhauses zu decken.

Die Landesregierung hat sich mit dem Ansuchen der Frau Helfrich befaßt und im Sinne der Vorlage 292 den Antrag gestellt, der schuldlos geschiedenen Gattin des am 27. Jänner verstorbenen Oberbaurates Dipl. Ing. Josef Helfrich, Gisela Helfrich, in Berücksichtigung ihrer völligen Arbeitsunfähigkeit und der dadurch bedingten wirtschaftlichen Notlage und des Umstandes, daß ihr eine normalmäßige Witwenpension nicht flüssiggestellt werden kann, mit Wirksamkeit ab 1. Februar 1963 auf die Dauer des Witwenstandes gegen jederzeitigen Widerruf einen außerordentlichen Versorgungsgenuß von 1200 S monatlich zuzüglich Wohnungsbeihilfe zu bewilligen.

Der Finanzausschuß hat sich auch mit diesem Antrag der Landesregierung befaßt und empfiehlt dem Hohen Hause die Annahme desselben.

**Präsident**: Keine Wortmeldung. Wir stimmen ab. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 296, über das Ansuchen der Straßenwärterswitwe Magdalena Kreiner um Erhöhung des ihr gewährten außerordentlichen Versorgungsgenusses.**

Berichterstatter ist Abg. Josef S c h l a g e r. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Schlager**: Hohes Haus! Die Straßenwärterswitwe Magdalena Kreiner hat um Erhöhung des ihr gewährten außerordentlichen Versorgungsgenusses

angesucht. Die Landesregierung hat dieses Ansuchen überprüft und hat wirtschaftliche Bedürftigkeit festgestellt. Ich darf namens des Finanzausschusses, der dieses Stück behandelt hat, den Antrag stellen: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Straßenwärterswitwe Magdalena Kreiner, 5 Jahre alt, wohnhaft in Gasselsdorf 42, Post Pöfing-Brunn, wird in Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Bedürftigkeit und der Verteuerung der Lebenshaltungskosten gegen jederzeitigen Widerruf und auf die Dauer der Witwenschaft der bisher gewährte außerordentliche Versorgungsgenuß von 400 S auf 500 S monatlich brutto mit Wirksamkeit ab 1. Dezember 1962 erhöht.“

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Wir stimmen ab. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung erteilen, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 298, über die Abtretung von 855 m<sup>2</sup> Grund zum Ablösepreis von 72.675 S aus der dem Land Steiermark gehörigen Liegenschaft, EZ. 357 und 582, KG. Bruck a. d. Mur (Bundesförsterschule Bruck a. d. Mur), an die Stadtgemeinde Bruck a. d. Mur zwecks Verbreiterung der Stadionstraße.**

Berichterstatter ist Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hans Brandl: Hoher Landtag! Die Stadtgemeinde Bruck a. d. Mur benötigt zum Ausbau der Stadionstraße aus dem Grundbesitz des Landes Steiermark eine Fläche von 855 m<sup>2</sup>. Die Entschädigungssumme wurde mit 72.675 S festgesetzt. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Ich bitte um Zustimmung.

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 297, über das Ansuchen der Witwe nach dem Oberaufseher i. R. Franz Friedl, Maria Friedl, um Gewährung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses.**

Berichterstatter ist Abg. Josef Schlager. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schlager: Hohes Haus! Die Witwe des Oberaufsehers Franz Friedl hat um Gewährung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses angesucht. Die Überprüfung der Landesregierung hat ergeben, daß wirtschaftliche Bedürftigkeit vorliegt. Auch der Finanzausschuß hat sich mit diesem Antrag beschäftigt und ich darf namens des Finanzausschusses den Antrag stellen: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Witwe nach dem verstorbenen Oberaufseher Franz Friedl, Maria Friedl, 64 Jahre alt, wird in Berücksichtigung des Umstandes, daß ihr ein normalmäßiger Witwenbezug nach den Bestimmun-

gen des Pensionsgesetzes 1921 nicht zusteht und im Hinblick auf ihre bedrängte wirtschaftliche Lage, mit Wirksamkeit ab 1. September 1962 ein außerordentlicher Versorgungsgenuß von monatlich netto 500 S bewilligt.“

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer dafür ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 299, über das Ansuchen des Prof. Hanns Wagula, akademischer Maler, um Gewährung einer Ehrenrente.**

Berichterstatter ist Abg. Dr. Pittermann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die vorliegende Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betrifft ein Ansuchen des Herrn Prof. Hanns Wagula, akademischen Malers in Graz, um Gewährung einer Ehrenrente.

Die Gründe, die der Gesuchsteller angegeben hat, fanden die Billigung der Landesregierung. Der Finanzausschuß hat sich mit der Vorlage der Regierung befaßt und ich habe namens des Finanzausschusses den Antrag zu stellen, „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Dem Prof. Hanns Wagula, akademischen Maler, 69 Jahre alt, wohnhaft in Graz, Wastlergasse 3, wird in Berücksichtigung seines bedeutenden künstlerischen Wirkens und im Hinblick auf seine durch Krankheit bedingte völlige Erwerbsunfähigkeit mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1963 eine Ehrenrente von 800 S monatlich zuzüglich Wohnungsbeihilfe bewilligt.“

Ich bitte um Annahme des Antrages.

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Wir können abstimmen. Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit dem Antrag einverstanden sind, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 300, über die Erhöhung des seinerzeit gewährten außerordentlichen Versorgungsgenusses an Frau Berta Mahnic.**

Berichterstatter ist Abg. Gottfried Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gottfried Brandl: Hohes Haus! Die Steiermärkische Landesregierung hat die Bitte der 87-jährigen Witwe nach dem im Jahre 1920 verstorbenen Kanzlei-Adjunkten Alois Mahnic, Frau Berta Mahnic, um Erhöhung des ihr seinerzeit gewährten außerordentlichen Versorgungsgenusses von 393,40 Schilling auf 500 Schilling monatlich, vorbehaltlich der Zustimmung des Steiermärkischen Landtages, entsprochen.

Frau Mahnic hat den damaligen Pensionsbestimmungen entsprechend, keinen Anspruch auf eine normalmäßige Witwenpension. Mit der Vorlage Einl.-Zahl 300 wird der Antrag gestellt, „Der Witwe nach dem verstorbenen Kanzlei-Adjunkten Alois

Mahnig, Berta Mahnic, 87 Jahre alt, wohnhaft in Graz, Wielandgasse 44, wird in Berücksichtigung ihres Alters und ihrer Arbeitsunfähigkeit die Erhaltung des ihr gewährten außerordentlichen Versorgungsgenusses von S 393.40 monatlich mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1963 auf 500 S monatlich brutto, bewilligt“.

Ich ersuche, dem Antrag, der dem Finanzausschuß vorgelegen ist, die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, bitte, ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 301, über das Ansuchen der Witwe nach dem verstorbenen vertraglichen Pfleger Anton Pichler, Theresia Pichler, um Weitergewährung des ao. Versorgungsgenusses für ihr Kind Waldemar.**

Berichterstatter ist der Herr Abg. Schlager. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Schlager: Hohes Haus! Die Witwe nach dem verstorbenen Pfleger Anton Pichler hat um Weitergewährung des ao. Versorgungsgenusses für ihr Kind Waldemar angesucht. Seitens der Landesregierung wurde dieses Ansuchen überprüft und ich kann berichten, daß wirtschaftliche Gründe hiefür vorliegen. Diese Vorlage wurde auch im Finanzausschuß behandelt, und ich darf namens des Finanzausschusses den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Witwe nach dem vertraglichen Pfleger Anton Pichler, Theresia Pichler, wird für ihren ehelichen Sohn Waldemar, geboren am 1. November 1948, unter der Voraussetzung, daß dieser weiterhin die Mittelschule besucht, gegen jederzeitigen Widerruf, längstens jedoch bis zur Erreichung des 18. Lebensjahres, anstelle des bisher gewährten außerordentlichen Versorgungsgenusses, der bis zur Erreichung des 14. Lebensjahres des Kindes Waldemar vorgesehen war und 95 S betragen hat, ein außerordentlicher Versorgungsgenuß von 100 S (einhundert Schilling) monatlich mit Wirksamkeit ab 1. November 1962 bewilligt.

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Wer von den Damen und Herren des Hohen Hauses dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilt, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**Präsident:**

**11. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 58, Gesetz, mit dem die Gemeindeordnung Graz 1958 abgeändert und ergänzt wird (Gemeindeordnungsnovelle Graz 1963).**

Berichterstatter ist der Herr Abg. Bammer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Bammer: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die No-

velle der Gemeindeordnung der Stadt Graz wird eine wesentliche Änderung einzelner Bestimmungen des Grazer Statuts bringen. Die Novelle ist sinngemäß, wie ich glaube, in drei Gruppen zu teilen. Sie sieht einerseits eine Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen bei der Bemessung der Ruhegenüsse vor. Hierbei werden nunmehr die Funktionäre den Beamten der Landeshauptstadt Graz angeglichen. Da diese Angleichung bereits in der Praxis angewendet wird, ist ein Gültigwerden dieser Bestimmungen mit 1. Jänner 1962 erforderlich. Zweitens wird durch die Änderung bzw. Ergänzung der §§ 21, 24, 26 und 27 der Gemeindeordnung der Landeshauptstadt Graz auch erreicht, daß nunmehr statt bisher zwei, drei Bürgermeister-Stellvertreter im Gemeinderat zu wählen sind. Es wird aber auch darüber hinaus geregelt, wem diese Bürgermeister-Stellvertreter nach der Wahl zustehen bzw. wie die gegenseitige Vertretung und auch die Vertretung des Bürgermeisters zu handhaben ist. Darüber hinaus wird eine Bestimmung aus dem Grazer Statut eliminiert, die vorsah, daß nur 4 der neun Stadtsenatsmitglieder von außerhalb des Gemeinderates kommen dürfen. Es ist nunmehr vorgesehen, daß alle neun Mitglieder des Stadtsenates wohl das passive Wahlrecht zur Voraussetzung haben, daß sie aber im Gemeinderat nicht als gewählte Mitglieder sein müssen. Und schließlich sieht die Novelle eine Regelung verschiedener Kompetenzen vor. Auf Seite drei der Vorlage, Rechts unten, unter Ziffer 18 ist vorgesehen, daß der § 52 einen neuen Absatz erhält. Dieser neue Absatz wurde vom Gemeinde- und Verfassungsausschuß nicht beschlossen, und es ist auch seine Annahme durch den Antrag, den ich hier vertrete, nicht vorgesehen. Ich bitte Sie also, der Novelle mit dieser einen Ausnahme, so wie sie im gedruckten Text allen Abgeordneten vorliegt, die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Die Damen und Herren des Hohen Hauses, welche dem Antrag des Herrn Berichterstatters mit der bezogenen Abänderung die Zustimmung geben, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Danke. Der Antrag ist angenommen.

**12. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 289, zum Beschluß des Steiermärkischen Landtages Nr. 180 vom 20. Dezember 1962, betreffend die Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, beim zuständigen Bundesministerium im Sinne einer Befreiung einzelner Sparkassen von der Körperschaftssteuerpflicht bei der Gewährung von Darlehen mit einem Sonderzinsfuß für Zwecke des sozialen Wohnungsbaues vorstellig zu werden.**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Josef Fellingner. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Fellingner: Hohes Haus! Die Einlagezahl 289 befaßt sich mit einem Bericht über den Beschluß des Hohen Landtages vom 20. Dezember 1962, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, beim zuständigen Bundesministerium vorstellig zu werden, daß jene Sparkassen, die Ge-

meinden für Zwecke des sozialen Wohnungsbaues Darlehen zu einem niedrigeren Zinsfuß als dem normalen gewähren und die nach den derzeit geltenden Bestimmungen für die Differenz zwischen dem ermäßigten Zinsfuß und dem Normalzinsfuß Körperschaftssteuer zahlen müssen, in solchen Fällen von der Körperschaftssteuerpflicht für diesen Differenzbetrag befreit werden. Das zuständige Innenministerium hat mitgeteilt, daß gemäß § 6 des Körperschaftssteuergesetzes keine Möglichkeit besteht, diesem Antrag zu entsprechen.

Namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses darf ich den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 180 Ziffer 1 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Dezember 1962, betreffend die Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, beim zuständigen Bundesministerium im Sinne einer Befreiung einzelner Sparkassen von der Körperschaftssteuerpflicht bei der Gewährung von Darlehen mit einem Sonderzinsfuß für Zwecke des sozialen Wohnungsbaues vorstellig zu werden, zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Wir stimmen ab. Die Damen und Herren, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht.) Danke. Angenommen.

**13. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 305, über die Zuerkennung einer außerordentlichen Zulage zum Ruhegenuß des Wirkl. Hofrates i. R. Dipl. Ing. Josef Gortan.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Gottfried Brandl:** Wirkl. Hofrat i. R. Josef Gortan schied mit 31. Dezember 1961 wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienstverhältnis zum Lande Steiermark. Mit Beschluß der Landesregierung vom 8. Jänner 1962 wurde Hofrat Gortan weiterhin längstens auf die Dauer von zwei Jahren mit dringenden Planungsarbeiten an den steirischen Hoch- und Mittelschulen betraut. Mit Sondervertrag wurde die Vergütung festgelegt, die der Differenz zwischen dem Pensionsbezug und dem letzten Aktivbezug gleichkam. Gortan hat nun nach endgültigem Ausscheiden aus seiner zusätzlich geleisteten zweijährigen Dienstzeit das Ersuchen an die Landesregierung gerichtet, dieses nachträglich erworbene Biennium auch für die Ruhegenußbemessung anzuerkennen. Der Landesregierung liegt der Antrag vor, Wirkl. Hofrat i. R. Dipl. Ing. Josef Gortan für die nach seinem von Gesetzes wegen erfolgten Übertritt in den dauernden Ruhestand ab 1. Jänner 1962 durch weitere volle zwei Jahre durchgeführte aktive Dienstleistung als Vorstand der Fachabteilung IVb des Steierm. Landesbauamtes mit Wirkung ab 1. Jänner 1964 eine außerordentliche Zulage in der Höhe eines Vorrückungsbetrages zu seinem bisherigen Ruhegenuß zuzuerkennen.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Antrag befaßt, und ich ersuche namens dieses Ausschusses das Hohe Haus um die Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht.) Danke. Angenommen.

**14. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 306, über die Bedeckung außer- und überplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1963 — 1. Bericht.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Fritz Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm:** Hohes Haus! Die Vorlage beschäftigt sich mit überplanmäßigen Ausgaben. Die Steiermärkische Landesregierung hat in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. September 1963 bei der Besorgung des Haushaltes die in der beiliegenden Übersicht angeführten außer- und überplanmäßigen Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1963 im Gesamtbetrage von 42.501.969 S und deren Bedeckung genehmigt. Von diesen Mehrausgaben wurden durch Einsparungen bei anderen Gebahrungszweigen insgesamt 3.142.395 S eingespart. Zur restlichen Bedeckung ist noch ein Betrag von 39.359.574 S notwendig. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 25. November 1963 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung gemäß § 32 Abs. 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 über die Bedeckung der in der beiliegenden Übersicht angeführten außer- und überplanmäßigen Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1963 im Gesamtbetrage von 42.501.969 S wird zustimmend zur Kenntnis genommen.“

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt. Mit einer Stimmenthaltung wurde dieser Antrag angenommen. Ich ersuche das Hohe Haus, dem Antrag zuzustimmen.

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich Herr Präsident Dr. Stephan. Ich erteile ihm das Wort.

**Präsident Dr. Stephan:** Hoher Landtag! Ich muß leider Ihre Zeit noch kurz in Anspruch nehmen. Vor zwei Tagen wurde uns die vom Herrn Berichterstatter erwähnte Vorlage hier vorgelegt. Es wurde daraufhin im Ausschusse eine Beratung darüber angesetzt. Die Höhe der Summe von 42.500.000 S hat uns veranlaßt, zu versuchen, einigermaßen uns darüber klar zu werden, was mit diesem Gelde geschehen ist. In der Ausschusssitzung wurde darüber gesprochen und es wurde uns für rund die Hälfte oder etwas mehr sogar dieser Ausgaben eine plausible Erklärung gegeben, die wir auch akzeptiert haben. Für den Rest konnte uns diese plausible Erklärung nicht in dieser kurzen Zeit gegeben werden und wir waren bis heute nicht in der Lage, diese Erklärungen, die uns gegeben wurden, zu überprüfen.

Es ist für einen verantwortungsvollen Abgeordneten schwer, die Verantwortung für eine Zustimmung zu einer solchen Ausgabe, die ja schon geschehen ist, zu übernehmen, wenn er nicht in der Lage ist, zu überprüfen, wofür sie geschehen ist. Den Einwand des Herrn Landesfinanzreferenten, daß die Regierung die Dringlichkeit dieser Fälle zu beurteilen und nach diesem Urteil vorzugehen habe, muß ich dahingehend schon im Vorhinein entkräften, daß schon beim ersten Durchsehen dieser Gegenstände sich Dinge darin befinden, denen die Dringlichkeit nicht so ohne weiters auf den Leib geschrieben ist und wir hier oft das offensichtliche Interesse des Landes entweder oder deren Dringlichkeit bestreiten müssen, vielleicht in manchem Fall beides.

Ich kann mich nur beispielsweise ausdrücken. Vielleicht darf ich darauf verweisen, daß auf Blatt 4 der Förderungsbeitrag für die Erstellung eines Katasters durch die Landwirtschaftskammer mit einem Betrag von 56.755 S und daß auf Seite 5 Beiträge für den Ausbau und die Instandsetzung von Schutzhütten, der Förderungsbeitrag an die Landesleitung Steiermark der Naturfreunde, nach meinem Dafürhalten nicht so dringlich sein konnten, daß man nicht irgendeinen gerade stattfindenden oder in Aussicht genommenen Landtag damit hätte befassen können. Wir müssen feststellen — und ich muß immer wieder betonen —, daß wir bei kurzer Durchsicht dieser 46 einzelnen Posten zu dem Schluß gekommen sind, daß sie, wenn sie ordnungsgemäß dem Landtag seinerzeit vorgelegt worden wären, zu dem einen oder anderen unsere Zustimmung kaum hätten geben können. Zumindest aber hätte die Begründung dafür so ausschauen müssen, daß man uns davon hätte überzeugen müssen.

Es ist manchmal im Laufe dieser Budget-Debatte der Anschein erweckt worden, daß zwar unsere Landesverwaltung absolut in Ordnung geht, daß die Regierung als Exekutivorgan sehr in Ordnung wirtschaften will und dies auch tut, daß sie aber am liebsten ungehindert von der Legislative diese Arbeit vollbringen will. Es ist ihr lästig, die restlichen Abgeordneten — denn auch in der Regierung befinden sich solche — in diesem Hause zusammenzurufen, und sie dort a) aufzuklären über die Dinge, die geschehen, und b) zu befragen, ob diese Angelegenheiten ihre Zustimmung finden. (Abg. Doktor Rainer: „Wie Sie in der Regierung waren, da hat es das nie gegeben!“ — Abg. DDr. Hueber: „Da waren noch sehr viele Landtagssitzungen, da gab es viel zu besprechen und zu beschließen!“) Ich habe mir erlaubt, schon in der Generaldebatte darauf hinzuweisen, daß relativ wenig Landtagssitzungen stattgefunden haben, daß die Abgeordneten dieses Landes verhältnismäßig wenig mit den Dingen befaßt werden und ich habe im Ausschuß Gelegenheit genommen, zu bitten, daß man doch wenigstens informativ über solche Gegenstände im Laufe des Jahres informiert werden möge. Denn man kommt ja einmal hinaus auf das flache Land wird befragt und weiß nicht, was die Regierung im einzelnen veranlaßt hat. 42 Millionen Schilling sind immerhin ein Kleingeld. Ich glaube daher nicht, daß man so ohne weiters auch nur über einen Teil des Geldes auf diese Art verfügen kann. Unsere Frak-

tion kann daher dem vom Berichterstatter gestellten Antrag die Zustimmung nicht geben.

**Präsident:** Das Wort hat Herr Landesrat DDr. Schachner-Blazizek:

Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Herr Präsident Dr. Stephan führt eine sicher nicht unberechtigte Klage darüber, daß diese überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben, die auf Grund der Vorschrift des § 32 Abs. 2 der Landesverfassung von der Regierung im Zeitraum der ersten neun Monate des heurigen Jahres getätigt wurden, in einem einzigen Bericht zusammengefaßt sind, der erst vorgestern aufgelegt und zugewiesen wurde und der bereits heute beschlossen werden soll.

Ich habe schon im Finanzausschuß ausführlich dargelegt, wie schwierig und verwickelt eigentlich der Geschäftsgang und auch die Umstände sind, die dazu Veranlassung geben, und ich habe darauf hingewiesen, daß ich schon seinerzeit, als der Finanzausschuß die Zusammenfassung der früher einzeln vorgelegten Anträge einstimmig gewünscht hat, auf diese Schwierigkeiten aufmerksam gemacht habe. In einer zeitlich lückenlosen Zusammenfassung hätte die Vorlage aber nach dem jetzt eingehaltenen Geschäftsgang nicht früher unterbreitet werden können. Und ich bitte mit Rücksicht darauf, daß heuer eigentlich keine Landtagssitzung mehr stattfinden sollte, Verständnis dafür zu haben, daß wir doch wenigstens diesen Teil der im heurigen Jahr beschlossenen und durchgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben gerne noch heuer im Landtag erledigt gesehen hätten. Immerhin habe ich bereits gestern eine Prüfung des Geschäftsganges eingeleitet, um sicherzustellen, daß künftighin in kürzeren Zeitabständen berichtet wird, so daß die Bedenken einer zu raschen Behandlung und einer zu geringen Möglichkeit des Prüfens durch die Abgeordneten abgebaut oder zumindest doch aufgelockert und gemildert werden können.

Der Herr Präsident Dr. Stephan hat die Landesregierung kritisiert und ihr vorgeworfen, daß sie sich die Beurteilung des Landes-Interesses und der Dringlichkeit doch offenbar etwas zu leicht macht. Dieser Auffassung, meine Damen und Herren, kann ich wirklich nicht beitreten. Die Dringlichkeit nämlich und das Landes-Interesse sind bei jeder einzelnen Ausgabe gewissenhaft geprüft worden und sind ständig in solchen Fällen gewissenhaft zu prüfen. Es ist von jedem Referat schon vor der Vorlage an die Landesregierung ausdrücklich nachzuweisen und zu bestätigen, daß ein dringliches Landesinteresse gegeben ist, weil der Antrag sonst von der Regierung überhaupt gar nicht behandelt werden würde. Die Beurteilung des Landesinteresses allerdings und der Dringlichkeit dieses Landesinteresses ist im Sinne der Verfassung, Herr Präsident Dr. Stephan, nicht dem Landtag, sondern der Landesregierung vorbehalten. Im Sinne der Verfassung ist dem Landtag nur zu berichten; es bedarf keiner Zustimmung des Landtages.

Wenn Herr Präsident Dr. Stephan sagt, daß das vollziehende Organ des Landes so gut vollzieht, daß der Legislative gewissermaßen zu wenig zu tun

übrigbleibt, so ist das ein Kompliment. Herr Präsident, für das ich Ihnen im Namen der Landesregierung verbindlichst danke. Ansonsten, meine Damen und Herren, bedenken Sie immerhin bei der Beurteilung dieser Vorlage, daß es sich um über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 42,5 Millionen Schilling handelt, die die Landesregierung in einem Zeitraum von  $\frac{3}{4}$  Jahren getätigt hat und daß es nur etwa 2% des Gesamtrahmens unseres Budgets sind. (Abg. Dr. Kaan: „Dadurch wurden die frei verfügbaren 15% um weitere 2% gekürzt.“) Nein, Herr Abg. Dr. Kaan, Sie wissen ganz genau, daß dem Landtag schließlich und endlich bei all diesen Ausgaben, auch wenn er sie zu beschließen hätte, nichts anderes übrigbleiben würde, als sie eben zu beschließen, denn daß eine zwingende Notwendigkeit, ein dringliches Landesinteresse dafür da ist, haben Sie ja auch nicht bestritten. Denn wenn keine zwingende Notwendigkeit und kein dringendes Landesinteresse da ist, kann die Landesregierung auch nicht beschließen. Aber schauen Sie, meine Damen und Herren, niemand würde etwas daran finden, wenn etwa der Gemeindevorstand einer Kleinstgemeinde mit einem Budget von 200.000 S innerhalb von einem  $\frac{3}{4}$  Jahr etwa 4000 S überplanmäßiger Ausgaben tätigen würde. Und niemand würde auch daran etwas finden, wenn der Gemeindevorstand einer meinetwegen schon mittleren Gemeinde mit 1 Million Budget in einem  $\frac{3}{4}$  Jahr 20.000 S über- oder außerplanmäßig ausgegeben würde. Bezogen auf das Volumen des Landeshaushaltes ist aber der Betrag, der hier zur Debatte steht, jedenfalls nicht höher, als er bei einer kleineren Gebietskörperschaft sehr natürlich und sehr selbstverständlich zur Kenntnis genommen werden könnte. Ich stelle dazu fest, daß in Wirklichkeit ja noch dazu kommt, daß die Hälfte dieser 42 Millionen Ausgaben allein auf das uns durch das Budget-Sanierungsgesetz auferlegte Notopfer kommt, so daß man eigentlich nur mehr von einem Prozent reden kann, denn über dieses Notopfer hätte selbst der Landtag nichts zu beschließen. Der Beschluß, daß die Gelder hiefür flüssig gemacht werden, ist nichts anderes als eine Feststellung. In Wirklichkeit würden wir nicht einmal exekutiert werden, meine Damen und Herren, denn man zieht uns das Geld schon vorher bei den Ertragsanteilen ab. Der Beschluß ist also eine reine Formsache. Dazu kommt ferner, daß, wie sie alle wissen, der vorige Winter und auch der Sommer sehr viele unvorhergesehene Schäden z. B. unseren Straßen zugefügt hat, deren Behebung auch sofort und dringlich veranlaßt werden mußte. Die Notwendigkeit und die Dringlichkeit anderer Posten ist freilich nicht so ins Auge springend wie das Notopfer oder die Straßenschäden. Man muß zum Beispiel die von Konkursanträgen bedrohte Situation der mit Beihilfen bedachten Bergbaubetriebe kennen, um die Frage der Dringlichkeit und der Notwendigkeit der Hilfe im rechten Licht zu sehen. Auch zu der vom Herrn Präsidenten Dr. Stephan angezogenen Ausgabe von 56.000 S für die Errichtung eines Katasters bei der Landwirtschaftskammer muß man zum Beispiel wissen, daß es sich dabei um eine schon vor zwei Jahren dem Grunde nach gemachte Zusage handelte, deren Höhe erst abgewartet

werden mußte und daß die Landwirtschaftskammer die Gesamtkosten bereits längst ausgegeben hatte und zu ihrer Abrechnung den dann im Verhandlungsweg zugestandenen Betrag von 56.000 S eben dringlichst benötigte. (Zwischenruf Abg. Dr. Stephan.)

Meine Damen und Herren! Ich könnte also zu jeder Post die Umstände darlegen, die die Dringlichkeit begründen, wenn das nicht viel zu weit führen würde und wenn ich Sie damit nicht viel zu lange aufhalten würde. Es unterliegt keinem Zweifel, und das möchte ich schon mit einem gewissen Nachdruck sagen, daß die gesamte Regierung bereit ist, die von ihr getroffenen Maßnahmen zu jeder Zeit dem Haus zur Prüfung zu unterbreiten und daß auch die Regierung es bedauert, daß in diesem Falle den Abgeordneten die zur Verfügung gestandene Zeit zu kurz war oder sehr kurz war. Ich darf aber versichern, daß versucht werden wird, durch eine Berichterstattung in kürzeren Abständen und durch entsprechende Änderung des derzeit dazu notwendigen Geschäftsganges diesem Mangel in der Zukunft abzuwehren. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine mehr vor. Wir können abstimmen. Diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Händchen. (Geschlecht.) Angenommen.

**Präsident:**

#### 15. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 284, betreffend Entfernungszulage für die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Hegenbarth. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hegenbarth:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Schon vor einiger Zeit hat die Steiermärkische Landesregierung dem Landtag eine Vorlage unterbreitet, welche bezweckt, jenen Abgeordneten, welche außerhalb von Graz, zum Teil bis zu 200 km von der Landeshauptstadt entfernt, ihren ständigen Wohnsitz haben, für die dadurch entstehenden Mehrauslagen eine Abgeltung zu geben in Form einer Entfernungszulage. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses wurde die ursprüngliche Vorlage in etwas abgeänderter Form zum Beschluß erhoben. Auf Grund des Beschlusses des Finanzausschusses darf ich Ihnen diesen abgeänderten Antrag zur Verlesung bringen. Er lautet:

Der Hohe Landtag wolle den in der Einl.-Zahl 284 enthaltenen Antrag in folgender Fassung beschließen:

„1. Für die den außerhalb der Landeshauptstadt Graz wohnenden Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag im Rahmen ihrer Gebühren gemäß dem Beschluß des Steiermärkischen Landtages Nr. 38 vom 26. April 1950, in der Fassung des Beschlusses Nr. 278 vom 29. Dezember 1955, zustehende Entfernungszulage gilt folgende Zoneneinteilung:

Bei einer Entfernung des ordentlichen Wohnsitzes von der Landeshauptstadt Graz bis zu 50 km 10<sup>0</sup>/<sub>0</sub>,  
bei einer Entfernung von mehr als 50 km bis 100 km 15<sup>0</sup>/<sub>0</sub>,

bei einer Entfernung von mehr als 100 km 20<sup>0</sup>/<sub>0</sub> der Aufwandsentschädigung.

Die Entfernung zwischen dem ordentlichen Wohnsitz und der Landeshauptstadt Graz wird in Straßenkilometern gemessen.

2. Der Steiermärkische Landtag stellt fest, daß mit seinem Beschluß Nr. 38 vom 26. April 1950, in der Fassung des Beschlusses Nr. 278 vom 29. Dezember 1955, die monatliche Entschädigung der Mitglieder des Steiermärkischen Landtages mit 80 v. H. der jeweiligen gesamten Gebühren eines Mitgliedes des Bundesrates, soweit dieselben während der Zugehörigkeit zum Bundesrat zuzüglich der Abfertigung ausbezahlt werden, festgesetzt wurde.

Auf Grund des gestrigen Beschlusses des Finanzausschusses bitte ich das Hohe Haus um die Zustimmung.

**Präsident:** Zum Worte hat sich gemeldet Herr Abgeordneter Dr. K a a n. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Kaan:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die diesjährige Budgetdebatte hat sich dadurch ausgezeichnet, daß sie vielfach Zitate von Dichtern brachte oder die Mitglieder des Hohen Hauses zu historischen Rückblicken bis in das Mittelalter veranlaßte. Befürchten Sie nicht, daß meine Worte zu dieser Vorlage Sie auch so weit zurückführen werden. Aber es soll nicht der Eindruck entstehen, daß wir hier in Kürze und Eile eine Zulage beschließen an die Abgeordneten und ihnen sie neu zuzuerkennen. Das ist nämlich nicht der Fall. Zufolge der Bindung der Bezüge der Abgeordneten im Steiermärkischen Landtag an die Gebühren eines Mitgliedes des Bundesrates steht auf Grund des Gesetzes Nr. 16 aus 1962 den nicht in der Landeshauptstadt Graz domizilierenden Abgeordneten eine Entfernungszulage zu. Diese konnte bisher nicht liquidiert werden, weil eine Einteilung in Zonen nicht vorgenommen war. Diese Einteilung in Zonen sollen Sie nunmehr mit dieser Beschlußfassung treffen. Aus Anlaß der Beratung dieses Gegenstandes erschien es auch notwendig, klarzustellen, daß die Bindung der Bezüge der Landtagsabgeordneten an jene der Mitglieder zum Bundesrat sich nur auf die Aktivitätsbezüge der Bundesratsmitglieder und nicht auf etwaige Pensionsbezüge bezieht. Diesem Zweck dient der Punkt 2 des Ihnen zur Annahme empfohlenen Beschlusses. (Beifall.)

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die die Zustimmung zum Antrag des Herrn Berichtstatters geben, bitte ich um ein Händezeichen. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben damit die umfangreiche Tagesordnung unserer diesjährigen Budgetsitzung erledigt.

Es ist mir ein Bedürfnis, den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung und den Abge-

ordneten für das große Interesse, das dem Hauptgegenstand unserer Verhandlungen entgegengebracht wurde, herzlichst zu danken.

Ich wiederhole auch meinen Dank an die Beamten, die die Vorarbeiten für die Sitzung geleistet haben.

Mein Dank und meine Anerkennung gilt aber auch den Damen und Herren, die die mühevollen Aufgabe hatten, all das schriftlich festzuhalten, was in diesen letzten 3 Tagen in unserem Haus gesprochen wurde. Ich meine damit die Landtagsstenographen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, wir haben alle mit Bedauern feststellen müssen, daß ein Platz in unserer Landstube freigeblieben ist; der Platz des Herrn Landesrates Ferdinand Prirsch.

Es ist bekannt, daß Herr Landesrat Prirsch schwer erkrankt ist. Aus diesem Grunde war es ihm nicht möglich, an dieser Sitzung teilzunehmen. Aber, obwohl er schwer erkrankt war, hat er es sich nicht nehmen lassen, an der Erstellung des Budgets mitzuwirken und die Interessen der von ihm verwalteten Referate ebenso wie in den vergangenen Jahren zu vertreten.

Ich bin überzeugt, daß es ihn schwer getroffen hat, an dieser Budgetsitzung nicht teilnehmen zu können. Ich glaube aber, daß er mit seinen Gedanken bei uns war.

Es ist mir eine große Freude, mitteilen zu können, daß sich Herr Landesrat Prirsch schon auf dem Wege der Besserung befindet.

Wir können also hoffen, daß wir ihn bald wieder in unserer Mitte sehen werden.

Ich glaube im Namen aller Regierungsmitglieder und Abgeordneten zu sprechen, wenn ich dem Herrn Landesrat Prirsch namens des Steiermärkischen Landtages die aufrichtigsten und herzlichsten Glückwünsche entbiete. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, wir werden den Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Fritz Matzner, der, wie ich bereits bekanntgegeben habe, mit Ende dieses Monats seine Funktion als Regierungsmitglied und sein Mandat als Landtagsabgeordneter zurücklegt, nicht mehr in unserer Mitte sehen.

Ich möchte ihm daher heute namens des Steiermärkischen Landtages für seine überaus großen Verdienste um unser Land noch einmal meinen besten Dank aussprechen und auch den Wunsch, daß es ihm vergönnt sein möge, noch recht viele Jahre bei voller Gesundheit den wohlverdienten Ruhestand zu genießen.

Ich wünsche sowohl den anwesenden als auch den abwesenden Regierungsmitgliedern, Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Fritz Matzner und Herrn Landesrat Ferdinand Prirsch sowie allen Abgeordneten ein frohes Weihnachtsfest und Gesundheit, Glück und viel Erfolg im Neuen Jahr.

Die nächste Landtagssitzung wird voraussichtlich für den 28. d. M. einberufen. Einladungen gehen noch zu.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 17.20 Uhr.